

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Sommer 2013
Nr. 179, 42. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften „Angriff soll nun die Losung sein für das neue Jahr 1933“

Die Arbeiterbewegung zwischen Selbstpreisgabe, Zerschlagung und antifaschistischem Widerstand 1933 bis 1945. Das Beispiel Bremen¹



Mit folgendem Aufruf läutete der Vorstand der SPD Bremen das „Schicksalsjahr“ 1933 ein: „Abwehr war die große Aufgabe der Partei im Jahre 1932. Dieses Ziel wurde voll und ganz erreicht. Weder das ‚Dritte Reich‘ Hitlers, noch Thälmanns ‚Sowjetdeutschland‘ wurde Wirklichkeit, und auch Papens Junkerherrschaft nahm noch in diesem Jahr ein Ende. Alle Anstürme der Reaktion und der Kommunisten sind von der Sozialdemokratie im Bunde mit den Gewerkschaften und den der Eisernen Front angeschlossenen Verbänden siegreich zurückgeschlagen. Allen Kämpfern deshalb unseren wärmsten Dank. Angriff soll nun die Losung sein für das neue Jahr 1933. Einig und geschlossen, kampferprobt und opferwillig, stehen wir gerüstet, um den Vorstoß zu führen gegen das System der kapitalistischen Misswirtschaft“. Der optimistische, die Realität verkennende Aufruf des Vorstands vom 31. Dezember 1932 in

der Bremer Volkszeitung (BVZ) endete kämpferisch: „Auf zu neuen Kämpfen und Siegen im neuen Jahr! Es lebe die Eiserne Front! Es lebe die Sozialdemokratie! Hoch das Banner des Sozialismus!“

Diese Losung zum entschiedenen Kampf gegen den Faschismus stieß nicht nur in Bremen auf Zustimmung bei den Mitgliedern. Und dennoch setzten die Vorstände der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) nach der

Machtübertragung an Hitler weiter auf die Selbstzerstörung der Nazis. Noch am Abend der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatte der ADGB-Bundesausschuss in Berlin allen Forderungen nach Kampfmaßnahmen oder gar eines Generalstreiks eine Absage erteilt. Vergeblich warteten die Funktionäre vor Ort auf Anweisungen von oben.² „Kühles Blut und Besonnenheit“ seien

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften – Das Beispiel Bremen	S. 1
„Buchstäblich stehen wir vor dem Nichts...“ Biographie Fritz Schreiters	S. 15
Kommt Kolumbien dem Frieden näher?	S. 24
Breaking the Silence – das Schweigen brechen	S. 28
Gegen die Gewerkschaften – 30 Jahre Neoliberalismus in Großbritannien	S. 29
Neuer Normalarbeitstag: Kurze Vollzeit für Alle!	S. 33

In eigener Sache

Zu allererst müssen wir einen Fehler berichtigen: Das letzte Heft der *Arbeiterstimme* wurde als „Nr. 177 – Herbst 2012“ gekennzeichnet. Das ist falsch, denn diese Nummer erschien bereits Ende September 2012. Bei dem Dezember-Heft handelt es richtigerweise um die Nr. 178 – Winter 2012/2013 mit dem Kopftitel „Der Finanzkrise nächster Akt“.

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen brachte ein ganz knappes Ergebnis einen Regierungswechsel in Hannover, wobei sich 40 Prozent der Wahlberechtigten nicht mal an der Abstimmung beteiligen mochten. Mit nur 3,1 % erlitt die Linkspartei eine schwere Niederlage. Sie verlor 131.000 Wähler, das sind 54 % von denen, die 2008 noch für sie gestimmt hatten. Bis zum Redaktionsschluß erhielten wir leider den dafür zugesagten Artikel nicht mehr.

Der Tod von Hugo Chavez ist für die Linke in Lateinamerika und darüber hinaus ein schwerer Schlag. Seine Person und seine Politik haben Millionenmassen geholfen, ein neues politisches Selbstbewußtsein zu entwickeln und es in der Praxis zu nutzen. Der sogenannte bolivarianische Prozeß in Lateinamerika wird jedoch weitergehen, wenn auch unter erschwerten Bedingungen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Tod von Chavez auf die Friedensverhandlungen der kolumbianischen

Regierung mit den Guerilleros der FARC Auswirkungen hat. In einem ausführlichen Artikel gehen wir näher auf die politische Lage in Kolumbien und auf die Verhandlungspunkte ein.

Es gibt auch in Israel der offiziellen Politik gegenüber kritische Kräfte, die sich aber kaum Gehör verschaffen können, auch bei uns nicht. Um dem ein wenig entgegenzutreten, berichten wir kurz über (ehemalige) israelische Soldaten, die „das Schweigen brechen“ wollen.

Wir hatten das Referat unseres britischen Genossen auf unserer letzten Jahreskonferenz zu den politischen Zuständen in Großbritannien noch nicht veröffentlicht. Dies holen wir hiermit auf Seite 29 nach.

Die letzten Tarifabschlüsse zeigen wieder die Schwäche der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften auf. Trotz gegenteiliger Beteuerungen der Gewerkschaftsführungen konnte nicht einmal der Inflationsausgleich erreicht werden; es sei denn, man nimmt die Mär von den 2 Prozent Teuerung für bare Münze. Wir veröffentlichen einen Artikel zu dem, was grundsätzlich ein historischer Fortschritt wäre: ein erfolgreicher Kampf um den 6-Stunden-Tag und Vollzeit für alle! Auch wenn die Aussichten dafür gegenwärtig kräftemäßig nicht günstig stehen, gilt es, sich an der Debatte darüber zu beteiligen.

2013 sind es nun 80 Jahre seit der Machtübertragung der deutschen Bourgeoisie an Hitler und die Nazipartei. 1933 wurden die Gewerkschaften zerschlagen und die linken Parteien vernichtet. Deren damalige Absage an eine Einheitsfront von oben führte mit zur kampflosen Niederlage. Neben dem Versagen der Parteiführungen und dem Verrat sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer (1. Mai 33) gab es örtlich und vereinzelt auch Widerstand. Über das Geschehene auf lokaler Ebene wollen wir berichten; ebenso den tapferen Widerstand hervorheben, der so oft schrecklich endete.

Wir drucken dazu zwei Artikel ab, die sich in unterschiedlicher Weise mit diesem Themenbereich befassen, einmal mit dem Geschehen in Bremen, zum anderen eine Biographie eines Genossen der KPO aus Dresden.

Am 1. und 2. Juni kommen wir in München zu einem Wochenend-Seminar zusammen. Voraussichtliche Themen sind: Lateinamerika / Griechenland / DDR.



Wir bedanken uns bei den Abozahlern und besonders bei den Spendern!

Für alle, die für 2013 noch nicht überwiesen haben, legen wir einen Zahlschein bei. Die Post hat die Portopreise für Büchersendungen wieder erhöht, von -,85 auf 1.- Euro!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

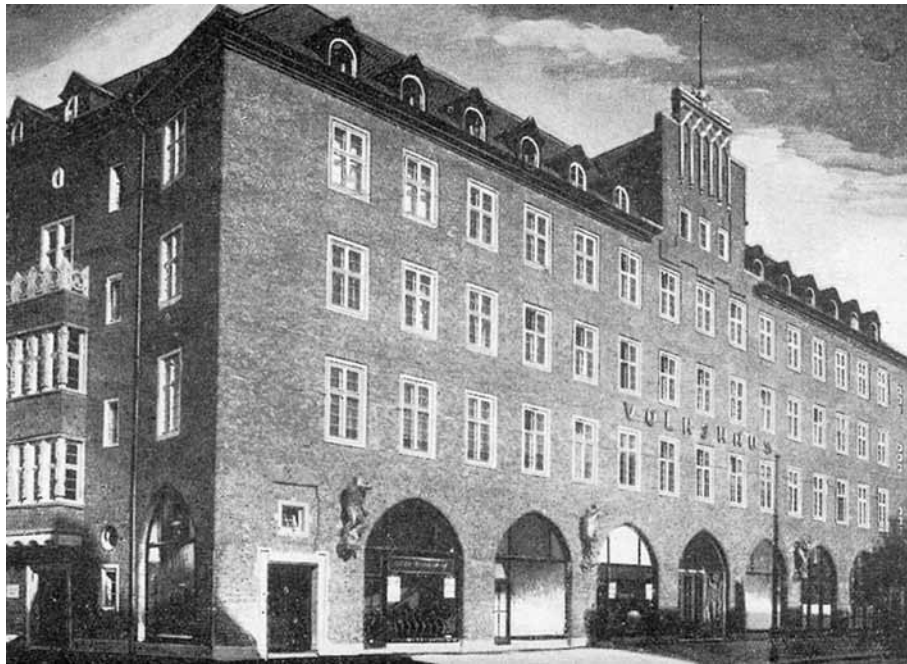
Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

das „erste Gebot“. Und „Organisation, nicht Demonstration: das ist das Gebot der Stunde“.³ Dem folgten auch viele Bremer Gewerkschaftsfunktionäre. Auf der letzten Versammlung der Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) vor dem Verbot erklärte der Bremer Multifunktionär Oskar Schulze, Vorsitzender des dortigen ADGB, des DMV, Syndikus der Arbeiterkammer und Abgeordneter der SPD-Bürgerschaftsfraktion: „Die werden schon abwirtschaften“.⁴ Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erschien die *Bremer Volkszeitung* (BVZ), das von Alfred Faust und Hans Hackmack redaktionell geleitete Organ der SPD und der Freien Gewerkschaften, am Dienstag, 31. Januar 1933 mit dem Aufmacher: „Kanzler von Barons Gnaden. Hitler im Schlepptau von Papen und Hugenberg – Eine Regierung der Schwerindustrie und der Junker – Sozialdemokratischer



Das Bremer Volkshaus

Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung.“ (Nr.26, 45. Jg.). Die *Arbeiter Zeitung* (AZ), das Organ der KPD, Bezirk Nordwest, rief dagegen am

Der Chefredakteur der BVZ und SPD-Reichstagsabgeordnete Alfred Faust sah dagegen seit den Novemberwahlen von 1932 „Hitlers Stern im Sinken“ (BVZ, 7.11.1932, Nr. 262, S.1). Deshalb setzte er mit der Führung seiner Partei auf Wahlen, nicht auf offenen Kampf. „Laßt Euch nicht provozieren!“, mahnte die BVZ noch am 25. Februar 1933: „Die Hakenkreuz-Kapitalsknechte müssen in Gröpelingen auf eisige Ablehnung stoßen!“ Deshalb wurden die Genossen und Gewerkschafter aufgefordert, sich nicht an den Demonstrationen der KPD gegen den Nazi-Aufmarsch zu beteiligen: „Straft sie durch eisige Verachtung! Die Gesellschaft muss morgen wie die Polizeigefangenen durch die Straßen Gröpelings eskortiert werden. Sie muß den Eindruck erwecken, als bewegten sich die Nazis unter polizeilichem Schutz direkt nach

gleichen Tag auf der ersten Seite den ADGB, SPD und Reichsbanner zum gemeinsamen „Generalstreik gegen die faschistische Terrorherrschaft“ auf. „Heute überall heraus zu Massendemonstrationen“, forderte die von Edgar Bennert am Buntentorsteinweg geleitete Redaktion (13.Jg., Nr.27).

1– Ich stütze mich vornehmlich auf Polizeiberichte, Ermittlungs- und Prozessakten gegen Bremer Antifaschisten, die im Bremer Staatsarchiv und im Bundesarchiv lagern und die ich Anfang der 80er-Jahre im damaligen Zentralen Parteiarchiv des IML einsehen konnte. Weiter auf die Berichte von Henry Oliver, *Nazi Jahr 1933-1939. Erinnerungen*, London 1985; hrsg. von Jörg Wollenberg: *Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte*, Heft 21/22, Bremen 2008, S. 19-46, und Franz Stapelfeldt: „Mein Verhältnis zur SPD, Bremen 24.Mai 1946 (MS; Privatarchiv Wollenberg); auf zwischen 1979 und 1983 durchgeführte Interviews mit Gustav Böhrnsen, Heinz Kundel, Wilma Landwehr, Udo Meinecke, Martin Meyer, Karl und Hilde Grobe, Frieda und Hermann Prüser, Hermine Berthold, Anni Vogee, Albert Flachmann, Georg Stockmann, Bertha und Lu Dannat, Erwin Heinemann, Wilhelm Blase, Fritz und Frieda Paul, August Hogrefe, Käte Lübeck-Popall, Willi Bethge, Georg Gumpert, Helene Dannat-Warnke, Maria Krüger, Hans Laufenberg, Richard Boljahn, Wilhelm Eildermann, Johann Reiners, Willy Geusendam, Gerda von Perlstein, Willy Dehnkamp, Harry Naujoks, Tilla Hundertmark und Tim Bontjes van Beek. Siehe dazu u. a.: Peter Alheit/Jörg Wollenberg (Hrsg.): *Geschichte erzählt. Politische Arbeiterbiographien*, Bd. I: Käthe Popall, Fischerhude 1985; Bd. II: Otto Kraus, Fischerhude 1987. Ein Teil der Biografien (mit Gustav Böhrnsen, Karl und Hilde Grobe, Heinz und Lu Kundel, Udo Meinecke, Hermann und Frieda Prüser) liegt in der Video-Filmreihe „Bremer Arbeiterbiographien“ von Ingeborg Gerstner, Heinz-Gerd Hofschien, Wolfgang Jung, Mechthild Müser und Jörg Wollenberg ausführlich dokumentiert vor (Kooperation Universität-Arbeiterkammer, Bremen, 1982ff.). Eine Gesamtauswertung wurde verfasst von: Lore Heer-Kleinert/Mechthild Müser/Jörg Wollenberg: *Forschungsprojekt Antifaschistischer Widerstand in Bremen 1933-1945. Erste Auswertung der Interviews mit Bremer Arbeiterveteranen*, Bremen 1981. Dazu gehört auch der Ausstellungskatalog „Bremen 1933-45. Vom Handlungszentrum zur Rüstungsschmiede“, Bremen 1983. Des weiteren Beiträge des Forschungsteams Lore Kleinert, Mechthild Müser, Dieter Pfliegensdörfer und Jörg Wollenberg in: *Zwangsarbeit, Rüstung, Widerstand 1931-1945*, (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, H. 5), Bremen 1982. Siehe außerdem neben zahlreichen Aufsätzen: Jörg Wollenberg u. a.: *Die Bremer Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik*, Bremen 1982; dieselben: *Von der Krise zum Faschismus*“. *Bremer Arbeiterbewegung 1929-1933*, Frankfurt/Main 1983; 8. Mai 1945. *Neugeordneter Wiederaufbau oder verhinderte Neuordnung? Eine Materialsammlung*, zusammengestellt von Jörg Wollenberg, Bremen 1985.

2– Siehe dazu u. a. den lange unterdrückten Bericht von Philipp Scheidemann in: Philipp Scheidemann: *Das historische Versagen der SPD*, Schriften aus dem Exil, Lüneburg 2002, S.154-160. Dazu ähnlich selbstkritisch das langjährige Vorstandsmitglied der USPD und SPD Wilhelm Dittmann in seinen gleichfalls lange unterdrückten „Erinnerungen“, bearb. und eingel. von Jürgen Rojahn, Bd. 3, Frankfurt/Main u. a. 1995.

3– *Gewerkschafts-Zeitung* (GZ) vom 4.2.1933, *Deutsche Metallarbeiter-Zeitung* (DMZ), 11.2.1933.

4– Bezirksversammlung des DMV in Bremen-Gröpelingen am 30. Januar 1933, zitiert nach IG Metall Bremen (Hrsg.), *IG Metall in Bremen. Die ersten 100 Jahre*, Bremen 1991, S.32.

Oslebshausen...“ (BVZ, 25. 2. 1933). Diese Politik der Anpassung und des Überwinterns scheiterte. Bald danach sollten sich SPD-Mitglieder und Gewerkschafter, unfreiwillig vereint mit Kommunisten, auf dem Weg in das Zuchthaus Oslebshausen oder in das KZ Mißler bewegen, eskortiert von der SA. Denn nach dem freiwilligen Rücktritt der drei sozialdemokratischen Senatoren Kaisen, Kleemann und Sommer am 6. März 1933 – wegen der Hissung der schwarz-weiß-roten Fahne auf dem Rathaus – begann die neue, ab 17. März 1933 tätige Bremer Regierungskoalition von NSDAP und DNVP ihre Terrorherrschaft in Bremen. Schnell folgten Massenverhaftungen von NS-Gegnern aus allen Reihen der Arbeiterbewegung. Am 18. April 1933 wurde das Bremer Bollwerk der Arbeiterbewegung, das Volkshaus der Gewerkschaften, besetzt. Die Polizei nahm Oskar Schulze und weitere Bremer Spitzenfunktionäre in „Schutzhaft“. Einen Tag später flatterte auf dem Volkshaus die Hakenkreuzfahne, und am 25. April 1945 tagte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) im jetzt zum „Haus der deutschen Arbeit“ umbenannten Volkshaus. Noch bevor Stoßtrupps des faschistischen „Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit“ in ganz Deutschland am 2. Mai 1933 die deutsche Arbeiterbewegung demütigten, indem sie die Gewerkschaftshäuser und Filialen der Arbeiterbank besetzten und die Funktionäre des ADGB, des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (AfA-Bund) und der Einzelverbände in „Schutzhaft“ nahmen, waren in Bremen die Zentralen der Arbeiterbewegung zerschlagen. Und dennoch folgten 60.000 Bremer, darunter zahlreiche Gewerkschafter, dem Aufruf zum Massenaufmarsch am 1. Mai 1933, dem von den Nazis zum „nationalen Feiertag der deutschen Arbeit“ umbenannten Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung. Der im „Führerkreis“ von den jungen rechten Funktionäre um Lothar Erdmann und Walter Pahl vorbereitete Aufruf des ADGB-Vorstands hatte am 15. April 1933 dazu aufgefordert, sich als „ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft“⁵ an den Demonstrationen zum 1. Mai zu beteiligen. Schon im März und erneut im April 1933 hatten die Gewerk-

schaftsleitungen alle Widerstandshandlungen gegen den SA-Terror verboten. Man begnügte sich mit Beschwerdebriefen. Und das zu einem Zeitpunkt, als in dem Ende März 1933 eingerichteten Bremer Konzentrationslager Mißler schon zahlreiche Gewerkschafter einsaßen, für die das Verhalten der ADGB-Führung die große Enttäuschung war.⁶ „Arbeiter Bremens! Arbeiterblut ist in den Straßen Bremens geflossen! (...) Nieder mit dem Mordgesindel, das in der Sipo und in der blauen Polizei⁷ sein Unwesen treibt“, hieß es in dem „Aufruf an die Arbeiter Bremens“, den die KPD Bremen am 4. März 1933 in der *Hamburger Volkszeitung* veröffentlichte: „Nieder mit dem hochverräterischen Senat! (...) Es lebe die Einheitsfront! Es lebe der gemeinsame Kampf!“⁸ Zu spät kamen diese Forderungen zum einheitlichen „Protest gegen den Mordfaschismus“, den in Bremen der KPD-Bezirk Nord-West auf den Kundgebungen und Wahlveranstaltungen seit dem 17. Februar 1933 verkündete.

Im Bremer KZ Mißler befanden sich Ende März 1933 unter den ersten 100 bis 150 „Schutzhäftlingen“ vornehmlich Kader der KPD und Redakteure der *Arbeiter-Zeitung* wie Edgar Bennert. Bald gesellten sich zu ihnen die „November-Verbrecher“, prominente Bremer Sozialdemokraten wie der Reichsbannerführer Oskar Drees, der Sekretär Josef Böhm, der Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft Emil Theil und der SPD-Reichstagsabgeordnete Alfred Faust. Sie wurden besonders von den Peinigern der SA und SS misshandelt und beschwerten sich darüber vergeblich bei den Bremer Justizbehörden.⁹

Einen Höhepunkt der „Umerziehung“ im KZ erlebten die Häftlinge

am 1. Mai 1933. Die Inhaftierten aus Mißler mussten nicht nur antifaschistische Parolen entfernen, die am 1. Mai auf Straßen gemalt worden waren. Darüber hinaus wurden einige von ihnen – im Anschluss an eine Rede des Polizeisenators Theodor Laue im KZ Mißler zur „Bedeutung des 1. Mai als ‚nationaler Feiertag Arbeit‘“ – durch die Stadt gefahren. Heinrich Buchholz, der verhaftete Zeitungsobmann der KPD-Bezirksleitung und illegale Kurier für den Bezirk Nord-West zu den Stadtteilgruppen, gehörte zu ihnen. Am 4. Mai 1933 teilte er seiner Frau aus Mißler sein Mai-Erlebnis mit: „Eine Abwechslung haben wir ja schon gehabt. Am ersten Mai habe ich und noch ein Kamerad mit dem Adjutanten von Polizeisenator Laue eine kleine Autotour durch die Stadt gemacht. Wir sollten uns mal alles anschauen. Na, ich muß sagen, gestaunt habe ich ja über all die Fahnen und Girlanden. Vor allen Dingen in der Hansastrasse und dem Steffensweg.“¹⁰ Diese Fahrten gingen in die traditionellen Arbeiterviertel wie Walle und Gröpelingen und sollten den Gefangenen deutlich machen, wie schnell sich die Arbeiterschaft auf das neue System eingestellt hatte. Eine andere Gruppe von KZ-Häftlingen wurde zum Polizeihaus in die Innenstadt gebracht, um sich von dort aus den Mai-Umzug anzusehen.¹¹ Gleichzeitig gab die Polizeidirektion die Entlassung von zehn Häftlingen bekannt, wobei deren Zugehörigkeit zum „einfachen Arbeiterstand“ in der Presse besonders betont wurde.¹² „Am Abend waren wir alle in dem größeren Tagesraum versammelt. Die Teilnehmer der Fahrt sollten uns berichten“, erinnerte sich Albert Flachmann von den Roten Kämpfern.

5– Aufruf an die Mitglieder der Gewerkschaften vom 15.4.1933, in: *Gewerkschafts-Zeitung*, Berlin 22.4.1933, 43.Jg., Nr.16.

6– Zum KZ Mißler Jörg Wollenberg: „Seit gestern bei Mißler. Kannst mich denn mal besuchen.“ Zur Geschichte der frühen Bremer Konzentrationslager Mißler und Ochtersand 1933/34, in: *Bremisches Jahrbuch*, 2011, Bd. 70, S.201-243.

7– Gemeint sind die Sicherheitspolizei (Sipo) und Stadtpolizei, die blaue Uniformröcke trug.

8– Die eigene Tageszeitung, die Bremer „Arbeiter-Zeitung“, war am 2. März 1933 verboten worden. Am 1. März 1933 war der Reichsbannerkamerad Johannes Lücke in Bremen von SA-Leuten erschossen und am 6. März 1933 in der Wandelhalle des Volkshauses in der Nordstraße feierlich aufgebahrt worden. Siehe Bundesarchiv (BArch) RY 1/I 2/8/49 (Flugblattsammlung der KPD Bezirk Nordwest); zu Lücke: Aufruf der SPD am 4.3.1933: „Ein Märtyrer der Freiheit“, Staatsarchiv Bremen (StAB), Flugblattsammlung.

9– BVZ-Chefredakteur Alfred Faust an den Regierenden Bürgermeister, 13.5.1933, in: StAB, 3-5.1.a, Nr. 277.

10– Heinrich Buchholz: „Na Lütten?“, Bremen 2011, S.53-55, hier S. 55

11– Siehe Bremer Nachrichten (BN), 2.5.1933.

12– Ebenda.

„Wir standen in größeren und kleineren Gruppen um unsere ‚Kundschafter in das neue Deutschland‘ herum. Hitler versprach ja einen langen Frieden und eine alle Deutschen umfassende Volksgemeinschaft (...) Nicht ganz geleugnet wurde, daß alles groß aufgemacht worden war. Wir erfuhren aber auch, daß die Führung der Gewerkschaften zur Teilnahme an der faschistischen Kundgebung aufgerufen

offensichtlich größer, als die Gegner des NS-Systems vermuteten.

„Erzwingt die Einheitsfront!“

Wie konnte es zu dieser Selbstpreisgabe und Zerschlagung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auch in Bremen kommen?

Zusammenarbeit mit den „Renegaten der KPO und SAP“. „Diese Burschen, die öffentliche Parteifeinde sind, erhalten in Bremen in keiner Versammlung das Wort“,¹⁴ hatte der KPD-Bezirk Nordwest im Oktober 1932 an seine Unterbezirke und Ortsgruppen geschrieben. Die Ereignisse zu Beginn des Jahres 1933 hatten nicht zu einem Umdenken geführt. Lediglich in dem



hatte. Mancher versuchte, diese Tatsache noch im Glauben an eine klassenbewußte Arbeiterschaft zu verdrängen. Ich dachte daran, daß meine politischen Freunde doch recht behalten sollten mit ihrer These, wonach die Instanzen der Gewerkschaften ohne eine eindeutige sozialistische Zielsetzung, ohne Halt und völlig hilflos den geschichtlichen Aufgaben der Stunde gegenüber stehen würden. Und so würden sie in ihrer Anpassung an die faschistische Entwicklung bis zum letzten gehen: bereit, sich gleichschalten zu lassen wie alle bürgerlichen Parteien und Gruppen bis zur völligen Unterwerfung. Sie erhielten allerdings bereits am nächsten Tag den Fußtritt.¹³ Auch wenn sich die von den Nationalsozialisten erhoffte demoralisierende Wirkung unter den Gefangenen nicht einstellte, so erzeugten die Berichte der Häftlinge über ihre Erfahrung doch eine große Betroffenheit. Die öffentliche Anerkennung der „nationalen Revolution“ war Mitte 1933

Vergeblich hatte das Kampfsignal der SAP-Bezirksleitung den Ortsausschuss des ADGB, den Vorstand der SPD und die Bezirksleitung der KPD am 14. Februar 1933 aufgefordert, „rechtzeitig die aktive Einheitsfront herzustellen“. „Erzwingt die Einheitsfront“, heißt es in dem Aufruf von SAP und KPO. Denn „zunächst hat sich der Terror nur gegen die Genossen der KPD und SAP gerichtet. Nunmehr machen die braunen Horden zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten keinen Unterschied mehr. Wir haben dort die schmachvolle Tatsache zu verzeichnen, daß sich die Vertreter des Ortsausschusses des ADGB des Nachts zum Teil von der Polizei nach Hause begleiten lassen (...) Die Arbeiterschaft wird den Faschismus nur zurück- und niederschlagen können, wenn sie auf der ganzen Linie geschlossen und entschlossen den Kampf aufnimmt. Jeder muß begreifen, daß es jetzt um Tod und Leben geht“. Nach wie vor verweigerte der KPD-Bezirk eine

schon 1930 gegründeten Jugendkampfkomitee gegen Arbeitsdienstplicht und Faschismus kam es in den Arbeiter-vororten Bremens zu gemeinsamen antifaschistischen Aktionen aller Fraktionen der Arbeiterbewegung. Das vom Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) initiierte Komitee wurde von Jugendlichen aus Sozialistischer Arbeiterjugend (SAJ) und Sozialistischem Jugendverband Deutschlands (SJVD) ebenso unterstützt wie von der KPO und der SAP sowie den Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) Axel Dehms und Wilhelm Heidorn¹⁵ – mit nachhaltigen Folgen für die Bündnispolitik nach der Zerschlagung der Parteien und Gewerkschaften, wie wir noch sehen werden. Wie ist diese Passivität der Vorstände der Sozialdemokratie und die lange anhaltende Abwehrhaltung des KPD-Bezirks gegen eine breite antifaschistische Bündnispolitik zu erklären – trotz aller scheinradikalen Verkündigungen.

Bremen gehörte als bedeutendes Handelszentrum und industrielles Ballungsgebiet zu den traditionellen Hochburgen der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Hier prägten neben der dominie-

13– Albert Flachmann: Auszüge aus den Erinnerungen, vorgetragen am 1. Mai 1981 im Bremer DGB-Haus, nachgedruckt in Wollenberg u. a., Von der Krise, S.131f.

14– Siehe u. a. das Rundschreiben des KPD-Bezirks Nord-West vom 18.10.1932 an alle Unterbezirke und Ortsgruppen, StAB, 4,65,II-A-10 b 4.

15– Siehe StAB, 4,65,II E -11-4; Wollenberg u. a., Von der Krise, S.120-124. Wilhelm Heidorn vom ISK und AfA-Bund aus Hemelingen behielt nach 1945 seinen Exilnamen Werner Hansen und prägte die Gründungsphase der Gewerkschaften in der Britischen Besatzungszone.

renden Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften die KPD und die von beiden Parteien ausgegrenzten Mitglieder des ISK (ab 1926), der KPO (ab 1928) und der SAP (ab 1931) die politische Kultur und das gesellschaftliche Leben. Noch in der Endphase der Weimarer Republik vereinigten SPD und KPD trotz der durchgängig hohen, über dem Durchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit die Mehrheit der Stimmen auf sich. Selbst nach der NS-Machteroberung konnten die Linksparteien in den März-Wahlen von 1933 in Bremen mit 53,6 Prozent mehr Stimmen auf sich vereinen als die Nationalsozialisten. 72.707 Stimmen für die SPD (30,4 Prozent) und 31.553 für die KPD (13,2 Prozent) standen 78.124 Stimmen für die NSDAP (32,6 Prozent) gegenüber. In dem von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Arbeiterstadtteil Gröpelingen gewannen SPD mit 37,3 Prozent und KPD mit 27,3 Prozent gar zwei Drittel der Stimmen.¹⁶ Allerdings wurde dieses Potenzial nicht zu gemeinsamen Aktionen gegen die reaktionären Kräfte genutzt.

Die Zerschlagung der Bremer Räterepublik vom 4. Februar 1919 durch Truppen der von der MSPD geführten Reichsregierung hatte tiefe Spuren bei Sozialisten und Kommunisten hinterlassen. Die wenigen gemeinsamen Aktionen zwischen 1920 und 1922 schienen vergessen. Der 1928 vollzogene Linksschwenk der KPD, der zur Gründung der spalterischen Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO) und zur Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie führte, die „als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ und als „linker Flügel des Faschismus“ (Sozialfaschismusthese) denunziert wurde, ließ Angebote zur Einheitsfront wenig glaubhaft erscheinen. Hinzu kam in Bremen, dass Anfang 1931 die Kritik an den sogenannten Versöhnlern im KPD-Bezirk Nordwest unter Leitung von Paul Taube und Johann Koschnick in deren Abwahl mündete und sie durch Robert Stamm, Egon Nickel und Herbert Warnke ersetzt wurden. Alle KPD-Versammlungen und Veranstaltungen der 48 Ortsgruppen mit ca. 5.000 registrierten Mitgliedern, davon rund 4.000 in Bremen, wurden schon seit Längerem von Polizeispitzeln kontrolliert. Diese Spitzelberichte und die in Hausdurchsuchungen bei

Spitzenfunktionären gefundenen Namenslisten erleichterten die Massenverhaftungen ab Ende März 1933.¹⁷

Im selben Zeitraum schränkte der Mitglieder- und Wählerschwund die Aktionsfähigkeit der im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften und der SPD ein, zumal ein Teil der Mitglieder zu den Konkurrenzorganisationen überlief. So ging 1931 die selbstständige Bremer Jugendorganisation der SPD (SAJ) unter Leitung von Karl Grobe geschlossen zur SAP. Die Statistik der Stimmenanteile für einzelne Bremer Stadtteile zeigt für die Wahlen von 1928 bis 1932, dass die SPD in den Arbeiterstadtteilen Walle und Gröpelingen deutlich Stimmen an die KPD verlor, während in den bürgerlichen Vierteln die Nationalsozialisten überdurchschnittliche Stimmengewinne erzielen konnten – auf Kosten der konservativen Parteien. Die krisenhafte Zuspitzung der Lage der Bevölkerung um 1932/33 mit rund 60.000 Arbeitslosen unter den 332.000 Einwohnern des Großstadtbezirks Bremens gefährdete zunehmend die Kompaktheit des linken Lagers, das sich lange in der hohen Übereinstimmung von Wähler- und Mitgliedschaft ausgedrückt hatte. In Bremen bekannten sich 1929 noch rund 10.000 Mitglieder zur SPD. Die Gewerkschaften konnten 1922 und 1929 gleichbleibend auf über 50.000 Mitglieder zurückgreifen.¹⁸ Die steigende Zahl von Arbeitslosen bewirkte allerdings ab 1930, dass der Betrieb als das entscheidende Handlungs- und Lernfeld der Arbeiterbewegung immer mehr verloren ging. Diese Entwicklung lässt sich exemplarisch an dem großen traditionsreichen Betrieb in Bremen darstellen: an der im Arbeiterstadtteil Gröpelingen gelegenen Werft AG Weser. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise verringerte sich die Belegschaft der AG Weser

von 10.000 auf 400 Beschäftigte 1932.¹⁹ Viele der „wirtschaftlichen Herzstücke“ und politischen Vorreiterbetriebe fielen in der Krise weitgehend aus. Neben der Pleite des Nordwolle-Konzerns von 1931, dem „Panama der Nordwolle“ (Alfred Faust), trugen vor allem die Betriebe in der Metallindustrie zur Massenarbeitslosigkeit bei. Bei den Atlas Werken waren 1932 lediglich 300 von einst 4.000 beschäftigt, bei den Hansa-Loyd-Goliath-Werken 500 von 3.000, bei der Norddeutschen Hütte 50 von 600, bei den Franke-Werken 50 von 2.000 und bei dem Vulcan in Vegesack 800 von einst 3.000 im Jahre 1929.²⁰ Die KPD wurde dadurch zusehends eine Partei der Erwerbslosen. Schon 1930 war ein Drittel der KP-Mitglieder im Bezirk Nordwest arbeitslos. Der Bezirk registrierte 1932 von 7.500 Mitgliedern 6.785 als arbeitslos.²¹ Aber auch in den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften meldeten sich 40 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Gleichzeitig verjüngte sich die Mitgliedschaft der KPD auf ein Durchschnittsalter weit unter 40, während ein Viertel der Mitglieder der SPD über 50 Jahre alt war.²²

Mit dem Auseinanderfallen der Arbeiterbewegung in zwei große, einander feindlich gegenüberstehende Blöcke ging das durch Wirtschaftskrise und reaktionäre Formierung des bürgerlichen Lagers ohnehin eng gewordene Manövriertfeld der Arbeiterbewegung weitgehend verloren. Das Ende der traditionellen Arbeiterhochburg Bremen kündigte sich jedoch nicht so sehr in Zahlen an. Entscheidend war die kampflose Kapitulation der Gewerkschaften. Auch in Bremen wurden, wie schon erwähnt, vor dem 2. Mai 1933 zahlreiche Funktionäre festgenommen. Die Nazis rechtfertigten ihre Aktion vor der Bevölkerung mit Vorwürfen:

16– Siehe Wollenberg u.a., *Von der Krise*, 1983, S.95.

17– Siehe die Polizeiberichte im StAB, u. a. 4,65 II A 4 b 22. Zu den damals noch nicht zu Bremen zählenden Stadtteilen Hastedt, Hemelingen oder Blumenthal siehe die Polizeiakten im Niedersächsischen Landesarchiv - Staatsarchiv Stade -, Rep. 80 P, Nr. 867, Bd.1 und 2; zur SAP 1932: StAB 4,65 II A 10 b 4.

18– Siehe Wollenberg u.a., *Von der Krise*, S.88-93, 112-113.

19– Siehe Jörg Wollenberg: *Die AG Weser zwischen Sozialpartnerschaft und Klassenkampf*, Bremen 1984; Elisabeth Meyer-Renschhausen: *Die Reaktion der Arbeiter auf die Weltwirtschaftskrise am Beispiel der Arbeiter der AG Weser Bremen*, Bremen 1976.

20– Siehe StAB 4.65-IIA.12 a.4.Bd 16.

21– KPD-Bezirk Nordwest am 26/27.11. 1932: StAB 4.65, IIA.12b1.Bd 16a

22– Siehe dazu die Polizeiberichte im StAB 4.65/327. Siehe auch Arne Andersen: „Lieber im Feuer der Revolution sterben, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken!“. Die KPD in Bremen von 1928 bis 1933: Ein Beitrag zur Bremer Sozialgeschichte, München 1987, S.211f.

Die „Gewerkschaftsbonzen“ seien korrupt, veruntreuten Geld, bereicherten sich auf Kosten ihrer Mitglieder. Alle Vorwürfe waren unhaltbare Propagandalügen. Sie entlarvten sich später selbst, denn nicht ein einziger ordentlicher Prozess wurde gegen die Beschuldigten geführt.

Als die führenden Vertreter des ADGB nach zehn Tagen wieder freigelassen wurden, war von ihrer einst so mächtigen Organisation nichts mehr übrig: Die Gewerkschaften waren verboten, Vermögen, Gebäude und Angestellte hatte sich die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Führung von Robert Ley einverleibt. Der Versuch der ADGB-Führung, durch eine Politik der Anpassung die eigene Organisation zu retten, war am 2. Mai 1933 gescheitert. Die Schatzmeister der freien Gewerkschaften übergaben ihre Kassen vorschriftsmäßig geordnet. Große Teile der bis dahin noch zum Widerstand bereiten Mitglieder erschienen demoralisiert. Die einfachen Mitglieder und mittleren Funktionäre tauchten mehrheitlich in eine unpolitische Existenz ab. Nur eine Minderheit ging in den Untergrund. Die größte Massenorganisation der deutschen Arbeiterbewegung war gleichgeschaltet. Ausgerechnet der Gegner, den die Hitler-Bewegung am meisten gefürchtet hatte, kapitulierte kampflos.

Zeitgenössische Erklärungen für die Niederlage

Wäre die Zerschlagung der Gewerkschaften wenigstens in Hochburgen wie Bremen zu verhindern gewesen? Hätte gar die Weimarer Republik gerettet werden können, wenn die sozialdemokratische Arbeiterbewegung mit dem ADGB und ihrer

gemeinsamen Schutzorganisation, der *Eisernen Front*, zusammen mit KPD, KPO, SAP, ISK, den *Roten Kämpfern* oder den Anarchosyndikalisten Widerstand geleistet hätten?

In Bremen folgten am Vorabend der Reichstagswahl vom 5. März 1933 noch einmal 30.000 Teilnehmer dem Aufruf der *Eisernen Front* zur Massenkundgebung. Erstmals hatte sich der KPD-Bezirk Nordwest einem solchen Aufruf angeschlossen, nachdem die eigene Massenkundgebung mit Ernst Torgler, dem Vorsitzenden der KPD-Reichstagsfraktion, am 3. März 1933 im *Casino* verboten worden war. Viele der kommunistischen Teilnehmer sollten sich mit dem Hauptredner Alfred Faust, SPD-Reichstagsabgeordneter

und Chefredakteur der *Bremer Volkszeitung*, einen Monat später im Konzentrationslager Bremen-Mißler unfreiwillig wieder zusammenfinden.²³

Als nicht nur in Bremen die SA-Überfälle auf Gewerkschaftshäuser sich mehrten und schon zahlreiche Funktionäre im Konzentrationslager saßen, verstärkte die ADGB-Führung in Berlin ihre Kontakte zur NS-Führung. Am 15. April 1933 bot der Bundesausschuss des ADGB der nationalsozialistischen Reichsregierung an, die Gewerkschaften „in den Dienst des neuen Staates zu stellen“.²⁴ Dazu kam der „gerade Weg der SPD-Reichsleitung in die Kapitulation“.²⁵ Hatte die SPD-Reichstagsfraktion sich noch im März 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“

GEWERKSCHAFTS-ZEITUNG

ORGAN DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Redaktion und Expedition: Berlin SW 19, Inselstraße 6. Fernspr. F 7. Jannowitz 6581
Das Blatt erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1,00 Reichsmark

BERLIN 22. April 1933
43. JAHRGANG
NUMMER 16

AN DIE MITGLIEDER DER GEWERKSCHAFTEN!

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinshaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai erglühete stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumplen Arbeitsdasein zu entziehen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai auch den gesetzlichen Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidartät mit der Arbeiterschaft bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die Pioniere des Magedankens. Denkt immer daran und seid stolz darauf.

In herzlichster Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 15. April 1933.

Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

DER BUNDESAUSSCHUSS DES ADGB. ZUM 1. MAI

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 15. April folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Magedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschnmälnerung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

23– Siehe Jörg Wollenberg, *Vom Auswanderlager zum KZ. Zur Geschichte des Bremer Konzentrationslager Mißler*, in: *Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens*, Heft 5, 1982, S. 85–150, hier S.82–83.

24– Zit. nach Michael Schneider: *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, S.88, weiter zum ADGB im April/Mai 1933 siehe S.88–106.

25– Hermann Brill an Herbert Frister am 22.8.1933; zitiert nach Manfred Overesch: *Hermann Brill in Thüringen 1895–1946*, Bonn 1992, S. 229, 234.

verweigert, so stimmte sie am 17. Mai 1933 der „Friedenresolution“ Hitlers zu, abgesehen von jenen 27 ihrer Abgeordneten, die bereits verhaftet bzw. aus Deutschland geflohen waren und von Antonie Pfüll, die ihre Zustimmung verweigerte und am 8. Juni 1933 Selbstmord beging. „Den Weg, den die Partei heute geht, kann ich nicht mitgehen“, schrieb die am 14. Dezember 1877 in Metz geborene Lehrerin aus München am 17. Mai 1933 in ihrem Abschiedsbrief an einen Freund. Sie wusste nur einen Ausweg nach der Schmach ihrer Partei vom 17. Mai 1933, den Freitod.²⁶ Am 19. Juni 1933 fasste eine SPD-Reichskonferenz der von Paul Löbe und Max Westphal geführten Gruppierung den Beschluss, die Vorstandsmitglieder im Exil auszugrenzen und die Juden aus dem Vorstand zu entfernen – wenige Tage, bevor die SPD am 22. Juni 1933 verboten wurde.²⁷ Das Verhalten des Rumpfvorstands der SPD und der Vorstände der Gewerkschaften sei „kläglich und zum Erbarmen gewesen“, so der für diesen Kurs lange mitverantwortliche einstige Reichskanzler Philipp Scheidemann im dänischen Exil.²⁸ „Von den Führern, die in Deutschland bis zu ihrer Flucht ‚tätig‘ gewesen sind“, könne keiner „jemals wieder irgendwo in der Arbeiterführung führend tätig sein“. Ihre „Versuche einen modus vivendi mit Hitler zu finden“, stünden „beispiellos da in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.“²⁹

Andere prominente Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller wie Arthur Rosenberg, Franz Leopold Neumann, Willy Brandt oder Arnold Döblin versuchten im Exil die Frage zu beantworten, warum in Deutschland sich eine real existierende sozialistische Republik von 1918/19 in eine Demokratie mit zunehmenden diktatorischen Anstrichen in der Endphase Weimars entwickeln konnte, aus der schließlich die NS-Diktatur entstand. Eine Erklärung für diese folgenreichste Demütigung der Arbeiterbewegung fanden sie in den Fehlern schon am Anfang der Weimarer Republik, hatte doch gegen die von der Konterrevolution zu „Novemberverbrechern“ diffamierten Anhänger der schnell erstickten Novemberrevolution schon 1918 ein beispielloser Kampf von rechts mit der Ermordung prominenter Sozialisten, Kommunisten und Liberaler begonnen. Die „Revolutio-

näre wider Willen“ (Heinrich August Winkler) aus den Kreisen der MSPD um Noske und Ebert waren diesen Kräften nicht entgegengetreten. Die Schwäche der Konkursverwalter des Obrigkeitsstaates, die aus Angst vor dem Bolschewismus notwendige gesellschaftliche Strukturreformen unterließen, hatten die Gegner der Demokratisierung von rechts genutzt. Insofern ist die Zerstörung der Weimarer Republik von Faktoren und Widersprüchen mitbestimmt, die bei ihrer Gründung schon angelegt waren. Vor allem die fundamentale Schwäche der gespaltenen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik muss auch aus dem Scheitern der Revolution von 1918/19 und mit der gleichzeitigen militärischen Unterdrückung oppositioneller Arbeitermassen durch die Führung der Mehrheitssozialdemokratie erklärt werden. Eindrucksvoll haben nach dem Verbot der SPD prominente sozialdemokratische Vordenker, die vor dem 1. Weltkrieg die Bremer Linke mitgeprägt hatten, diesen Zusammenhang hergestellt. So schrieb Rudolf Hilferding am 23. September 1933 an Karl Kautsky: „Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im ganzen und großen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein. In diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit vor 1914 und erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch, und in dieser Zeit

sind die schlimmsten Fehler gemacht worden“.³⁰ Mit dieser Kritik stand Hilferding keinesfalls allein.

„... Sozialdemokrat bin ich für alle Zeiten gewesen“

Der Zusammenbruch von Weimar zwang dessen Träger zur selbstkritischen Besinnung und schärfte den Blick für politische Fehlleistungen. Dennoch überrascht, welche Schwierigkeiten bis heute bei der Aufarbeitung des Versagens von 1933 auftreten.³¹ Denn vor dem Hintergrund der Mitverantwortung von Ebert und Noske für die Massenmorde zwischen 1918 und 1920 konnte aufseiten der Sozialdemokraten nur ein kompliziertes, gebrochenes Verhältnis zur Deutschen Revolution von 1918/19 entstehen. „Die einen haben uns entrüstet vorgeworfen, daß wir Sozialdemokraten eine Revolution, die anderen ebenso entrüstet, daß wir keine Revolution gemacht hätten“, schrieb der Syndikus des DMV vor 1933, Ernst Fraenkel, am 9. November 1943 in der deutschsprachigen New Yorker Neuen Volkszeitung, und er fügte hinzu: „In diesem Vorwurf spiegelt sich die Logik eines Umsturzes wider, der eine politische Umwälzung herbeiführte, aber eine soziale Revolution vermied. Und weil der 9. November somit eine halbe Revolution war (...), ist uns 14 Jahre später eine ganze Niederlage bereitet worden.“ „Eine Partei“, so Hermann Brill, der

26– Antje Dertinger, Pfüll, Toni (eigentlich Antonie) in: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderte. Ein Lexikon, Stuttgart, 1997, 479–481, hier S. 479.

27– Siehe u. a. Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933, Berlin 1987, S. 907–954; Karl Heinz Roth: Facetten des Terrors. Der Geheimdienst der „Deutschen Arbeitsfront“ und die Zerstörung der Arbeiterbewegung 1933–1938, Bremen 2000; Willy Albrecht (Hrsg.): Kurt Schumacher. Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945–1952, Berlin 1985, S. 75–83. Auch dieser Verleugnungskurs bewahrte die Kapitulanten von 1933 nicht vor dem KZ. Im August 1933 wurde Paul Löbe in das KZ Düring bei Breslau eingeliefert. Von der SA verhöhnt und von einer Schalmeienkapelle begleitet, musste er mit einem Strauß von Disteln in der Hand ein Spalier der vor ihm verhafteten Kommunisten und Sozialdemokraten abschreiten. Siehe vorwärts, 2006, Nr. 11, S. 42 (mit Foto).

28– Siehe Scheidemann, Versagen, S. 37–38

29– Ebenda, S. 150f. Bleibt anzumerken, dass dieser Selbstbesinnungsprozess des prominenten Sozialdemokraten nach 1945 ungehört blieb. Einige der Repräsentanten des Anpassungskurses trugen nach dem Ende des NS-Regimes mit ihrem Antikommunismus dazu bei, dass die zweite Chance eines Neuanfangs vertan wurde.

30– ISG Nachlass Kautsky D XII, 661, zitiert nach Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Frankfurt/M. 1978, S. V.

31– Vgl. dazu als jüngstes Beispiel Bernd Faulenbach: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012. Der Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand geht in dem Band aus Anlass der 150-jährigen Geschichte der SPD mit keiner Zeile auf den 17. Mai 1933 ein. Otto Wels mutige Rede vom 23. März 1933 verdrängt jede Erinnerung an das Versagen des Parteivorstands vom Mai und Juni 1933.

Freund Fraenkels aus der gemeinsamen Tätigkeit als Gastdozenten an der Sozialistischen Heimvolkshochschule Schloss Tinz bei Gera, „die auf ihrer letzten Reichskonferenz vom 26. April 1933 immer noch der Nation und dem Sozialismus dienen wollte und deshalb am 17. Mai 1933 im Reichstag dem außenpolitischen Programm Hitlers zustimmte“, der könne man nicht mehr folgen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Brill mit zahlreichen Genossen beschlossen, die Partei zu verlassen. „Ich werde auch niemals mehr für die SPD arbeiten“, schrieb er am 30. August 1933, weil seine Partei Ende Mai 1933 nicht einmal zur Selbstauflösung fähig war.³² „Ich bin und bleibe Sozialist. Sozialdemokrat bin ich für alle Zeiten gewesen“, lautete sein am 31. Januar 1934 formuliertes Bekenntnis,³³ das den späteren Buchenwaldhäftling schon im Herbst 1933 veranlasste, sich der Widerstandsgruppe *Neu Beginnen* anzuschließen und mit seinen Freunden Otto Brass und Otto Jenssen ein „Zehn-Punkte“-Programm zur Begründung der „*Deutschen Volksfront*“ vorzulegen.³⁴ Damit stand er nicht allein. Auch Bremer SPD-Genossen suchten mit ihm den Kontakt zu den im Untergrund oder im Exil entstehenden Widerstandsgruppen oder gingen eigenständige Wege. Und es ist kein Zufall, dass diese Gruppen schon vor der Kapitulation des deutschen Faschismus Pläne für eine sozialistische und demokratische Neuordnung Deutschlands vorlegten. So wurde Brill, der heute eher vergessene Verfasser des *Buchenwalder Manifests* vom April 1945 und Gründer des *Bundes demokratischer Sozialisten*, den die US-Besatzungsmacht zum ersten Nachkriegs-Ministerpräsidenten Thü-

ringens ernannte, nach dem Scheitern des Einheitsbündnis der Arbeiterbewegung von unten und der Flucht aus der SBZ zu einem der Väter des Grundgesetzes.

In Bremen gründeten die Widerstandskämpfer aus allen Fraktionen der Arbeiterbewegung die *Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus* (KGF). Einer der Initiatoren, Adolf Ehlers (KPD/KPO/SAP), gab schon 1944 die Parole aus, die den politischen Konsens der Gruppe prägen sollte: „*Einheitsfront von General von Seydlitz bis Wilhelm Pieck*“. Also ein Bündnis vom Bund deutscher Offiziere im „*Nationalkomitee Freies Deutschland*“ bis zum führenden Repräsentanten der alten KPD. Pieck hatte von 1896 bis 1910 seine politische Karriere in Bremen als einflussreicher Sozialdemokrat und Gewerkschafter des Holzarbeiter-Verbandes begonnen und prägte als Vorsitzender des Bildungsausschusses des Gewerkschaftskartells und als erster hauptamtlicher Sekretär der Bremer Sozialdemokraten mit Johann Knief, Anton Pannekoek und anderen die Bremer Linke.³⁵ Die KGF setzte sich vom 6. Mai bis zum 16. Dezember 1945 mit ihren über 6.000 Mitgliedern in 14 Ortsgruppen immer wieder in ihrem Zentralorgan *Aufbau* dafür ein, „*die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei*“ als Hauptziel zu fordern.³⁶ Zum Zentralvorstand gehörten Sozialdemokraten wie Emil Theil, zur KPD zurückgekehrte Oppositionelle wie Heini Busch oder Franz Cavier. Dazu kamen Georg Buckendahl von der KPD, Vertreter aus dem Exil wie August und Irmgard Enderle (KPO/SAP), weiter Hermann Lücke von der SAP und Fritz

und Frieda Paul vom ISK, ergänzt um den Repräsentanten des bürgerlichen Widerstandes, Studienrat Dr. Alfred Nawrath, den sie zum Vorsitzenden wählten. Sie alle verabschiedeten einvernehmlich noch am 16. Dezember 1945 die „*Entschliebung zur Bildung einer Einheitspartei*“. Und dennoch treffen wir sie nach dem Scheitern der Einheitssehnsucht erneut in Bremen und in anderen alten Hochburgen der Arbeiterbewegung bald wieder als „*feindliche Brüder*“ in der SPD oder KPD.³⁷

Trotz alledem: „Bildung einer Volksfront von Sozialisten und Kommunisten“

Trotz des nicht verhinderten Aufstiegs der Nazis zur Macht hatte sich überall in Deutschland der Widerstand formieren können. Er beschränkte sich zunächst vornehmlich

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

32– Zit. nach: Manfred Overesch: *Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht*, Bonn 1992, S.229.

33– Zit. nach: ebenda, S.232

34– Dr. Hermann Brill, *Gegen den Strom*, Offenbach 1946, S. 15-17, 61-87. Zum Volksfront-Komitee in Buchenwald und zum Buchenwalder Manifest siehe S.88-101. Zu Brill vgl. neben Overesch auch Renate Knigge-Tesche/Peter Reif-Spirek (Hrsg.): *Hermann Louis Brill. Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat*, Wiesbaden 2011, u.a. dort zur Volksfront und zu *Neu Beginnen*: Jörg Wollenberg S. 77-104

35– Siehe u.a. Karl-Ernst Moring: *Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914*, Hannover 1968, S.69-117; Gerhard Engel: *Johann Knief- ein unvollendetes Leben*, Berlin 2011, S.94-105

36– Siehe *Gemeinsam begann es 1945*. „*Der Aufbau*“ schrieb das erste Kapitel. Originalgetreuer Nachdruck des „*Aufbau*“, Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF). Bremen 1945/46, Frankfurt/Main 1978, Nr. 11, Jan. 1946, S.5-8; Siehe auch Peter Brandt: *Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau-Ausprägung-Politik in Bremen 1945/46*, Hamburg 1976, S.100-143.

37– Siehe Ulla Plener: *Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen-Politik-Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht*, Berlin 2003.

auf die Arbeiterbewegung und bezog die jüdischen Intellektuellen ein, die Mitglieder der Arbeiterparteien und Gewerkschaften und als solche besonders gefährdet waren. Sofern sie nicht rechtzeitig emigrieren konnten, wurden sie in der Regel mit als erste im März/April 1933 verhaftet oder in die frühen Konzentrationslager eingeliefert. Es besteht kein Zweifel daran, dass die NS-Bewegung in der Zeit ihres Aufstiegs in der Arbeiterschaft Bremens trotz des Anpassungskurses der Gewerkschaften nur schwer Fuß fassen konnte. Wahlanalysen im lokalen Bereich zeigen die besondere Resistenz der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus.³⁸ Die unversöhnliche Haltung gegenüber dem NS-System dokumentieren auch die in den Stimmungs- und Lageberichten der Gestapo festgehaltenen Nachrichten aus Betrieben und Stadtteilen. Versorgungsengpässe bei Nahrungsmitteln, Wohnungsmangel und unzureichende Löhne führten zu anhaltender Unzufriedenheit unter der Arbeiterbevölkerung.³⁹ Auch die ersten Ergebnisse der „Vertrauensräte“-Wahlen von 1934/35 belegen die nach wie vor geringe Akzeptanz der Kandidaten der NSBO in den Zentren der Arbeiterbewegung. Wie groß die Verweigerung im Einzelfall war,

zeigt das Beispiel der Bremer Vulkan-Werft, wo 1935 zu der aus Anlass der Wahl einberufenen Betriebsversammlung von 2.500 Beschäftigten nur 250 erschienen. Daraufhin wurde eine zweite Versammlung anberaumt, und die NSBO beantragte in Anbetracht der Stimmung unter den Arbeitern bei der Direktion die

AG Weser-Werft „kommunistisch verseucht“

Schließung der Werkstore während der Versammlung. Dies wurde abgelehnt. Zur zweiten Betriebsversammlung erschienen dann lediglich 200 Beschäftigte.⁴⁰ Für die Gestapo galt die Bremer AG Weser-Werft noch 1936 als „kommunistisch verseucht“. Sie empfahl, einen Zaun um das Gelände der Werft zu ziehen und diese zum KZ zu erklären.⁴¹ Die zahlreichen Prozesse gegen Widerstandsgruppen aus der Arbeiterbewegung belegen das Resistenzverhalten und den bis zum Ende des Krieges anhaltenden Widerstand.⁴² 1.305 Bremer befanden sich nach Angaben der Gestapo im ersten Jahr der Machtergreifung in „Schutzhaft“ und wurden in der Regel ab März 1933 in das Bremer KZ Mißler, ab 1. Oktober 1933 nach Ochtersand eingeliefert. Folgt man der am 6. März 1934 von der Bremer Polizeidirektion vorgelegten „Leistungsbilanz“, dann verzeichnete die Bremer Gestapo innerhalb eines Jahres 31.000 „Eingänge, davon sind von der Exekutive 200 Sachen bearbeitet worden. Rund 950 Haussuchungen wurden vorgenommen, festgenommen im Hochverratsverfahren rund 450 Personen, dem Gericht zugeführt rund 260 Personen“.⁴³ In den Bremer Ermittlungsverfahren und Prozessen, die zwischen 1933 und 1945 stattfanden, wurden u. a. wegen der „Verbreitung von Greuelmeldungen aus den Konzentrationslagern“, der „Verbreitung illegaler Zeitungen“ und der „Errichtung

einer Einheitsfront zwischen KPD und SPD, hier KJVD und SAJ“ weit über 500 Bremer Vertreter der Arbeiterbewegung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Dazu zählten prominente Bürger, die nach 1945 erneut die Politik Bremens prägen sollten: Zu ihnen gehörten der Reichsbannvorsitzende Willy Dehnkamp, Senator und Bürgermeister ab 1951, der Maschinenschlosser Gustav Böhrnsen und der Redakteur der *Arbeiter-Zeitung* und Gewerkschaftssekretär des KPD Bezirks Nordwest Johann Koschnick, der nach seiner Entlassung aus der Haft 1944 in Finnland als Mitglied des Strafbataillons 999 verstarb. Zu Dehnkamp und zu beiden KPD-Vätern der späteren Bremer SPD-Bürgermeister Hans Koschnick und Jens Böhrnsen gesellten sich zahlreiche Kommunisten und Sozialdemokraten, die zwischen 1933 und 1945 in öffentlichen Schauprozessen wegen der Verteilung illegaler Schriften und des Aufbaus verbotener Organisationen zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Eine der größten Verhaftungswellen betraf im Sommer 1936 die Arbeiterjugendlichen der KPD, die früh in Bremen Kontakt zu anderen Gruppen des Widerstands pflegten: zu Sozialdemokraten, zu bündischen Jugendlichen oder zu den bürgerlichen Mitgliedern des „Vereins für Sport und Körperpflege“ (VSK). Auch zur Hamburger KP-Gruppe um Heinz Stelow und weiteren Mitgliedern der späteren „Roten Kapelle“ wie Cato Bontjes van Beek aus Fischerhude bestand über die Dannat-Geschwister und Hans Laufenberg ein enger Kontakt. 108 dieser verhafteten Bremer Widerstandskämpfer wurden wegen der „Bildung einer Volksfront von Sozialisten und Kommunisten“ nach monatelanger Einzelhaft zwischen 1936 und 1938 vor dem Sondergericht des Volksgerichts in Bremen in einem öffentlichen Schauprozess zu

Anzeige

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.
2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



38– Siehe u. a. Hans-Josef Steinberg: *Die Haltung der Arbeiterschaft zum NS-Regime*, in: Jürgen Schmüdeke/Peter Steinbach (Hrsg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München 1986, S.868.

39– Siehe Dieter Pfliegendörfer: *Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede*, Bremen 1984, S.304-312.

40– Siehe Inge Maršolek/René Ott: *Bremen im Dritten Reich. Anpassung-Widerstand-Verfolgung*, Bremen 1986, S.151.

41– Dazu Maršolek u.a., 1986, S. 152 und Pfliegendörfer, 1986, S.287-312.

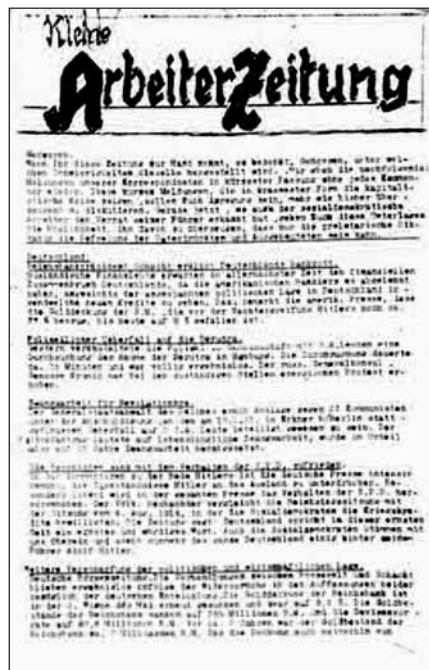
42– Siehe StAB, 3-S.1a, Nr. 27; BArch R 58/ 3370, 3717, 3718, FBS 110/ 1920, 2089, 2135, 2257, 2258, 2259, 2318, 2437, 2437, 2568, 2591, 2920, 2921, 2971, 3017, 3090.

43– Siehe die Akte aus dem StAB, 3-S.1a, Nr. 27.

langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.⁴⁴ „Böhme, Böhrnsen und andere Jungkommunisten versuchen derzeit, die Mitglieder des ‚Vereins für Sport und Körperpflege‘ (VSK) zum Kommunismus herüber zu ziehen und jedenfalls in dem VSK eine kommunistische Jugendgruppe zu bilden. Dieses geschah im Auftrage Buckendahls. Er selbst befahl diese Jugendgruppe für den fraglichen Silvester in die Wiekau, um dort eine Schulung zum Zwecke einer Aktivierung der Arbeit zu veranstalten“, heißt es im Ermittlungsverfahren.⁴⁵ Sie kamen ins Zuchthaus nach Bremen-Oslebshausen. Dort nahmen sie Kontakt auf zu den im November 1935 verurteilten 47 Sozialdemokraten um Hermann Osterloh.⁴⁶ Den Erhalt von Tageszeitungen vermittelte der AG Weser Chef Franz Stapelfeldt. Sie nutzten die nach 1918 von Emil Sonnemann, dem Gründungsmitglied der Bremer Linken, gut ausgestattete Häftlingsbibliothek und setzten mithilfe des Morsealphabets die marxistische Schulungsarbeit unter Georg Buckendahl fort. Eine Gruppe von 20 verurteilten Jugendlichen hatte noch unmittelbar nach dem Urteil und vor dem Transport in das Zuchthaus die Internationale gesungen. Die Bremer Gestapo-Beamten Hermann und Schrader hatten Mühe gehabt, das Beziehungsgeflecht dieser Gruppe zu durchschauen.⁴⁷

Schon vor 1934 trafen sich einige von ihnen in der Wohnung des mehrfach verhafteten Juristen Klaus Bücking (KPD) und seiner Frau, der Pastorentochter Maria (später Krüger), um marxistische Schulungsarbeit und Flugblattaktionen wie auch den Druck der *Kleinen Arbeiterzeitung* vorzubereiten. Nach 1934 begegneten sich Mitglieder der Gruppe regelmäßig in einem Blockhaus im Wald von Wildeshausen, der „Heini-Boye-Hütte“, die lange auch Anlaufstelle

der Bremer Naturfreunde-Jugend gewesen war. Die politischen Köpfe der Gruppe waren neben Klaus Bücking die besonders gefährdeten Juden Walter von Perlstein und Hermann Meyerhoff (KPD) und der illegale KPD-Bezirksleiter Georg Buckendahl. Später kam Konrad Blenkle als



Instrukteur von der Abschnittsleitung Nord der KPD hinzu. Kontakt zur Gruppe hatten auch Edgar Bennert (nach 1945 Intendant in Schwerin), der Star des Bremer Schauspielensembles Hans Müller und Max Burghardt (nach 1945 Intendant in Stuttgart, Leipzig und an der Deutschen Staatsoper in Berlin). Zur AG Weser bestanden über Lutz Bücking und Georg Gumpert Beziehungen zu Adolf Ehlers, Emil Theil, Leo Drabent und Hermann Prüser. Für die Verbindung zu der für die Flugblattverteilung wichtigen Gruppe der Binnenschiffer sorgten Willi Müller und Heinz Schramm, einst Organisationsleiter im Seeleute-Einheitsverband. Sel-

ma Vöge und Hermann Goldschrafe organisierten Kontakte zu den Atlas-Werken (Willi Bethge) und zu Borgward (Albert Oltmanns, Erwin Heinemann). Besonders erfolgreich gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem ISK und den *Roten Kämpfern* um Axel Dehms, Frieda Arnold (Paul), Hermann Lücke, Jan Onasch und Albert Flachmann. Diese hatten als bekennende Vegetarier mit der Einrichtung der von Hitler geförderten vegetarischen Gaststätten Kontakte zwischen den Gruppen erleichtert. Die von ihnen herausgegebene Monatszeitung *Blick in die Welt* kollaborierte geschickt offizielle Nachrichten des Systems zu Formen des Protestes und der Resistenz. Erst im Mai 1937 wurden die Mitglieder des ISK verhaftet.⁴⁸ Nach 1945 gehörten sie in der Britischen Besatzungszone mit dem Bremer Werner Hansen (Wilhelm Heidorn) und seinem Bruder Adolf Heidorn zu den Gründungsvätern der westdeutschen Gewerkschaften und von „Arbeit und Leben“, der Kooperation von Volkshochschule und DGB in der Volksbildung.

Ab April 1936 wurden allein im Prozess gegen Heinrich Lührs u. a. 108 Nazigegner angeklagt.⁴⁹ Dieser Prozess ist nicht nur wegen der großen Zahl von Angeklagten von Bedeutung, sondern auch, weil er zeigt, dass es in Bremen trotz Terror und Verfolgung gelungen war, ein Antifa-Bündnis von Jugendlichen aus Kommunisten, Sozialdemokraten und bündischen Jugendlichen mit Kontakten zum ISK herzustellen und Verbindungen zum VSK zu knüpfen. Einige von ihnen saßen schon zuvor in Haft, weil sie u. a. in den Prozess gegen die *Kleine Arbeiterzeitung* (ab Januar 1936 gegen Georg Buckendahl und 62 weitere Personen) verwickelt oder wie die 18-jährige Alma Müller und 87 weitere Bremer im „Wahrheitsprozess“ am 19. Juni 1934 zu Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. „In Deutschland ist es verboten, die Wahrheit zu sagen“, heißt es in der ersten Nummer der illegal in Bremen erschienenen *Wahrheit* von April 1933.⁵⁰

Das geglückte Beispiel einer antinazistischen Volksfront mehrerer Gruppen in Bremen, die bis zu seiner Verhaftung im August 1934 vom Hamburger Harry Naujoks als illegalen politischen Leiter des Bezirks

44– Siehe Anklageschrift und Ermittlungsakten in der Strafsache vor dem Hanseatischen Oberlandgericht gegen Lührs, Waldheim u. a., BArch FBS 110/ 1920, 2257, 2258, 2259, 2920, 2921; siehe auch Marzolek/Ott: *Bremen im Dritten Reich*, 1986, S.255-288.

45– BArch FBS 110/ 2259, Bl. 53.

46– BArch FBS 110/ 1875.

47– So nach dem Bericht des zu Einzelhaft verurteilten 18-jährigen Juden Henryk Oliver, den er mir 1983 aus London zustellte (siehe Fußnote 1), der von seinen Mithäftlingen Gustav Böhrnsen und Georg Gumpert schon vorher bestätigt wurde (Zeitzeugenreihe am 6. 11 1981 im Bremer Gewerkschaftshaus)

48– BArch FBS 110/ 2511.

49– Siehe NJ 1293 und 14117, Bd.1: Prozess „Kleine Arbeiterzeitung“, Prozess gegen Lührs, Bücking, Kessler u.a.; NJ 4718 und ST 3/717: Prozess gegen Waldheim u.a.

50– Zit. nach: Mechtild Müser/Lore Heer-Kleinert: Die „Wahrheitsprozesse“ in Bremen 1934, in: *Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens*, 1982, H. 5, S.159-212, hier S.160.

Nordwest aufgebaut und anschließend von seinem Nachfolger Georg Buggendahl mit Unterstützung von Conrad Blenkle aus Amsterdam fortgesetzt wurden, war weniger das Resultat einer parteikommunistischen Strategie. Die Mehrheit der Gruppe lehnte z. B. die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der KPD von 1935 mit der Strategie des „Trojanischen Pferdes“ (Unterwanderung der Nazi-Organisationen) ab. Das Zusammengehen war eher das Ergebnis von zum Widerstand bereiten Nonkonformisten, die schon vor 1933 – und teilweise an ihren Parteivorständen vorbei – ein Miteinander unterschiedlicher Positionen ausprobierten hatten und unmittelbar nach 1933 unterschiedliche Formen der Illegalität praktizierten. Die Ermittlungsverfahren gegen Anhänger der Einheitsfrontaktionen führten in Bremen immer wieder zu Verhaftungen von Sozialdemokraten und Kommunisten, ohne dass die Gestapo die losen Bündnisse durchschaute.⁵¹ Altgediente und lernfähige Arbeiterfunktionäre besonders aus den Reihen der KPD stützten diese Formen der Verweigerung, der Resistenz und des Widerstands so unterschiedlicher Frauen, wie Gerda Mans, Alma Müller, Henni Kastens, Bertha Dannat, Maria Bücking-Krüger oder Selma Vöge, Anna Stiegler und Frieda Paul, und Männer wie Heiner Oliver von der Bündischen Jugend, Rudolf Böhme und den Brüdern Rottmann vom SAJ, den Werftarbeitern und KJVD-Mitgliedern Gustav Böhrnsen, Kurt Baumgarte, Georg Gumpert und Lutz Bücking, die eng mit arbeitslosen Kunstschaffenden wie Walter von Perlstein und Edgar Bennert von der KPD kooperierten. Was sie einte, war der Kampf gegen die Passivität und Niedergeschlagenheit besonders in den einstigen linken Vorreiter-Betrieben. „Das war für uns noch bedrückender als der Terror der Gestapo“, schrieb dazu einer von ihnen aus der englischen Kriegsgefangenschaft. Und Heinz Kundel (KPO/SAP) fügte in seiner Rede an die Bremer Arbeiter über den Arbeitersender der BBC am 4. Januar 1945 hinzu: „Um Schluss zu machen, müssen die Arbeiter (sich) wieder ihrer eigenen Kraft bewusst werden. Müssen sich organisieren, müssen solidarisch auch mit den ausländischen Arbeitern sein. Die deutsche Arbeiter-

schaft ist eine Kraft, wenn sie einig ist und wenn sie weiss, was sie will. Mit jeder politischen Gruppe, die den Sturz Hitlers will, müssen wir zusammenarbeiten. Wir müssen aus der Isolierung, aus der Passivität heraus und handeln. Zwölf Jahre lang unter dem furchtbarsten Naziterror haben wir uns nicht brechen

„Das war für uns noch bedrückender als der Terror der Gestapo“

lassen. Jetzt kommt unsere Stunde. Seien wir bereit sie wahr zu nehmen.“⁵²

Auch die Bremer SPD erlebte zwei größere Prozesse: ab August 1934 gegen 88 Mitglieder des Reichsbanners, darunter Willi Dehnkamp, und ab November 1934 gegen 47 Genossen, darunter Hermann Osterloh, Anna Stiegler und Richard Boljahn. Gegen die Bremer SPD-, SAP- und ISK-Mitglieder um Hermann Lücke, Martin Meyer, Karl Rottmann und Axel Dehms fand 1938/39 ein Prozess statt, in den die Roten Kämpfer Jan Onasch und Albert Flachmann einbezogen waren.⁵³

Einer der größten Bremer Prozesse betraf 1934/35 über 85 Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes (RFB-Gau Nordwest), der wegen der Intensität des Widerstands und der aufgefundenen Waffen, Sprengstoffe und Munition nicht nur die Gestapo beunruhigte, sondern auch den Strafsenat des Hansatischen Oberlandesgerichtes in Erstaunen versetzte.⁵⁴

Die Bremer Gestapo blieb auch nach diesen Prozessen verunsichert. So hält der Monatsbericht zur politischen Lage vom 5. August 1935 fest: „Von der KPD bis zum politisierenden Katholizismus und den reaktionären

Kreisen ist zunächst einmal die Einheitsfront hergestellt. Diese Einheitsfront richtet sich in fanatischem Haß gegen die nationalsozialistische Bewegung und den Aufbau des Dritten Reiches (...) Die Zahl der Gegner und ihre Kampfweise darf nicht unterschätzt werden. (...) Sie verstehen es, Unruhen in die Reihen zu tragen“. Und diese Unruhe ist aus Sicht der politischen Polizei mit auf die falsche Behandlung der „Judenfrage“ zurückzuführen, auf „Ausfälle“ und „Fehler“ wie z. B. „daß ohne jede Veranlassung ein Jude verprügelt wurde“. Und der Bericht fährt fort: „Wenn man andererseits dann beobachtet, daß selbst Parteigenossen noch in Warenhäusern und in jüdischen Geschäften kaufen und damit die Juden finanzieren, dann klingt es geradezu wie ein Hohn, wenn man sehen muß, daß – nur ein Beispiel zu nennen – das jüdische Kaufhaus Julius Bamberger von Käufern nahezu überlaufen ist“.⁵⁵ Noch in dem Lagebericht der Staatspolizeistelle Bremen für den Monat November 1938 stellt die Gestapo mit Verwunderung fest, „daß die aus der Strafhafte entlassenen Marxisten von ihren politischen Freunde herzlich empfangen“ werden: „Die Zurückkehrten werden als Märtyrer bezeichnet, denen man besonders zugetan sein müsse. Wiedersehensfeiern werden mit den Geburtstagsfeiern zusammengelegt. Hierdurch ist es möglich, dass der Zusammenhalt bestimmter Gruppen in legaler Form gewahrt bleibt“.⁵⁶ Diese Feststellung, die sich auf die SPD und den Reichsbanner bezieht, enthält zugleich den Hinweis, dass die „am 9./10. November (1938) durchgeführte Judenaktion in hiesigen marxistischen Kreisen starken Unwillen hervorgerufen“ hat: „Besonders ist dies in den Großbetrieben zum Ausdruck gebracht worden, wo bei jeder sich bietenden

51– Siehe u.a. das Verfahren von 1936/37 gegen die Sozialdemokraten Ziegeldecker, Paschke, Ahrens, Arfmann, Schröder und den Kommunisten Friese in: BArch FBS 110, Seiet 70-75

52– Siehe Jörg Wollenberg: „Jetzt kommt unsere Stunde“. BBC-Rede von Heinz Kundel am 4. Januar 1945, in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 42, September 2012, S.14-23, Zitat S.17.

53– BArch FBS 110/ 2511. Der am 24.3.1949 vom Steindrucker Karl Rottmann eingereichte Antrag auf Wiedergutmachung geht von einer Gruppe von 47 verhafteten Personen aus, von denen 13 mit Rottmann am 7.11.1938 vor dem Volksgerichtshof in Berlin angeklagt worden waren. Es handelt sich um eine Gruppe von Sozialisten und Kommunisten, die mit Böhrnsen, Böhme, Dantz und Meyer am Volksfrontbündnis beteiligt und die 1949 als einstige KPD/KPO-Mitglieder zur SPD gewechselt waren.

54– FBS 110/ 2089.

55– BArch R 58/ 3717: Monatsbericht der Polizei vom 5.8.1935.

56– Ebenda: Lagebericht vom November 1938

Gelegenheit dieses Thema besprochen wird. So wurde u. a. geäußert, dass der heutige Staat jeden verrosteten Nagel sammle und wieder einschmelze, dass es ihm aber bei der Zerschlagung von Schaufensterscheiben, Mobilar und sonstigen toten Gegenständen gar nicht darauf ankomme, ob das Volksvermögen geschädigt werde oder erhalten bleibe. Es sei nicht angängig, dass man auf der einen Seite spare und auf der anderen Seite alles zerschlage“.⁵⁷

Nach 1935/36 fanden bis gegen Kriegsende weitere Prozesse gegen Bremer Widerstandskämpfer statt. Jetzt vornehmlich vor dem „Volksgerichtshof“ (VGH) in Berlin wegen „Wehrkraftzersetzung“, Vorbereitung zum Hochverrat oder Landesverrat, die mit hohen Zuchthausstrafen oder gar dem Todesurteil endeten. So wurden am 4. Juni 1937 der ehemalige Bremer Bezirksleiter der KPD und Reichstagsabgeordnete Robert Stamm wegen des Aufbaus der ersten illegalen Landesleitung der KPD in Berlin zusammen mit Robert Rembte vom 2. Senat unter dem Vorsitzenden Hartmann zum Tode verurteilt. Die spätere Bremer Senatorin Käthe Lübeck-Popall kam mit zwölf Jahren Zuchthaus davon.⁵⁸ Am 27. Juni 1939 wurde das Verfahren gegen den Steindrucker Karl Rottmann eingestellt, während Martin Meyer (SAP) ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert wurde und im Mai 1940 acht Jahre Zuchthaus erhielt.⁵⁹ Am 16. Juni 1938 wurden der 1915 geborene Karl (Kudl) Fricke und Kurt Böhm mit drei weiteren Mitgliedern der illegal weiter tätigen Bündischen Jugend Bremens vor dem Hanseatischen Sondergericht im Bremer Schwurgerichtssaal wegen der Aufrechterhaltung des verbotenen Zusammenhaltes bündischer Jugendgruppen verurteilt, ohne dass eine Zusammenarbeit mit der Arbeiterjugend nachgewiesen werden

konnte.⁶⁰ Am 9. Dezember 1943 wurde die kaufmännische Angestellte und Halbjüdin Lilly Karmann als „defaitistische Zersetzungspropagandistin unserer Kriegsfeinde“ zum Tode verurteilt. Sie hatte „als Verkäuferin einer Kundin in Bremen, die heiraten wollte, gesagt, es sei schwer zu jetzt heiraten, denn Stalin werde verlangen, daß unsere Männer erst einmal Rußland aufbauen, und wir hier würden nichts zu essen und zu kaufen haben und viele Jahre am Boden liegen. Strafe müsse ja auch sein! Deutschland trage ja auch einen großen Teil Kriegsschuld“.⁶¹ Am 25. September 1944 verkündete der 1. Senat des Volksgerichtshofes das Todesurteil gegen den Werkschutzmann bei der Weser-Flug AG, Walter Rosik, wegen des Abhörens von „feindlichen Sendern und der Verbreitung von Hetzgedichten“.⁶² Am 13. Oktober 1944 verurteilte der 2. Senat Leo Drabent und Johannes Neumann wegen Vorbereitung zum Hochverrat (Aufbau von Betriebszellen in Vegesack) zum Tode.⁶³

Zur Rolle der Zeitzeugen bei der Aufarbeitung des Widerstands

Zahlreiche Regionalstudien bestätigen: Organisiertes Widerstandshandeln war nach den ersten Erfolgen der NS-Verfolgungsinstanzen wie in Bremen durchaus auch nach 1935 noch möglich. Bis zum Ende des Krieges entstanden immer wieder informelle Zellen. Neue Bündnis-Konstellationen und erste Ansätze zu Einheitsfrontbildungen der Arbeiterparteien gegen den Faschismus waren zu beobachten. Das wird dann besonders deutlich, wenn man neben den Dokumenten der Verfolgungsbehörden die Berichte der Akteure und Zeugen des Widerstands auswertet und als Korrektiv zu dem Aktenmaterial nutzt. Wenn

auch die in den Betrieben und Stadtteilen tätigen Widerstandsgruppen nicht stark genug waren, um den NS-Staat wenigstens in einer Region von innen her zu brechen, so vereinte doch der Antifaschismus verschiedene Strömungen auf der Grundlage einer gemeinsamen Gegnerschaft gegen das Herrschaftssystem der Nationalsozialisten. Die Gemeinsamkeit des politischen Kampfes beschränkte sich dabei nicht nur auf einen inhaltlich durchaus unterschiedlich zu verstehenden antifaschistischen Minimalkonsens. Hinter diesem Konsens wurden auch Lernprozesse sichtbar, die es den unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung ermöglichten, nach der Befreiung gemeinsam eine demokratisch-sozialistische Neuordnung zu initiieren. Denn nach der von Teilen der Arbeiterbewegung unterstützten Abwehr frühzeitiger faschistischer Infiltrationsversuche wurden ab 1935 in den größeren Betrieben – u. a. von den aus den Arbeitslagern, Haftanstalten oder Konzentrationslagern entlassenen qualifizierten kommunistischen oder sozialistischen Facharbeitern – Zellen aufgebaut, die den Ausgangspunkt der illegalen Arbeit bildeten und zu Keimzellen der „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ wurden. Auf jeden Fall gelang es in den Arbeiterhochburgen die in der Endphase Weimars durch die Fraktionskämpfe zerstörten alten Formen solidarischen Handelns unter den erschwerten Bedingungen des Widerstandes wieder zu reaktivieren. Das begünstigte auch außerbetriebliche Gegenwehrstrategien und reduzierte die Anfälligkeit für die Nazi-Ideologie. Zweifelsohne ist das antifaschistische Bewusstsein der Arbeiterbewegung durch solche Entwicklungen gestärkt worden. Denn so konnten neue Ansätze alltäglicher Resistenz gegen die faschistische Unterdrückung entwickelt werden. Gerade unter Berücksichtigung der Alltagserfahrungen im Nationalsozialismus und der Beachtung von Handlungen der Unbeugsamkeit und der Verweigerung gegenüber der NS-Diktatur lassen sich Formen des „lautlosen Aufstandes“ beschreiben, die den scheinbaren Gegensatz zwischen der hohen moralischen Leistung der Widerstandskämpfer

57– Ebenda

58– Siehe Alheit/Wollenberg, Käthe Popall, S.56-75.

59– BArch FBS 110/ 2318.

60– STAB 4,54-E. 1038; vgl. dazu Peter Kuckuk: *Das Ende der Bündischen Jugend, Hitlerjugend, Widerständigkeit, Swing-Jugend und „bündische Umtriebe“ im „Dritten Reich“*, in Klaus Auf dem Garten, Peter Kuckuk, *Bürgerliche Jugendbewegung in Bremen*, 2009 (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens Heft 25/26), S.143-44.

61– Aus der Urteilsbegründung des 1. Senates des Volksgerichtshofes unter dem Präsidenten Roland Freisler, BArch FBS 110/ 2187.

62– BArch FBS 110/ 2198, 2199.

63– BArch FBS 110/ 2135.

und dem letztlich politischen Scheitern des Widerstandes erklären helfen. Niederlagen müssen nicht notwendig zur politischen Apathie führen. Wo an sie erinnert werden, wird auch die Erwartung einer Wende wieder wach. Und die Erfahrung der Niederlage erweist sich nicht selten als Möglichkeit, der Resignation und Passivität zu entgehen. Dies gilt historisch gewiss für die Arbeiterbewegung 1933. Auch sie erlitt ja keine totale Niederlage. Schließlich war der antifaschistische Widerstand ein „Verteidigungswerk“ (Antonio Gramsci), dessen Ergebnisse noch nicht vollständig eingeholt sind. Dies gilt aber auch für die Niederlagen nach 1945, die der jüngeren Arbeitergeneration nicht als politische Niederlagen bewusst sind, aber doch als biografische Einschränkungen zunehmend spürbar werden.

Es ist zweifelsohne kein Zufall, dass gerade die Oppositionellen aus den Kreisen der Arbeiterbewegung entscheidend am Aufbau der neuen Republiken nach 1945 beteiligt waren, auch wenn diese Leistung in der Restaurationsphase der BRD bald in Vergessenheit geriet. Am 6. November 1981 erinnerte der frühere Betriebsratsvorsitzende der AG Weser Gustav Böhrnsen in einem Gespräch an die Folgen des Verdrängens des Arbeiterwiderstands in der westdeutschen Öffentlichkeit. Böhrnsen war 1942 nach mehrmonatiger Einzelhaft aus dem Zuchthaus Oslebshausen entlassen worden, um

im Strafbataillon 999 seinen Wehrdienst anzutreten. Er kam erst 1946 aus der Kriegsgefangenschaft nach Bremen zurück. Für das Verdrängen des antifaschistischen Arbeiterwiderstands in der herrschenden westdeutschen Geschichtsschreibung machte Gustav Böhrnsen politische Tabus verantwortlich. Er war als junger Mann von der SAJ über die KPO zum KJVD gegangen. Er hatte gehofft, „mit dieser Organisation endlich den Kampf gegen die Nazis so entschieden führen zu können“, wie es seiner Meinung nach nötig war, „um ihren Vormarsch zu stoppen“. Gustav Böhrnsen, zur Zeit des Interviews Arbeitsdirektor bei VFW-Focke/Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB/VFW), war seit vielen Jahren ein prominenter Vertreter der bremischen Sozialdemokratie und Nachfolger von Richard Boljahn als Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft. Er stellte 1981 fest: „Heute wird man oft etwas schief angesehen, wenn man zugibt, daß man damals diesen Vereinigungen angehört hat. Aber ich bekenne mich da sehr offen zu. Ich bin immer ein Wanderer gewesen und ein Sucher nach politischen Wahrheiten, soweit es überhaupt politische Wahrheiten gibt (...) Ich bin der Meinung, daß (...) dieser Widerstand dazu beigetragen hat, einen neuen demokratischen Weg nach dem Krieg vorzubereiten. Insofern bin ich stolz darauf, der übrigen Welt ein Bild vermitteln zu können, daß es auch andere Menschen gegeben hat als die, die hinter Hitler herliefen. (...) Dafür haben viele ihr Leben gelassen, viele haben für lange Zeit ihre Freiheit geopfert. Und insofern hat es sich gelohnt auch zu zeigen, daß es nicht nur ein paar Offiziere gegeben hat, die sehr spät in Opposition zu Hitler gingen. Lange davor gab es viele Menschen, die ihr Leben gelassen haben, einfache Leute, die ins Zuchthaus gegangen sind. Und ich zähle mich da auch dazu. Wir wollten eine bessere demokratische Gesellschaftsordnung, weiter gehend als die Vorstellungen der Leute des 20. Juli. Die Zusammenarbeit in den kleinen Gruppen zwischen

Sozialdemokraten und Kommunisten war keine Frage von Diskussionen. Sie war eine Frage der Tat. Wir haben uns nicht in fruchtlose Diskussionen über das eventuelle Wie nach dem Ende des Nazi-Reiches eingelassen. Es war eine wirklich gute Zusammenarbeit, soweit wie ich es beurteilen kann aus meiner Gruppe. Ich darf sie als überparteilich bezeichnen. Die Tatsache, daß man heute der Meinung ist, nur den 20. Juli feiern zu dürfen und gleichzeitig von dem Widerstand der Linken, vom linken Flügel der Arbeiterbewegung, nichts mehr hören will, das beunruhigt mich tief. Ich kann doch einem Mann, weil er heute noch in der DKP ist, seinen Widerstand gegen dieses Nazi-Regime nicht einfach wegnehmen und sagen, dieser Widerstand hat gar nicht bestanden“.⁶⁴

Eine solche Rückerinnerung verband sich für die ältere Generation mit einer glaubhaften Zukunftsperspektive. Gestritten wurde darüber, wie diese Perspektive umzusetzen wäre. Nicht im Ziel, sondern in der Frage nach dem Weg der Arbeiterbewegung zur Eroberung der gesellschaftlichen und politischen Macht bestanden verschiedene Auffassungen. Für alle Flügel der Arbeiterbewegung bestimmte diese Zukunftsperspektive die Erfahrung und das Handeln nach 1945. Diese nach der Niederlage des Faschismus freigesetzte Dominanz der Linken wurde jedoch in Westdeutschland innerhalb von zwei bis drei Jahren zerschlagen. Es handelt sich um ein „Diskontinuitätsphänomen der Zeitgeschichte“ (Lutz Niethammer) mit Folgen für die Arbeiterbewegung. Mit der Entscheidung für den Westen waren die sozialistischen Neuordnungsvorstellungen in der BRD endgültig zurückgedrängt worden. Das verschärfte noch einmal die Polarisierung innerhalb der Fraktionen der westdeutschen Arbeiterbewegung. Aus Bundesgenossen und politischen Freunden des Widerstandes wurden wieder „feindliche Brüder“.⁶⁵

Jörg Wollenberg

Anzeige

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978, 138 Seiten,
Fadenheftung, fester Einband,
5,00 €.

⁶⁴ Interview mit Gustav Böhrnsen, 17.9.1979 und 6.11.1981, hier 6.11.1981, S.16. Siehe auch die Video-Filmreihe (Fn.1) zu Gustav Böhrnsen, hier Schluss von Film 3 (1953-1971).

⁶⁵ Siehe Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen-Politik-Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003.

„Buchstäblich stehen wir vor dem Nichts...“

Die Redaktion der Arbeiterstimme hat eine, von Dresdner IG Metallern erarbeitete, Biographie des Antifaschisten Fritz Schreiter zur Verfügung gestellt bekommen, die auch mit Unterstützung der Gruppen „Arbeiterstimme“ und „Arbeiterpolitik“ zustande kam. Schreiter war Gewerkschafter, Kommunalpolitiker und führender Kopf der ostsächsischen kommunistischen Opposition. Er hat mit seiner Familie während des Faschismus ein tragisches Ende gefunden. Mit der Biographie wollen die Metaller in Dresden an ihn erinnern und anlässlich des 80sten Jahrestags der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser und der Vernichtung der freien Gewerkschaften durch die Nazis die Träger gewerkschaftlichen Widerstands ehren.

Ganz im Osten von Dresden, schon fast an der Stadtgrenze, gibt es ein Sträßchen, das in die Pirnaer Landstraße mündet. Die Straße ist nach dem antifaschistischen Widerstandskämpfer, so sagt es das Straßenschild, Fritz Schreiter benannt. Die Straße ist nur wenige 100-Meter lang und führt in eine Industriebrache. Wer war dieser Fritz Schreiter? Nähme man die Lage und Größe der Straße als Grundlage für die Bewertung seiner Bedeutung, dann hätte Fritz Schreiter im antifaschistischen Kampf gegen die Nazis wohl eher eine untergeordnete Rolle gespielt. Das scheint sich auch in der Wahrnehmung der politisch Aktiven in Dresden zu bestätigen. Niemand kennt hier den Antifaschisten und Widerstandskämpfer Fritz Schreiter. Recherchiert man jedoch in der Literatur und in entsprechenden Archiven, so kommt eine Persönlichkeit zu Tage, die während der Weimarer Republik in Dresden und Sachsen und darüber hinaus eine aktive Rolle gespielt hat. Dafür ließen die Nazis ihn und seine gesamte Familie tragisch büßen. Ihr Leidensweg begann mit der Flucht vor Hitler; er war geprägt vom Elend des Exils und er endete schließlich im Konzentrationslager und Zuchthaus. Fritz Schreiter und seine Frau Emmy kamen ins Zuchthaus Waldheim/Sachsen, der Sohn Axel ins Konzentrationslager Flossenbürg.

Fritz Schreiter und sein Sohn Axel wurden am Ende des Krieges von den Nazis ermordet. Nur Emmy Schreiter überlebte. Sie starb Anfang der 1950er Jahre in Dresden.

Das erschütternde Schicksal des Fritz Schreiter und seiner Familie

sollte angesichts zunehmender Naziuntaten wieder ins öffentliche und gewerkschaftliche Bewusstsein gerufen werden. Denn bei der Person Fritz Schreiter handelte es sich um eine Arbeiterpersönlichkeit, die sich standhaft, selbst noch im Zuchthaus, gegen den Faschismus gestellt hat und dessen Lebenslauf zeigt, dass er immer treu an der Seite der Arbeiterschaft stand und für deren Sache kämpfte.



Friedrich Bruno Schreiter (Fritz) war Metallarbeiter, Kommunist, Gewerkschaftssekretär, Kommunalpolitiker und Parteiarbeiter.

In seinem Lebenslauf schreibt er dazu selbst: „Mein vollständiger Name ist Friedrich Bruno Schreiter, geboren am 27. April 1892 zu Dresden-Pieschen. Ich besuchte die 28. Volksschule in Dresden-Trachenberge und lernte das Handwerk der Maschinenschlosserei. Am 2. Januar 1915 kam ich zum Militär und wurde 1918 entlassen“. Was aber

für Fritz Schreiter eher selbstverständlich war und was er in seinem Lebenslauf nicht zum Ausdruck brachte, das war seine Einbettung in die Organisationen der Arbeiterbewegung im damaligen roten Sachsen. Seine Lehre begann er 1907, ein Jahr später wurde er Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) und bald darauf trat er dem Bildungsverein der Arbeiterjugend bei. Im Jahre 1912 wurde er schließlich Mitglied der SPD. Ganz offensichtlich gehörte er zum linken Flügel seiner Partei, was sich dann auch später an seiner konsequenten antimilitaristischen Haltung zeigte. Die positive Haltung der Parteiführung und des Gewerkschaftsapparates zur Kriegspolitik des Reiches muss, wie für viele seiner Generation, geradezu ein Schockerlebnis gewesen sei.

Er lehnte den Krieg ab und er stand auf der Seite eines Karl Liebknecht, der im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmte. Als er 1915 eingezogen wurde, kam er, nach der Ausbildung in Zittau, im März des Jahres an die Westfront. Das war die Zeit des mörderischen Stellungskriegs mit seinen Materialschlachten, die hunderttausende Soldaten das Leben kostete. Das wollte der Sozialist Schreiter auf Dauer nicht mitmachen. Im Mai 1917

desertierte er und gelangte über Dresden nach Dänemark, wo er sich an der Antikriegs-Agitation deutscher Exilgruppen beteiligte. Sein Desertieren muss für ihn eine sehr bewusste Entscheidung gewesen sein. Er wollte offensichtlich einen Beitrag zur Beendigung des Völkermordens leisten. In Deutschland verschlechterte sich die soziale Lage des größten Teils der Bevölkerung immer mehr. Das zeigte sich insbesondere im

Hungerwinter 1916/17. Die anfänglichen Illusionen eines kurzen, nur wenige Wochen oder Monate währenden Krieges waren in der Bevölkerung völlig verschwunden. Es kam zu ersten Lebensmittelkrawallen und Streiks. Im April 1917 kam es dann zu einer breiten Streikbewegung gegen die mittlerweile kaum noch erträgliche Lebensmittelversorgung, weshalb der Streik

auch als "Brotstreik" bekannt wurde.

Es ist anzunehmen, dass diese „vorrevolutionäre Stimmung“ im Reich für Fritz Schreiter der Anlass war, zu desertieren. Im Mai 1918 kehrte er heimlich nach Deutschland zurück, wahrscheinlich, um illegale Antikriegspropaganda ins Land zu schmuggeln. Dabei wurde er verhaftet. Von einem Feldgericht wurde er degradiert und zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, die unter dem Vorbehalt des „Straf-aufschubs“ stand. Das bedeutete, Schreiter musste sich „freiwillig“ wieder zum Fronteinsatz melden. Aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen geht nicht hervor, wann er wieder an die Westfront kam. Als es aber dann Anfang November 1918 zur Revolution kam, wurde er von den Kameraden seiner Einheit in den Soldatenrat gewählt und dort zum Soldatenratsvorsitzenden.

Für die Zeit nach der unmittelbaren Rückkehr in die Heimat noch im November 1918 gibt es hinsichtlich der politischen Orientierung Schreiters zwei sich widersprechende Aussagen. In der sozialdemokratischen Volksstimme von 1928 ist zu lesen, dass er nach seiner Rückkehr sofort dem Spartakusbund beigetreten sei,

aus dem in der Jahreswende 1918/19 die KPD hervorging. In der Biographie des „Institut für sächsische Geschichte und Volkskunde“ dagegen kann man lesen, dass er sich 1920 der USPD anschloss und mit deren linkem Flügel im Dezember desselben Jahres zur KPD kam.

In der Zeit nach dem Kriegsende arbeitete Fritz Schreiter wieder in seinem alten Beruf als Maschinenschloss-



Kriegsjahr 1917, die Menschen stehen nach Lebensmitteln an.

ser. Es ist davon auszugehen, dass er sich in dieser Zeit gewerkschaftlich und parteipolitisch betätigte. Das war für einen politischen Menschen wie Fritz Schreiter in dem revolutionär aufgewühlten Deutschland der damaligen Zeit gar nicht anders möglich. Erst im Jahr 1920 findet man seinen Namen wieder in Dokumenten. Aus dem Geschäftsbericht des DMV (Deutscher Metallarbeiter-Verband) Dresden geht hervor, dass er von der Ortsverwaltung als politischer Sekretär ab dem 1. April 1920 eingestellt wird.

Das war nur wenige Tage, nachdem reaktionäre Teile der Reichswehr um den Generallandschaftsdirektor Kapp und den General Lüttwitz gegen die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung Bauer geputscht hatten, wodurch sich die Regierung zur Flucht nach Dresden und danach nach Stuttgart gezwungen sah. Das war am 13. März 1920. Fünf Tage später war es mit den Putschträumen der Reaktionäre vorbei. Der Putsch war gescheitert, weil die Arbeiterschaft geschlossen dem Aufruf zum Generalstreik ihrer Gewerkschaften und Parteien gefolgt war. Es war ein Erfolg, der nur möglich war, weil die Arbeiterorganisationen in der Not

ihre unterschiedlichen Auffassungen in Einzelfragen beiseite ließen und geschlossen gehandelt hatten. Damit hatten sie die Rechts-Diktatur verhindert. Es war eine Sternstunde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die sich leider im Januar 1933, als den Nazis die Macht übergeben wurde, nicht mehr wiederholen ließ. Die innere Zerrissenheit der Arbeiterparteien

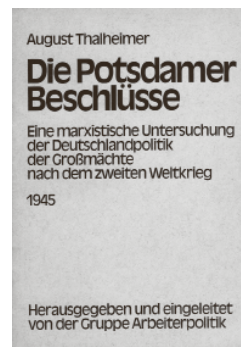
war durch die Ereignisse der nachfolgenden Jahre so tief, dass sich die Bereitschaft zu geschlossenem Handeln nicht mehr herstellen ließ. Der Rest, der Weg in die Katastrophe und die Vernichtung der Arbeiterorganisationen, ist bekannt.

Zu diesem herausragenden Ereignis des Jahres 1920 ist im Geschäftsbericht der DMV-Verwaltungsstelle Dresden kein Wort zu lesen, obwohl sie

doch bei der Organisation des Generalstreiks eine aktive Rolle gespielt haben muss. Es ist auffällig, dass sich die Geschäftsberichte in diesen Jahren auf rein gewerkschafts- und wirtschaftspolitische Ereignisse und Dinge beziehen und die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen, unter denen die Gewerkschaften arbeiteten, völlig ausklammern.

Anzeige

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Einzelheiten über die Aufgaben, die Fritz Schreiter beim Dresdner DMV hatte, sind deshalb nicht bekannt. Sie lagen aber bestimmt im Rahmen der notwendig zu erledigenden Tagesaufgaben, die durch die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen dieser Jahre vorgegeben waren.

Auch nach dem Weltkrieg war Dresden eine bedeutende Industriestadt geblieben. 1920 waren von den rund 115.000 Industrie-arbeiterinnen und -arbeitern im Raum Dresden alleine in den Metallbetrieben mehr als 53.500 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt. Davon waren am Jahresende 1920 38.782 im DMV organisiert. Die größte Mitgliederzahl hatte die Verwaltungsstelle im Mai mit 42.305 Mitgliedern. Der Geschäftsbericht spricht von 8.839 Neueintritten im Jahr 1920. Diese positive Mitgliederentwicklung konnte nur an dem erfolgreich geführten Generalstreik gegen den Kappputsch liegen, der bei großen Teilen der Arbeiterschaft die Hoffnung geweckt hatte, dass die zukünftige Entwicklung hin zu einem sozialistischen Deutschland laufen würde. Das Handeln der Reichsregierung nach dem Putsch und die sich verschärfende Wirtschaftskrise enttäuschte jedoch diese Hoffnung bei vielen, so dass die Verwaltungsstelle am Ende des Jahres rund die Hälfte der zugewonnenen Mitglieder wieder verloren hatte.

Die Wirtschaftskrise hatte in Deutschland hauptsächlich ihre Ursache in der Umstellung der Kriegsproduktion auf zivile Produktion. In 40 Betrieben wurde massiv kurzgearbeitet. Im dritten Quartal des Jahres waren 5.222 Mitglieder der Verwaltungsstelle arbeitslos. Die konjunkturelle Lage besserte sich aber ab September. Die arbeitslosen Mitglieder gingen im vierten Quartal auf 2.584 zurück, wogegen die gesamte Arbeitslosigkeit in diesem Quartal mit 15.017 in Dresden ihren Höhepunkt erreichte.

Der Geschäftsbericht beklagt die hohen Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten. Es fanden deshalb trotz der Krise Lohnbewegungen

statt. In vier Betrieben wurden Lohn-erhöhungen mit Streiks durchgesetzt. Im Bereich des „Allgemeinen Tarifs“ wurde im Februar für 28.000 Beschäftigte in 300 Betrieben eine wöchentliche Erhöhung von 46 Mark durchgesetzt.

Die Tarifpolitik in jenen Tagen ist nicht mit der heutigen vergleichbar. Es gab ein regelrechtes Tarifgewirr. Neben dem „Allgemeinen Tarif“, der

der damalige Bevollmächtigte des DMV Dresden, spricht davon, dass die Gewerkschaften „(...)in diesen Jahren die schwierigsten Zeiten seit ihrem Bestehen überhaupt durchmachen mussten“. Mit der schwierigen Situation wird auch begründet, dass es in diesen Jahren keinen jährlichen Geschäftsbericht gibt.

Der nächste Geschäftsbericht erscheint erst wieder im Januar 1926 und umfasst die Jahre von 1921 bis 1925, den Zeitraum also, in dem Fritz Schreiter hauptsächlich als Sekretär in der Verwaltungsstelle Dresden tätig war.

Hatte sich bereits seit September 1920 eine konjunkturelle Erholung der Wirtschaft abgezeichnet, so setzte ab Mitte 1921 eine kurze Hochkonjunktur ein. Die Konjunktur hielt 1922 noch an. Aber es begann auch die Geldentwertung zu galoppieren. Hatten 100 Reichsmark im Mai 1922 noch den Gegenwert von 1,50 Goldmark, so waren es im Dezember des Jahres nur noch 6,5 Goldpfennige. Im Jahr 1923 kollabierte die deutsche Währung dann vollständig. Am 1. Oktober 1923 entsprachen 100 Millionen Reichsmark dem Gegenwert von 1,35 Goldmark und am 23. November 1923 waren 1 Billion Reichsmark gerade noch einmal eine Goldmark wert. Auf dieser Basis wurde

die Rentenmark eingeführt und die Mark stabilisiert: Der Wechselkurs zur Papiermark wurde mit 1:1 Billion festgesetzt.

Die Einführung der Rentenmark wurde auch durch den Umstand erzwungen, dass ab Herbst 1923 landwirtschaftliche und industrielle Unternehmer zunehmend keine Waren mehr gegen die immer schneller wertlos werdende Papiermark abgaben. Gedeckt war die Rentenmark durch Rentenpapiere, hinter denen Sachwerte in Form von 3,2 Milliarden Goldmark standen. Damit hörte die Inflation schlagartig auf.

Allerdings wuchs wieder die Arbeitslosigkeit. Die Konjunkturschwäche konnte 1924 nicht überwunden werden und die Absatzschwierigkeiten der Industrie spitzten sich

Auf zum Generalstreik!

**An alle Arbeiter, Angestellte u. Beamte!
Männer und Frauen!**

Die militärische Revolution hat ihr Hauptziel erreicht. Die Revolution ist gelungen und in Berlin die Gewalt an sich gerissen. Die revolutionäre Bewegung hat hier unter Führung deutscher Offiziere einmündig und haben die Gewerkschaften der Revolution zum Sieg über die von Welt gemachten Regierung eine Welle 1918 zu befehligen.

Die deutsche Republik ist in Gefahr

Der Arbeiterstand sowohl im Staat als auch in der Welt ist nicht mehr gesichert. Die Revolution ist nicht nur eine politische Revolution, sondern eine soziale Revolution. Die Revolution ist nicht nur eine politische Revolution, sondern eine soziale Revolution. Die Revolution ist nicht nur eine politische Revolution, sondern eine soziale Revolution.

der gesamte Arbeiterschutz ist bedroht

Die Revolution ist nicht nur eine politische Revolution, sondern eine soziale Revolution. Die Revolution ist nicht nur eine politische Revolution, sondern eine soziale Revolution. Die Revolution ist nicht nur eine politische Revolution, sondern eine soziale Revolution.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände**

Für den Inhalt verantwortlich: C. Legien, S. Aufhäuser

Berlin, den 12. März 1920.

mit dem sächsischen Metallarbeiterverband verhandelt wurde, gab es Betriebstarifverträge; der Geschäftsbericht spricht von 47 Betrieben, mit denen ein solcher abgeschlossen wurde. Darüber hinaus gab es für einzelne Berufsgruppen Branchentarifverträge. Das betraf z. B. Werkzeugmacher, Elektromechaniker, Zigarettenschneidmaschinenführer, Kesselreiniger und andere Berufe. Jeder dieser Tarifverträge musste einzeln verhandelt und durchgesetzt werden. Daraus lässt sich auch die hohe Belegschaftszahl der Verwaltungsstelle erklären. Es gab laut Geschäftsbericht: 17 Beamte (Sekretäre), 7 Hilfsbeamte 13 Bürokräfte und 21 Kassierer.

Auch in den folgenden Jahren entspannt sich die Situation für die Gewerkschaften nicht. Fritz Föller,

besonders im zweiten Halbjahr des Jahres 1925 massiv zu, so dass der Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Dresden vermerkt: „Am Schluß des Jahres waren große Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen zu verzeichnen, ohne daß Aussicht auf Besserung zu verzeichnen war“.

Unter diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gewerkschaftliche Arbeit zu leisten, ist heute fast nicht vorstellbar. Die Gewerkschaften konnten im Grunde genommen nur noch der Preisentwicklung hinterherlaufen. Im Geschäftsbericht wird dazu festgestellt: „Wir mußten alles daran setzen, daß entsprechend der Teuerung eine Lohnsteigerung eintrat. Da war das Ziel, auch dahin zu wirken, daß die Lohnsteigerung so zeitig eintrat, daß das Geld noch die entsprechende Kaufkraft besaß.“

Besonders krass wurde die Situation natürlich dann im Jahr 1923. Mussten bereits in den beiden Vorjahren aufgrund der Teuerung Teuerungszulagen durchgesetzt werden, war das 1923 nicht mehr möglich. Der Geschäftsbericht bemerkt dazu folgendes:

„Im Jahr 1923 jagte eine Lohnbewegung die andere. An Stelle der 14tägigen Lohnverhandlungen folgten 8tägige. Diese waren noch unzureichend, so daß Nachzahlungen bewilligt werden mußten. Die gestellten Forderungen waren während der Verhandlung schon oft durch die Preissteigerungen überholt. Wenn der Lohn zur Auszahlung kam oder mit dem Geld eingekauft werden sollte, war es schon wieder in ein Nichts zerronnen.“

Richtig vorstellen kann man sich das heute nur, wenn man sich die konkreten Löhne betrachtet. Im Januar 1923 bekam ein Facharbeiter für zwei Wochen Arbeit einen Lohn von 404 Mark. Ende Juli des Jahres lag der Wochenlohn schon bei 40.500 Mark und Anfang November waren es dann, ebenfalls in der Woche, 12.992 Milliarden Mark!

Nach der Einführung der Rentenmark war die Inflation endlich beendet, aber für den DMV und die Gewerkschaften wurde die Arbeit trotzdem nicht einfacher. Der Verband sah sich dem massiven Angriff der Unternehmer gegenüber. Von deren Seite kamen Forderungen nach Lohnsenkungen und Verlängerung

der Arbeitszeit. Begünstigt wurde das Kapital durch die ab 1924 wieder steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Schließlich wurde durch einen Erlass der Reichsregierung, der auf einem im Oktober des Jahres 1923 verabschiedeten Ermächtigungsgesetzes fußte, eine Verordnung über die Arbeitszeit erlassen, die in ihrer Wirkung die Aufhebung der 48-Stunden-Woche für die Unternehmer möglich machte.

Hier ist anzumerken, dass über das Ermächtigungsgesetz vom Oktober 1923 eine Schlichtungsverordnung erlassen wurde, die im Grunde alle Ansätze von Tarifautonomie



Abzeichen des Deutschen Metallarbeiter Verbandes

beendete und der späteren Zwangsschlichtung den Weg ebnete. Die Verordnung sollte dazu beitragen, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu stabilisieren. Soweit der Anspruch. In Wirklichkeit war die Schlichtung ein Instrument in den Händen der Unternehmer, mit dem sie ihre Interessen durchsetzen konnten, das die Gewerkschaften schwächte, weil diese keine tarifpolitischen Erfolge mehr zustande bringen konnten.

Die Unternehmer nutzten natürlich die Möglichkeiten aus dem Regierungserlass zur Arbeitszeit und erreichten über dieses Schiedsverfahren des Reichsarbeitsministers einen Schiedsspruch, wonach „auf Anordnung der Betriebsleitung“ 53 Stunden pro Woche gearbeitet werden musste.

Der DMV wollte diesen reaktionären Schiedsspruch nicht akzeptieren und beschloss deshalb, gegen die Arbeitszeitverlängerung zu streiken und leitete die Urabstimmung ein.

Offensichtlich wurde von den Verbandsfunktionären die Stimmung in den Betrieben falsch eingeschätzt, denn bei der Urabstimmung wurde das erforderliche Streikquorum nicht erreicht. Dazu bemerkt der Geschäftsbericht: „Das Resultat ergab keine Streikmehrheit. In anderen Bezirken war es nicht besser. Der Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit war abgelehnt. Die Verbindlichkeit und Allgemeinverbindlichkeit (des Schiedsspruchs) wurde ausgesprochen“.

Auch bei den Lohnbewegungen entwickelte sich ähnlich Negatives. Ab Ende des Jahres 1924 kamen in Sachsen alle Lohnforderungen vor das Schiedsgericht und wurden weit unter den Vorstellungen des DMV entschieden. Im Juli führte ein Schiedsspruch, der eindeutig gegen die Belegschaften gerichtet war und von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde, zu einem Großkonflikt. In der Verwaltungsstelle streikten alle größeren Metallbetriebe. Insgesamt waren alleine in Dresden über 6.000 Kolleginnen und Kollegen im Ausstand. Auch dieser Streik wurde durch den verbindlichen Schlichterspruch beendet, nachdem der sächsische Metallarbeitgeberverband die Aussperrung von 135.000 Beschäftigten angekündigt hatte. Weitere kleinere Auseinandersetzungen endeten in ähnlicher frustrierender Weise.

Natürlich hatte die gesamte ökonomische und politische Entwicklung große Auswirkungen auf die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften. In den Gewerkschaften und unter der Arbeiterschaft wurde heftig gestritten; gestritten über die Strategie und Taktik auf dem Weg zum Sozialismus. Denn dieser war das Ziel der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, gleichgültig, ob der Einzelne sich dem reformistischen oder dem revolutionären Lager zugehörig fühlte. Sichtbar aber wurde die nachlassende Bindungskraft der Gewerkschaften aufgrund der anhaltenden Erfolglosigkeit. So beklagt der Bevollmächtigte Friedrich Föller:

„Alle Einrichtungen der Gewerkschaften wurden herabgesetzt, alle Aktionen durchkreuzt, die Tätigkeit als im Interesse des Kapitals bezeichnet, die Führer verleumdet, als Verräter beschimpft und auch tätlich angegriffen.“

Dagegen wurden die Unorganisierten als revolutionär gefeiert. In vielen Betrieben hatten die Unorganisierten die Führung, konnten die Gewerkschaften beschimpfen und bekämpfen unter Beifall vieler, die noch Verbandsbeiträge bezahlten“.

Und Föller sieht darin den Niedergang der Organisation. Wodurch aber kam es zu diesen Gehässigkeiten innerhalb der Arbeiterbewegung? Dazu geben die Geschäftsberichte wenig Auskunft. In dem Geschäftsbericht wird lediglich vermerkt:

„Die Zerrissenheit und Kämpfe innerhalb der politischen Parteien in der Arbeiterbewegung haben sich auch auf die Gewerkschaftsbewegung übertragen. Jede politische Partei versuchte durch ihre Anhänger auf die Gewerkschaftsbewegung Einfluß zu gewinnen. Das trat besonders bei Wahlen der Ortsverwaltung, zu Generalversammlungen, Gewerkschaftskongressen usw. in Erscheinung. Der gegenseitige Kampf bei solchen Wahlen war alles andere als sachlich und kollegial. Von solchen Kämpfen sind wir natürlich bei unseren Wahlen nicht verschont geblieben ...“.

Begonnen hatte die offene politische Spaltung der Arbeiterbewegung mit der Zustimmung der SPD zur Bewilligung der Kriegskredite im Jahr 1914. Mit diesem Schritt trug die SPD den imperialistischen ersten Weltkrieg mit und verriet damit ihre eigenen Ideale und Programmatik. Seit ihrer Gründung hatten sich die Partei und ihre Mitgliedschaft immer als Antikriegs-Partei gesehen. Und jetzt dieses Umfallen! Das führte natürlich in der bewussten Arbeiter- und Parteimitgliedschaft zu heftigen Diskussionen und Reaktionen. Die Folge war, dass sich die Partei während des Krieges spaltete und es nunmehr mehrere Fraktionen auf Seiten der Linken gab. Das waren die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), die USPD und der Spartakusbund, aus dem Ende 1918 die KPD hervorging. Die Gewerkschaften blieben eng mit der MSPD verbunden und waren wie die MSPD zum „Burgfrieden“ mit der Reichsregierung bereit. „Burgfrieden“ bedeutete, dass sie bereits Anfang August 1914 erklärten, alle gesellschaftlichen Konflikte zu vermeiden und während des Krieges auf Lohnbewegungen und Streiks zu verzichten. Die Gewerkschaften wurden damit zum aktiven Unterstützer des ersten Weltkrieges, der zu extremsten

Belastungen der Arbeiterklasse im Inneren führte und an den Fronten die Vorhersage der sozialdemokratischen Parteizeitung *Vorwärts* vom 25. Juli 1914 wahr machte. Dort war noch wenige Tage vor dem großen Rechtsschwenk der Partei zu lesen: *„Die herrschenden Klassen, die euch in Frieden knechten, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen“.*

Die Spaltung wurde auch nicht durch die Novemberrevolution und das Kriegsende überwunden. Im Gegenteil, die Spannungen verschärften sich und wurden aufgrund der weiteren politischen Ereignisse fast unerträglich. Weiterführende revolutionäre Ziele, getragen von USPD und KPD, scheiterten am Widerstand der SPD-Führung unter Ebert und Noske. Mit Hilfe von rechten Freikorpsstruppen wurde in Berlin der Januaraufstand 1919, mit mehr als 150 Toten, niedergeschlagen. Es folgte die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Dann im Januar wurde die Bremer Räterepublik, im Mai 1919 die Münchener Räterepublik niedergeschlagen. In beiden Fällen geschah das auf Befehl Noskes, mit Hilfe der reaktionären Freikorpsstruppen. Auch in den Folgejahren kam es zu Unruhen.

Ende Oktober 1923 löste in Sachsen und Thüringen die Reichswehr, im Auftrag des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, die sogenannten Arbeiterregierungen auf. Das waren Regierungskoalitionen aus SPD und KPD, in der die SPD die Ministerpräsidenten stellte. Es kam in verschiedenen Städten zu Schießereien. Und wieder gab es Verwundete und Tote.

Diese Ereignisse bildeten die politischen Rahmenbedingungen in der jungen Weimarer Republik. Und diese Bedingungen erklären auch die im Geschäftsbericht des DMV Dresden beklagte und zitierte *„Zerrissenheit“* und die *„Kämpfe innerhalb der politischen Parteien in der Arbeiterbewegung“*. Immerhin aber führte diese *„Zerrissenheit“* in der ersten Hälfte der 1920er Jahre nicht zur Spaltung der gewerkschaftlichen Organisationen in politische Richtungen. Das kam erst später. Die gewerkschaftliche Einheit blieb gewahrt. Und obwohl in den allermeisten Fällen in den Verwaltungsstellen des DMV die Sozialdemokraten dominierten und die Führungen der Gewerkschaften dem

rechten Flügel der Sozialdemokratie zuzurechnen waren, ging man mit der parteipolitischen Spaltung der Arbeiterbewegung pragmatisch um, indem man Parteifraktionen in den Gremien des DMV zuließ.

Am 30. September 1924 scheidet Fritz Schreiter aus der Hauptamtlichkeit der DMV-Verwaltungsstelle Dresden aus. Das geschieht *„freiwillig“*, wie es der Verwaltungsstellen-Geschäftsbericht aussagt. Das ist insofern von Bedeutung, weil in einer Quelle gesagt wird, dass Schreiter aus dem DMV ausgeschlossen worden sei, weil er im Juni/Juli 1924 Delegierter der KPD beim V. Weltkongress der kommunistischen Internationale in Moskau gewesen sei. Schreiter selbst schreibt 1934 im Exil in einem Brief an eine gewerkschaftliche Hilfsorganisation, dass er seit 25 Jahren Verbandsmitglied sei.

Das Ausscheiden Schreiters aus der aktiven Gewerkschaftsarbeit liegt wohl an seinem kommunalpolitischen Hintergrund. Seit April 1922 gehört er nämlich dem Rat der Stadt Dresden an, aus dem er Anfang April 1924 wieder ausscheidet. Im Dezember des Jahres wird er von den Gemeindeverordneten der Arbeitergemeinde Zschachwitz zum Bürgermeister gewählt. Schreiter hatte sich um das Amt, wie er selbst sagt, nicht beworben, sondern war von der dortigen KPD-Gemeinderatsfraktion als Bürgermeister vorgeschlagen worden. Aufgrund eines *„Parteibefehls“* der KPD übernahm er das Amt. Damit war er deutschlandweit einer der wenigen Bürgermeister mit einem KPD-Parteibuch – für die Partei ein großer Prestigegewinn.

Das sächsische Kommunalwahlrecht sah die Direktwahl der Bürgermeister damals nicht vor. Vielmehr wurde der Bürgermeister von den Fraktionen der Gemeinde- bzw. Stadtverordneten gewählt. Aus den Protokollen des Gemeinderats in Zschachwitz geht aber hervor, dass die KPD-Fraktion keine absolute Mehrheit hatte. Sie war lediglich mit sechs Mandaten die stärkste Fraktion. Die SPD und die bürgerliche Gruppe hatten jeweils fünf Mandate. Der neue Bürgermeister wurde nun jedoch nicht über ein Bündnis von KPD/SPD gewählt, sondern pikanterweise mit der Unterstützung der bürgerlichen Fraktion. Welche Gründe dabei eine

Rolle spielten, ist unbekannt. Aber das Verhalten der Bürgerlichen ist schon interessant, zumal sie dann in der Folgezeit mit der SPD koalitierten und gemeinsame Front gegen Schreiter machten.

Die Amtszeit des Bürgermeister Schreiter währte sechs Jahre. Das waren sechs Jahre harter Auseinandersetzungen, die mit härtesten Bandagen zwischen den beiden Arbeiterparteien, teilweise weit unter der Gürtellinie, geführt wurden. Dabei blieben sich SPD und KPD gegenseitig nichts schuldig. Es wurden wegen der Amtsführung Korruptionsvorwürfe gegen Schreiter und Angestellte der Gemeindeverwaltung erhoben, die jedoch im Sande verliefen. Von der SPD wurde ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet, das jedoch vom Dresdner Landgericht wieder aufgehoben wurde. Auch kam aus den eigenen Reihen zunehmend Kritik an Schreiter. So berichtet die *Freitaler Volksstimme* (SPD-Zeitung, ohne Datum, wahrscheinlich 1928/29) von einem Vorfall in Weißig bei Freital. Dort erklärte ein kommunistischer Gemeindeverordneter als Antwort auf eine Vorhaltung seitens der SPD-Fraktion: „Ihr kommt uns bloß immer mit Schreiter, das ist genauso ein Hanswurst wie alle anderen“. Genüsslich schlachtet die Zeitung den Widerspruch zwischen dem revolutionären Anspruch der Kommunisten und den durch die von den realen Verhältnissen getragenen und erzwungenen Zugeständnissen ihrer Mandatsträger aus. Denn die *Freitaler Volksstimme* meint „da die Gemeinden heute alle nicht auf Rosen gebettet sind, auch in Zschachwitz nicht, werden von dessen Parlament nicht selten Beschlüsse gefaßt, wie sie auch in anderen Gemeinden zur Erhaltung einer gesunden Kommunalpolitik notwendig sind“.

Aber nicht nur wegen seiner realistischen Kommunalpolitik kam Fritz Schreiter in die Kritik in den eigenen Reihen, sondern auch, weil er den ultralinken Kurs der Partei ab 1928 nicht mittrug, sondern sich ihm widersetzte.

Auf dem VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1928 wurde der linksradikale Schwenk der sogenannten Dritten Periode vollzogen. Der Kongress analysierte, dass in der ersten Periode von 1918 bis 1923 die Revolution auf der Tagesordnung gestanden habe. In der zweiten Periode sei es zur Stabilisierung des Kapitalismus gekommen und in der jetzigen dritten Periode würde sich die allgemeine Krise verschärfen und zu einem neuen revolutionären Aufschwung führen. Richtig an der Analyse war die Einschätzung der sich verschärfenden Krise. Schließlich kam es 1929/30 tatsächlich zur Weltwirtschaftskrise, von der der reformistische Teil der

Arbeiterbewegung völlig überrascht wurde. Die entwickelte Politik-Taktik der kommunistischen Führung aber war eine Katastrophe. Zusammen mit dem Opportunismus und der Ignoranz der SPD hat das in Deutschland mit dazu beigetragen, dass der Machtübergabe an die Faschisten durch das reaktionäre Bürgertum seitens

der Arbeiterbewegung nichts entgegengesetzt werden konnte.

Verhängnisvoll waren insbesondere die sogenannte Sozialfaschismustheorie und die daraus abgeleitete Gewerkschaftspolitik der KPD. Danach war die Sozialdemokratie der linke Rand des Faschismus und damit eine besonders gefährliche Form der faschistischen Entwicklung. Daraus resultierte, dass es eine Zusammenarbeit mit SPD und Gewerkschaften in Form einer Einheitsfront nicht geben konnte. Mit den sozialdemokratischen Arbeitern dagegen sollte unter kommunistischer Führung eine Einheitsfront gebildet werden, was natürlich nicht gelang. Da die Gewerkschaftsführungen und die Sozialdemokratie eine Einheit bildeten, wurde auch da ein Trennungsstrich gezogen. Aus der so genannten Roten Gewerkschaftsopposition (RGO) wurden eigenständige Gewerkschaftsverbände gebildet, die in Konkurrenz zu den ADGB-

Gewerkschaften stehen sollten. Die KPD-Führung stellte dabei ihre Mitglieder häufig vor die Alternative, entweder mit ihren Aktivitäten in den reformistischen Gewerkschaften oder mit ihrer Parteimitgliedschaft zu brechen. Durch diese Taktik verlor die KPD innerhalb kürzester Zeit jeglichen Einfluss in den Gewerkschaften des ADGB. Zwar gab es in der kurzen Geschichte der KPD in ihrer Gewerkschaftspolitik immer wieder Schwankungen mit der Tendenz in Richtung Linksradikalismus, aber dieser Kurs der Dritten Periode bildete eine neue Qualität, die nicht ohne Resonanz in der Mitgliedschaft blieb.

Im Verlauf des Jahres 1928/29 kam es zu zugespitzten Fraktionskämpfen innerhalb der KPD. Insbesondere die Gruppe um den ehemaligen Parteivorsitzenden Heinrich Brandler und August Thalheimer prangern den linksradikalen Kurs der KPD heftig an. Sie vertraten die Taktik der Einheitsfrontpolitik, und zwar der Einheitsfrontpolitik von oben. Das heißt, sie waren der Auffassung, dass es nur dann zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiterschaft kommen würde, wenn man sich mit den Führungen aller Arbeiterorganisationen – auch der reformistischen – auf gemeinsame Ziele verständigte. Diese Linie wird von der KPD-Führung nicht akzeptiert.

Als sogenannte Rechte werden Brandler und Thalheimer aus der Partei ausgeschlossen. Ihre Kritik richtet sich besonders gegen die von der KPD vertretene Sozialfaschismustheorie, sowie gegen die von der KPD vertretene spalterische Gewerkschaftspolitik.

Neben den führenden Köpfen der Opposition werden viele andere, die diese Taktik der KPD nicht akzeptieren, ausgeschlossen. Von dem Parteiausschluss sind rund 6.000 Mitglieder betroffen. Ein Teil der Ausgeschlossenen organisiert sich in der KPD-Opposition, kurz KPO genannt. Aus Protest gegen die RGO-Politik der KPD schlossen sich viele profilierte KPD-Gewerkschafter der Organisation an. Nach 1945 finden sich diese, sofern sie den Hitlerfaschismus überleben, beim Wiederaufbau der Gewerkschaften in Ost- und Westdeutschland wieder, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg die IG Metall-Bezirksleiter Ludwig Becker und Willy Bleicher oder auch der Jurist



Abzeichen der RGO

Wolfgang Abendroth, der immer mit den Gewerkschaften eng verbunden war, um nur einige zu nennen.

Ab 1929 tritt die KPO bei Wahlen eigenständig an; meist ohne Erfolg. Auch der erhoffte Masseneinfluss bleibt aus und das, obwohl sie in ihren Analysen, besonders hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Faschismus, einen außerordentlichen Weitblick zeigte. Dies war vor allem dem theoretischen Kopf der Gruppe, August Thalheimer, geschuldet. Thalheimer, aus der Vorkriegs-Sozialdemokratie kommend und dem linken Flügel um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verbunden, entwickelte eine Faschismustheorie, die die Entstehung, das Wesen und die Entwicklung des Faschismus richtig darstellte.

Heute ist den meisten politisch Aktiven und Interessierten diese kommunistische Oppositionsgruppe völlig unbekannt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass nach 1945 sowohl SPD als auch KPD/SED nicht an ihr Versagen bei der Bekämpfung des Faschismus erinnert werden wollten und lieber jene, die in ihrer politischen Einschätzung richtig lagen, dem Vergessen preisgaben.

Ende November 1929 treffen die Parteiausschlüsse auch führende Kommunisten in Sachsen, unter ihnen Fritz Schreiter. Die sozialdemokratische *Volksstimme* in Dresden berichtet in einem ausführlichen Artikel darüber. Neben Fritz Schreiter werden (wahrscheinlich am 13. September) Erich Melcher und Kurt Wagner ausgeschlossen. Die *Volksstimme* bezeichnet die drei als „alte Garde“ und schreibt: „Wenn man von einer alten Garde der Arbeiterbewegung reden kann, so muß man diese drei Kommunisten – obwohl keiner einen weißen Bart trägt – als alte Garde bezeichnen“.

Alle drei Ausgeschlossenen waren Kommunisten der ersten Stunde. Schreiter und Melcher kamen aus der Vorkriegssozialdemokratie. Melcher war Mitbegründer des Spartakusbundes und erster Bevollmächtigter des DMV in Stuttgart. Der Vorwurf, der zu ihrem Ausschluss führt, ist parteischädigendes Verhalten in Form von Fraktionsarbeit, Erstellen von Fraktionsrundschriften, sowie von Kontakten zur SPD. Zu Schreiter führt die Zeitung noch an „(...) 1919 und 1920 traten die ersten Differenzen

mit der KPD in der Gewerkschaftsfrage ein, die ja letzten Endes zu seinem jetzigen Hinauswurf aus der KPD führten.“

Der Parteiausschluss hat für Fritz Schreiter politische und auch persönliche Folgen. In Zschachwitz spaltet sich die Gemeinderatsfraktion der KPD. Vier Gemeindeverordnete gehen mit Fritz Schreiter in die Opposition, zwei bleiben bei der „Linie“. Schriftlich geben diese zu Protokoll, dass sie dem Bürgermeister in Zukunft das Vertrauen entziehen.

In Zschachwitz selbst scheint dagegen das Misstrauen gegen Schreiter weniger ausgeprägt gewesen zu sein. In einer Protestresolution vom 31. Januar 1930 erklären sich 89 Mitglieder und Sympathisanten der KPD mit den Ausgeschlossenen solidarisch und fordern „(...) die sofortige Rücknahme aller Ausschlüsse sogenannter Rechter. Wir fordern Herstellung einer wirklichen innerparteilichen Demokratie. In vollem Bewußtsein unserer revolutionären Überzeugung bringen wir zum Ausdruck, daß wir mit den Handlungen und Ansichten unserer Genossen Schreiter, Melcher, Wagner, Quaitzsch, Beyer, Fehrmann, Klahre, Genossin Schreiter einverstanden sind. Wir stellen uns hinter diese Genossen und hinter alle ausgeschlossenen ‚Rechten‘. Wir bringen zum Ausdruck, daß wir gemeinsam mit ihnen kämpfen: gegen die falsche Linie, für eine einheitliche, revolutionäre kommunistische Partei“.

Trotz zweifelloser politischer Sympathie und Unterstützung durch Teile der KPD-Mitgliedschaft und der Einwohnerschaft kann sich Fritz Schreiter als Bürgermeister nicht halten. Ende November 1930 steht die turnusmäßige Neuwahl des Bürgermeisters durch die Gemeindeverordneten an.

Anfang November diskutiert das Gremium die Frage. Von den KPO-Leuten wird Schreiter zur Wiederwahl vorgeschlagen „(...) in der Hauptsache in der Begründung, daß der größere Teil der Einwohnerschaft für eine Wiederwahl des Herrn Schreiter sei“. Die SPD spricht sich gegen ihn aus, obwohl ihm im Vorfeld informell angeboten worden war, dass im Falle des Übertritts in die SPD die Unterstützung der Partei für eine Wiederwahl durchaus möglich sei.

In der anschließenden Abstimmung schließlich sprechen sich 11 Gemeindeverordnete gegen die Wie-

derwahl von Schreiter aus und fünf dafür. Damit endet am 30. November 1930 seine Tätigkeit als Bürgermeister in Zschachwitz.

Für Fritz Schreiter und seine Familie beginnt nun eine Zeit der Ungewissheit. Ökonomisch ist er zwar einigermaßen abgesichert. Er bekommt aufgrund einer Bestimmung in der sächsischen Gemeindeordnung nach dem Ausscheiden aus dem Bürgermeisteramt eine Rente in Höhe von 50 Prozent seiner letzten Bezüge über die Dauer von sechs Jahren. Damit geht es der Familie zwar besser als der Mehrheit der Arbeitslosen während der Weltwirtschaftskrise. Doch seine berufliche Perspektive ist düster. Die Aussicht, neue Arbeit zu finden, ist nicht zuletzt wegen seines Bekanntheitsgrades äußerst gering. Er „muß sich“ deshalb, wie er selbst schreibt, „wirtschaftlich auf eigene Füße stellen“ und beantragt im Mai 1931 beim Gemeinderat einen so genannten Aktiv-Vorschuss in Höhe von 3.500 Mark. Solche Vorschüsse, die durch die Übergangsrenten gesichert wurden, waren üblich und konnten von den Gemeinden auf gesetzlicher Grundlage bewilligt werden. Nicht so in Zschachwitz. Sein Antrag wird mit einer fadenscheinigen Begründung abgelehnt.

Was Fritz Schreiter in den Jahren bis Anfang 1933 macht, ist durch Dokumente nicht belegt. Es ist aber sicher nicht spekuliert, wenn man davon ausgeht, dass er sich intensiv der Arbeit in der KPO gewidmet haben wird. In der Biographie des ISGV (Institut für sächsische Geschichte und Volkskunde) ist zu lesen, dass er sich „weiter gegen die Nationalsozialisten“ engagierte und auf öffentlichen Veranstaltungen seine politische Haltung vertreten habe.

Die Krise der Weimarer Republik spitzt sich bis zum Januar 1933 weiter zu. Auf Drängen von Großindustriellen, Bankiers und Großagrariern beruft Reichspräsident Hindenburg am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler. Das alles geschieht ohne den Widerstand der Parteien und Organisationen der Arbeiterschaft. Sowohl SPD als auch KPD glaubten noch, dass die Nazis binnen weniger Wochen abwirtschaften würden. Doch das Gegenteil war der Fall. Wie von August Thalheimer in seiner Analyse beschrieben, errichteten die Nazis

ihre Diktatur binnen kürzester Zeit. Von nun an wurde es für Antifaschisten sehr gefährlich in Deutschland.

Am 27. Februar brannte – von den Faschisten inszeniert – in Berlin der Reichstag. Das war der Auftakt zur Vernichtung der kommunistischen Partei. Noch in der Nacht wurden deutschlandweit massenhaft führende Kommunisten verhaftet. Auch Fritz Schreiter sollte verhaftet werden. Angehörige der SA wollten ihn aus seiner Wohnung in Zschachwitz abholen. Er hielt sich aber zu dem Zeitpunkt in Dresden auf und bereitete seine Flucht in die Tschechoslowakei vor. Im März des Jahres wird Schreiter wegen des Verdachts des Hochverrats die Rente gesperrt.

Im April 1933 schließlich emigriert Fritz Schreiter mit seiner Frau Emmy und dem Sohn Axel in die Tschechoslowakei. Dort arbeitet er anfangs in Grenznähe für die illegale KPO. Später geht die Familie nach Prag. Doch bereits im September reist die Familie über Polen nach Schweden. Vermutlich erhoffte sie sich dort bessere Bedingungen und Hilfe zum Überleben, da es dort eine politische Gruppe gab, die wie die KPO zur „*Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO)*“ gehörte. Doch solche eventuellen Hoffnungen erfüllen sich nicht. Die Familie litt existenzielle Not. Das geht aus Briefen Fritz Schreiters an das „*Fachliche und Politische Flüchtlingskomitee*“ hervor, eine Organisation der schwedischen Gewerkschaften.

Am 19. März schreibt Schreiter an das Komitee und bittet um Hilfe: „*Es geht mir darum, aus der niederdrückenden Situation als Unterstützungsbegehrender rasch herauszukommen ... Buchstäblich stehen wir vor dem Nichts, haben keinerlei sonstige oder Nebeneinkünfte, sondern leben tatsächlich von der Hand in den Mund, ausschließlich von dem, was uns die schwedischen Arbeiterorganisationen in sozialistischer Solidarität durch die Beschlussfassung des Komitees zukommen ließen.*“

... Ich bitte zu helfen, weiter zu helfen uns drei Menschen. Wie schlimm, wie hilfsbedürftig die Lage ist, dürfte die Tatsache ergeben, daß es mir bis heute noch nicht möglich war, die Miete für das Dach über dem Kopfe zu bezahlen für den Monat März. Außerdem habe ich bei diesem schlechten Wetter nicht einmal mehr ganze Schuhe ...“

Um seine prekäre Situation und die seiner Familie zu verbessern, bittet er das Komitee um einen Zuschuss in Höhe von 600 Kronen. Er schreibt: „*Ich habe die Absicht, Land zu pachten, dort einige gärtnerische Produkte für den Eigengebrauch zu erzeugen, eine Bretterbude zum Wohnen für die Familie aufzurichten und eine Benzinpumpe zu stellen, um durch Verkauf von Automobilbedarf die zur Ernährung meiner Familie erforderlichen Unterhaltungsmittel durch eigene Arbeit zu erwerben*“.

Doch es geschieht seitens des Komitees nicht viel. Es scheint so, als würde die Familie, aus nicht ersichtlichen Gründen, hingehalten. Schreiter schreibt das Komitee Ende Mai noch einmal an. Moderat kritisiert er in dem Brief die Behandlung seines Falles durch das Komitee. Er schreibt: „*Ich bemerke noch, daß mir von Seiten meiner Gewerkschaftsorganisation und zwar lokal, wie gesamt, nachdrücklichst erklärt wurde, daß sie für meine Unterstützung durch das Komitee sind und sie diesem gesagt hätten, daß die Behandlung des vorliegenden Falles von ihnen nicht verstanden werde ...*“.

Aus einem weiteren Brief vom Juni 1934 an das Stockholmer Komitee geht hervor, dass die Familie inzwischen nach Dänemark gereist ist. Auch hier ändert sich vorerst an der prekären Lage der Familie nichts, denn das Kopenhagener Unterstützungskomitee lehnt vorerst jede Hilfe für Fritz Schreiter und seine Familie ab. Der Grund liegt in einem Brief, den das Stockholmer Komitee an den IGB geschrieben hatte, der den Dänen vorlag, und in dem Schreiter offensichtlich diffamiert wurde. In dem Brief wird vor Schreiter gewarnt. Es wird ihm vorgeworfen, dass er der kommunistischen und syndikalistischen Presse Material geliefert hätte und dass der den Flüchtlingssekretär Olberg bedroht hätte. Alle Vorwürfe werden von Schreiter energisch zurückgewiesen. In seinem Brief an das schwedische Komitee schreibt Schreiter: „*Darüber hinaus werden mir noch Vorhaltungen gemacht (in Kopenhagen von dem dänischen Komitee), daß meine Familie von Stockholm weggegangen ist, was gar nicht nötig gewesen sein sollte. Ich finde es – gelinde gesagt – höchst eigenartig, einen organisierten Kollegen und politischen Flüchtling zunächst ... den traurigsten Lagen auszusetzen, ihm über ein halbes Jahr die*

Weiterreise anzutragen, ihm dazu noch die Mittel anzubieten, dabei bestimmte Vorkommnisse als Differenzen nicht zu erwähnen und dann in Abwesenheit, fast drei Wochen später, an den IGB zu schreiben, was einem Urteil gleichzusetzen ist. In Stockholm hätte man doch länger als zwei Wochen Zeit gehabt in einem geordneten Verfahren auf Anklage und Verteidigung, nach gewerkschaftlichen und sozialistischen Regeln, den Dingen auf den Grund zu gehen“.

Fritz Schreiter fordert die Rücknahme und Richtigstellung der gemachten Vorwürfe und kündigt an, sollte das nicht geschehen, nach Stockholm zurückzukehren.

Aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, wie sich die Dinge weiter entwickelt haben. Auch ist Fritz Schreiter mit seiner Familie nicht wieder nach Schweden zurückgekehrt, was ihm und seinem Sohn wohl das Leben gerettet hätte. Er ist in Dänemark geblieben und lebte bis zum April 1940 in der Stadt Helsingør nördlich von Kopenhagen.

Auch wird nicht ersichtlich, warum das Stockholmer Komitee Schreiter hingehalten hat und ihn aus dem Lande haben wollte. Vielleicht lag es an seiner politischen Vergangenheit, vielleicht wurden alte persönliche Rechnungen aus dem politischen Raum beglichen, oder es lag einfach an seiner Person. So berichtet Erwin Gräff, ebenfalls ein KPO-Emigrant, der später in Schweden blieb, dass Schreiter wohl etwas cholerisch veranlagt gewesen sei und sich nicht mit der notwendigen Demut benommen hätte, weshalb man ihn loshaben wollte.

Am 9. April 1940 überfiel Nazideutschland Dänemark. Für die Familie Schreiter, die bereits im Jahr 1934 aus Deutschland ausgebürgert worden war und auf den Fahndungslisten der Gestapo stand, bedeutete dies höchste Gefahr. Noch am Tag des Überfalls fuhr die Familie mit der normalen Fähre nach Schweden. In einem Brief, der wahrscheinlich von Fritz Wiest (Spartakusgruppe/KPO) stammt, ist zu lesen: „*Unser Freund Fritz Schreiter, der bei der deutschen Invasion in Dänemark lebte, flüchtete nach Schweden, wurde aber dort nicht ins Land gelassen. Wie wir bisher in Erfahrung bringen konnten, soll seine Einreise abgelehnt worden sein mit der Begründung, daß, wenn er im Besitz*

von tausend Kronen sei, sie ihn nicht als Flüchtling anerkennen können (Schreiter hat die letzten Jahre mit Frau und Sohn gearbeitet) und mußte zurück nach Dänemark“.

In Dänemark taucht die Familie unter. Aber über kurz oder lang fliegt sie auf, wird von der Polizei festgenommen, der Gestapo ausgeliefert und nach Deutschland gebracht. Emmy Schreiter kam bis zum Kriegsende ins Zuchthaus Waldheim. Der Sohn Axel wurde ins Konzentrationslager Flossenbürg gebracht.

Zusammen mit dem tschechischen Widerstandskämpfer Rudi Skohoutil und dem Freitaler Antifaschisten Willy Schneider wurde Fritz Schreiter der Prozess vor dem Volksgerichtshof gemacht. Die Anklage warf den Dreien vor, im Ausland, besonders in der damaligen Tschechoslowakei und in Dänemark, Hochverrat vorbereitet zu haben und umstürzlerische Schriften ins Reich gebracht und verteilt zu haben. In der Urteilsbegründung hieß es: Fritz Schreiter müsse „die härteste Strafe treffen ... (er würde) im hohen Grade dazu beitragen, die Verwirklichung der Volksgemeinschaft zu erschweren, da sich durch den Inhalt der Schreiben verblendete Volksteile sich immer wieder verleiten ließen, sich gegen das Volksganze zu stellen ... Hinzu kommt, daß er in der Hauptverhandlung heute noch als ein verstockter und unbelehrbarer Kommunist anzusehen ist.“

Wegen Hochverrats wurde Fritz Schreiter zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde ins Zuchthaus Waldheim in Sachsen gebracht. Auf seine Initiative hin bildet sich dort eine illegale Widerstandsgruppe sozialistischer Häftlinge. Im Zuchthaus müssen die Häftlinge für die Kriegsproduktion arbeiten; es werden dort Teile für Flugzeugmotoren hergestellt. In ihrem Buch „In den Netzen der Erinnerung“ (Rowohlt, 1986) schreibt die bekannte Publizistin Carola Stern über Fritz Schreiter:

„Welche Entwürdigung es für einen politischen Gefangenen bedeutet, Waffen für Hitlers Krieg herstellen zu müssen, schert jene, die das angeordnet haben, nicht. Im Gegenteil. Und wenn es jemanden scheren sollte, so kann er doch nichts ändern. Also bleibt nur, sich zu fügen. Friedrich Schreiter, einem oppositionellen Kommunisten und führenden Mann der KPO, muß der Gedanke, sich nicht wehren zu können, selbst in der

Gefangenschaft ‚mitmachen‘, Kriegswaffen produzieren zu sollen, unerträglich gewesen sein. Seit es die Nazis gibt, hat er ihnen Widerstand entgegengesetzt: als Dresdner Stadtrat, als Zschachwitz-er Bürgermeister, dann nach seiner Flucht, in der Emigration, zuerst an der deutsch-tschechischen Grenze, dann von Kopenhagen aus und schließlich, als die Wehrmacht Dänemark und Norwegen besetzte, im dänischen Untergrund, wo er aufgespürt und zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Und jetzt soll er für Hitlers Krieg arbeiten?

Als Techniker oder Ingenieur (Schreiter war Maschinenschlosser, W.K.) zum Vorarbeiter in der Schlosserei bestimmt, sitzt Scheiter in einem von den Übrigen abgetrennten Raum. Der kleine, hagere Mann mit dem weißgrauen Haarschopf und der Nickelbrille auf der Nase muß nach den Zeichnungen des auftraggebenden Betriebs die Drehbänke, Bohr- und Fräsmaschinen für die zu bearbeitenden Werkstücke einrichten und später die fertigen Stücke mit den Zeichnungen vergleichen, also auf die Genauigkeit hin kontrollieren. Nach geraumer Zeit wird in der Rüstungsfirma festgestellt, daß hin und wieder die Toleranzen der im Zuchthaus bearbeiteten Flugzeugmotorenteile von dem Vorarbeiter gefälscht worden sind. Wegen Sabotage und Verzögerung der Rüstungsproduktion wird Schreiter zum Tode verurteilt und 1944 in Brandenburg-Görden hingerichtet. (Hier irrt C. Stern. Schreiter wurde nachweislich in Dresden hingerichtet. W.K.) Die Menschen außerhalb des Zuchthauses erfahren nichts davon, oder sie nennen es Verrat.“

Das Schicksal der gesamten Familie verläuft ähnlich dramatisch. Der Sohn Axel Schreiter wurde ins KZ Flossenbürg in Bayern gebracht. Dort wurde er nachweislich am 6. April, wenige Wochen vor Kriegsende, im Alter von 25 Jahren umgebracht.

Von Emmy Schreiter, geb. Sander, von Beruf Verkäuferin und selbst in der KPD und später in der KPO aktiv, ist von der Zeit vor 1933 wenig bekannt. Sie durchlitt aber wie Fritz Schreiter und der Sohn Axel die gesamte Zeit des Widerstandes und der Emigration. 1941 wurde sie zu drei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Nazis entließen sie aber nach der Haftzeit nicht. Erst am Kriegsende wurde sie daraus befreit. Sie übernahm 1945 die Leitung eines Erholungsheimes in Bansin auf

Usedom. Ab 1950 war sie die Zweite Vorsitzende der Dresdner VVN. Sie starb im Jahr 1953 im Alter von 57 Jahren in Dresden.

Werner Kempster

Mich haben unterstützt die Kollegin und Kollegen des AK Soziales der IGM Vst. Dresden Sonja Loch, Hans-Jürgen Knäschke und Peter Schley.

Bei der Erstellung des Textes haben wir uns auf folgende Quellen, ohne Einzelangaben gestützt:

- Geschäftsberichte des DMV, VSt. Dresden aus den Jahren 1920 bis 1924;
- Wikipedia;
- Material der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg;
- Material des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde;
- Material des Stadtarchivs der Stadt Dresden;
- Material, zur Verfügung gestellt von Professor Theodor Bergmann/Stuttgart;
- Texte zur Arbeiterbewegung/50 Jahre KPD(Opposition) Theodor Bergmann 1978;
- Jakob Moneta: Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, in „Die Rote Gewerkschaftsinternationale“/A. Losowski/1978;
- Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen, 1930

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.

Berlin 1932

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Kommt Kolumbien dem Frieden näher?

Im Februar dieses Jahres eröffnete die Tageszeitung *Neues Deutschland* unter der Fragestellung „Beispiel Kolumbien – Wie steht die Linke zum bewaffneten Kampf?“ eine notwendige Debatte. Notwendig deshalb, weil die bewaffneten revolutionären Bewegungen in Kolumbien bei den Linken hierzulande oftmals nicht zur Kenntnis genommen werden. In den bürgerlichen Medien gelten sie als Terrororganisationen und sog. Narcoguerrillas. Tun sich deswegen viele Linke schwer, sich zu ihnen zu verhalten? In der *Arbeiterstimme* wird regelmäßig über Entwicklungen in Kolumbien und auch über die seit Jahrzehnten aktiven Guerillaorganisationen berichtet. Dabei ging und geht es nicht um eine Bewertung der Kampfformen. Es geht zuallererst um sachliche Information, die in den bürgerlichen Medien so kaum zu finden ist und um eine solidarische Berichterstattung, die sich dem gesellschaftlichen Fortschritt in Kolumbien verpflichtet weiß.

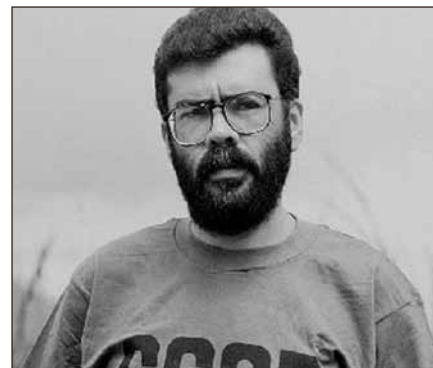
Über vorsichtige Kontakte zu Gesprächen und Verhandlungen

Am 1. September 2012, dem symbolträchtigen Antikriegstag, erfuhr die internationale Öffentlichkeit von einem Fahrplan für die Beendigung des Konflikts und den Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens in Kolumbien. Bei dieser Gelegenheit

gab's auch den Hinweis auf Sondierungsgespräche, die seit 23. Februar 2012 in Havanna geführt worden sein sollen, begleitet von den Regierungen Kubas und Norwegens, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nicht erwähnt wurde die gesamte Vorgeschichte, die aber von Bedeutung ist, weil sie über die Kompliziertheit derartiger Prozesse Aufschluss gibt. So soll es Kolumbiens Staatschef Santos gewesen sein, der bereits im August 2010 seinem venezolanischen Amtskollegen Chavez gegenüber den Wunsch geäußert habe, er möge doch vorfühlen, ob mit den FARC-EP Verhandlungen denkbar wären. Für die Guerilleros war dieses Ansinnen überraschend gekommen, denn in der täglichen Realität erlebten sie einen erbarmungslosen und ständig sich verschärfenden Kriegsalltag von Seiten des staatlichen Militärs. Die von Chavez eingefädelte Kontaktaufnahme erfolgte in der Nähe der venezolanischen Grenze über den FARC-Kommandeur Mauricio Jaramillo. Aber wo sollten die Verhandlungen stattfinden? Weder Kolumbien noch Venezuela waren dafür geeignete Länder. Schließlich brachte die Zusage der kubanischen Führung die Lösung. Die kubanische Regierung hatte schon Erfahrungen mit Gesprächen zwischen dem ELN (Ejército de Liberación Nacional, der zweitgrößten Guerillaorganisation) und der kolumbianischen Regierung, konnte die Sicherheit der Delegationen gewährleisten und

genießt entsprechendes Ansehen bei der Führung der FARC-EP, wird aber auch von der reaktionären Santos-Regierung als zuverlässig eingeschätzt. Auf ein weiteres Problem weist die Journalistin Constanza Vieira hin: „Allein die Klärung der Frage der Transportroute für Jaramillo von Kolumbien über Venezuela nach Havanna nahm fast ein Jahr in Anspruch – so groß ist das gegenseitige Misstrauen der beiden Verhandlungspartner.“ (Bogota, IPS, 13. 1. 13)

Als dann im November 2011 der erst seit 2008 amtierende Chefkommandant der FARC-EP, Alfonso Cano, bei einer Militäroffensive getötet wurde, sollen die Gespräche kurz vor dem endgültigen Aus gestanden haben. „Am 4. November 2011 wurde



Alfonso Cano

der Oberkommandierende der FARC, Alfonso Cano, von achthundert Soldaten der Spezialkräfte umzingelt, die von Hubschraubern und Flugzeugen unterstützt waren. Er selbst war begleitet von vier Männern und einem Hund.“ (G. Pohl, *uz*, 25. 1. 13) Günther Maihold, stellvertretender Direktor der Konrad-Adenauer-Stiftung, nutzte damals die Gelegenheit für eine gewagte Prognose: „Mit dem Militärschlag vom vierten November, ..., zeichnet sich ein Ende der als ‚Steinzeit-Guerilla‘ bezeichneten linken Rebellen in Kolumbien ab.“ Eine glatte Fehleinschätzung, wenngleich sich die Situation für die FARC-EP durchaus verkomplizierte.

In solchen dramatischen Situationen habe, so Constanza Vieira, Chavez vom Krankenbett aus eingegriffen und die Kontrahenten ermutigt, die Gespräche nicht abreißen zu lassen.

„Eine Woche vor meiner Abreise nach Havanna versuchte die Armee, mich einzuschließen, um mich entweder gefangen zu nehmen oder umzubringen. Es war in dem Gebiet, wo ich die Vertreter Kubas und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz treffen sollte, die mich nach Havanna bringen sollten. Als der Hubschrauber mit ihnen landete, haben wir alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, denn die Armee hätte die Zeichen des Roten Kreuzes missbrauchen können, wie sie es bei der Befreiung von Ingrid Betancourt getan haben, obwohl das als



Kriegsverbrechen gilt.“ (M. Pascuas, der letzte noch lebende und aktive Mitbegründer der FARC-EP, *jW*, 3. 1. 13)

Der Fahrplan und eine Agenda

Trotz aller Widrigkeiten konkretisierte sich im Herbst 2012 ein Fahrplan für die Verhandlungen, der folgende Schritte vorsah:

- I. Beginnen von direkten und ununterbrochenen Gesprächen ... um eine endgültige Einigung zu erreichen, um den Konflikt zu beenden ...
- II. Gründen eines Verhandlungstisches, ... der in Oslo (Norwegen) installiert wird und seinen Hauptsitz in Havanna (Kuba) hat.
- III. Garantieren der Wirksamkeit des Prozesses ...
- IV. Weiterentwickeln der Gespräche mit der Unterstützung der Regierungen von Kuba und Norwegen als Garanten und der Regierungen Venezuelas und Chiles als Begleiter.
- V. Die Agenda umfasst folgende Punkte:
 1. Umfassende landwirtschaftliche Entwicklungspolitik
 2. Politische Partizipation
 3. Ende des Konflikts
 4. Lösung für das Problem illegaler Drogen
 5. Opfer
 6. Installation, Verifikation und Zustimmung

Sehr detailliert wurden auch die Funktionsregeln festgelegt. Bis zu zehn Personen dürfen von den jeweils 30 Delegierten an Sitzungen teilnehmen, wobei bis zu fünf als SprecherInnen auftreten können. Um eine möglichst breite Beteiligung aus der Gesellschaft heraus zu gewährleisten, wurde ein Mechanismus für das Einreichen von Vorschlägen von Bürgern und Organisationen zu den Punkten der Agenda eingerichtet. Den VertreterInnen der FARC-EP war es ein zentrales Anliegen, die Gespräche mit dem Punkt der umfassenden landwirtschaftlichen Entwicklungspolitik zu beginnen. Die weitere Vorgehensweise soll durch den Verhandlungstisch beschlossen werden. Der zehnte und letzte Punkt bezieht sich auf die Umsetzung der Ergebnisse: *„Die Gespräche stehen auf dem Grundsatz, dass nichts vereinbart ist, solange nicht alles vereinbart ist.“* Die Dauer der Verhandlungen sollte offen gelassen werden. Inoffiziell war die Rede von acht Monaten bis zu einem Jahr, wobei die Regierungsseite Interesse an einem möglichst

straffen Verhandlungsverlauf zeigt. Ihr Ziel ist ja die schnelle Demobilisierung der Guerilla, nicht so sehr eine gründliche Debatte über die Ursachen der bestehenden Konflikte. Auf der Grundlage der bei den Sondierungsgesprächen in Havanna getroffenen Vereinbarungen begann im Oktober 2012 die erste Verhandlungsrunde unter Leitung von Humberto da la Calle für die kolumbianische Regierung und Ivan Marquez für die FARC-EP.

Die Oslo-Runde sollte noch nicht so sehr ins Detail gehen, um ein vorzeitiges Festfahren der Gespräche zu verhindern. Konfliktpotential war genug vorhanden, was Ivan Marquez deutlich zum Ausdruck brachte: *„Wenn wir wirklich einen nachhaltigen Frieden schaffen wollen, wie wir ihn in der Dialogagenda definiert haben, ist es unumgänglich, das neoliberale Modell niederzuringen. Dazu müssen*



Ivan Marquez und Jesus Santrich

wir politisch gegen die multinationalen Konzerne und die Freihandelsabkommen vorgehen.“ Der Sprecher der Regierungsdelegation sieht das naturgemäß anders und wies das Ansinnen umgehend zurück: *„Dieser Diskurs kann Teil des politischen Programms einer neu zu gründenden Partei der FARC nach Abschluss der Friedensverhandlungen sein. Inhaltlich beschränken sich die Verhandlungsfelder, über die wir zu verhandeln bereit sind, aber auf die in der Dialogagenda festgehaltenen fünf Schlüsselthemen.“* Die kolumbianische Regierung orientiert sich vermutlich an dem Konzept, das 1996 zum Ende des Konflikts in Guatemala geführt hat, aber die soziale Frage offen ließ. Für die FARC-EP muss das ein abschreckendes Beispiel sein. Denn dann wäre ein halbes Jahrhundert Kampf mit vielen Opfern vergeblich gewesen. Trotz der deutlich er-

kennbaren extrem unterschiedlichen Interessenslagen der Verhandlungsdelegationen kann die erste Verhandlungsrunde dennoch als Erfolg gewertet werden. Der Weg zurück nach Havanna war frei.

Die Landfrage zuerst

Die Friedensdelegation der FARC-EP eröffnete in Havanna die Debatte um die Landfrage mit einem Kommunikative, das die angestrebte Zielrichtung zum Ausdruck bringt: *„Unser Verständnis von Land und Territorium stellt sich entschieden gegen den Übergriff des Kapitalismus, der die Natur beherrschen und manipulieren will, ohne sich um die Folgen zu kümmern. Es gibt bereits eine irreparable Beschädigung der Natur, die Zerstörung der Arten, die Zerstörung des sozialen Gefüges, ein Auflösen der ländlichen Wirtschaft, ein ökologisches und soziales Ungleichgewicht, all jene Punkte stürzen den Planeten ins Verderben.“*

Die Delegation der FARC-EP versteht sich mit dem Einstiegsthema Landfrage als Türöffnerin für die sozialen Organisationen Kolumbiens, die nach dem Willen der Regierungen an den Verhandlungen nicht beteiligt sein sollten. Dabei war die Landfrage seit jeher Hauptursache für die bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Fakten belegen das: Rund ein Prozent der Landbesitzer verfügen über mehr als zwei Drittel der Fläche, während sich 80 Prozent gerade mal neun Prozent des Landes teilen. Das Entwicklungsprogramm der UN (UNDP) stellte für 2011 fest: 64 Prozent der bäuerlichen Bevölkerung *„befinden sich in einem Zustand der Armut, 3,6 Millionen Menschen wurden in den vergangenen Jahren von ihrem Boden vertrieben.“* UNDP untersuchte in 128 Staaten die Bedingungen der Landbevölkerung. Kolumbien erhielt dabei den Platz 126. Nur in Haiti und Angola waren die Bedingungen für die Landbevölkerung schlechter. Die Regierung setzt zunehmend auf exportorientierte Agrarprodukte, die einen großflächigen Anbau erfordern. Dazu gehören agrarindustrielle Großprojekte wie der Anbau von Zuckerrohr oder der Ölpalme. Wenn dieser großflächige Anbau durch die Existenz von Kleinbauern

eingeschränkt ist, werden mit Hilfe von Paramilitärs Landvertreibungen organisiert, die nicht selten in Massaker ausarten. Die Förderung von Monokulturen für den Export bedingt wiederum einen Anstieg der Einfuhren von Agrarprodukten. „Von 2005 zu 2006 stiegen die Einfuhren um 21,6 Prozent von 6,3 auf 7,7 Mio. Tonnen. Im Jahr 2008 beliefen sich die Importe auf 8,2 Mio. und im Jahr 2010 auf 10,5 Mio. Tonnen.“ (Hector Mondragon/Paula Alvarez Roa, 2012) Zwar ließ Santos ein Opfer- und Landgesetz auf den Weg bringen, doch handelt es sich um einen zu zaghaften Versuch, über Jahrzehnte geschaffene Fakten rückgängig zu machen. Unsinnige Klauseln erschweren zusätzlich die Rückgabe von Land.

Nach zehntägiger Dauer der Gespräche in Havanna konnte FARC-Comandante Jesus Santrich feststellen: „Die Verhandlungen befinden sich auf einem guten Weg, der Prozess gewinnt an Tiefe.“ Worauf stützte sich sein Optimismus? Man hatte sich geeinigt, vom 17. bis 19. Dezember ein gemeinsames Bürgerforum nach Bogota einzuberufen und dort Punkt 1 der Agenda

zu diskutieren: die Entwicklung einer integralen Agrarpolitik, gerechter Bodenbesitz und die Nutzung des Landes. „Wie komplex die Agrarfrage ist, zeigt das Resultat des dreitägigen Forums, das die UNO und die Nationale Universität im Dezember in Bogota darüber durchführten. Mehr als 3.000 Kolumbianer, die über 500 Organisationen der Bürgergesellschaft repräsentieren, konnten Vorschläge für die Friedensverhandlungen einreichen. Das Ergebnis sind elf Bücher mit 546 Vorschlägen.“ (W. Marti, NZZ, 15.1.13) Die Landfrage ist Kernstück der Verhandlungen. Am 6. Februar überreichte die Delegation der FARC-EP den Vertretern der Regierung ein Dokument mit „Acht Minimalvorschlägen für die Neuordnung und Nutzung des Bodens“. Bei den Vorschlägen handelt es sich um die Nutzung des Bodens für die Nahrungsmittelsouveränität, die Er-

nährung der Bevölkerung, das Recht auf Wasser und den Aufbau neuer ländlicher Siedlungen. Außerdem wird der Rückgang der extensiven Viehzucht eingefordert, um mindestens 20 Millionen Hektar für die landwirtschaftliche Nutzung freizusetzen. Des weiteren fordert das Dokument den Stopp der „ungeordneten und anarchischen Ausdehnung der extraktivistischen Bergbau und Minenwirtschaft“.

Vorleistungen der Guerilla

Dass es der FARC-EP mit ihrem Friedenswillen sehr ernst ist, zeigt u. a. die Ausrufung eines einseitigen

rungsangaben wurden während des Waffenstillstandes 34 KämpferInnen der FARC getötet. Die Möglichkeit eines weiteren einseitigen Waffenstillstands ist auszuschließen.

Eine neue Verhandlungsrunde unter verschlechterten Bedingungen

Als die Delegationen Ende Januar an den Verhandlungstisch zurückkehrten, stand der Auftakt der Gespräche unter keinem guten Stern. Nach dem Ende des Waffenstillstandes hatten die Kampfhandlungen an Intensität zugenommen. Die Armee tötete am 31. Januar durch einen nächtlichen gezielten Bombenangriff auf ein Camp in der Region Cordoba Jacobo Arango, den Kommandierenden der 5. Kampffront und fünf weitere Guerilleros. Sie waren nach Angaben der Guerilla im Schlaf überrascht worden.

Der arrogante Auftritt der Armeeführung im Fernsehen und die Stellungnahme der politischen Führung in Bogota waren so angelegt, dass damit der Führung der FARC-EP das Signal gegeben wurde: Wir sind nicht unbedingt auf ein Verhandlungsergebnis angewiesen. Die Guerilleros beantworteten die Provokation u. a. mit der Gefangenahme von Soldaten und Polizisten, kündigten aber an, diese zeitnah wieder freizulassen (was wenig später auch geschah) – alles keine guten Vorzeichen für weitere Gespräche. So lehnte die Regierungsdelegation pauschal Vorschläge der FARC-EP ab, den Verteidigungsminister Pinzon und den General Navas zu den Gesprächen hinzuzuziehen, um eine Humanisierung der Auseinandersetzungen zu erreichen. Ein Austausch von Gefangenen wurde von der Regierung abgelehnt. Santos stellte gegenüber Medienvertretern unmissverständlich klar: „Hier gibt es keine Rücksichtnahme irgendeiner Art.“



Die holländische Internationalistin Tanja Nijmeijer (li.) stieß etwas später zur Verhandlungsdelegation der FARC-EP

Waffenstillstandes, der vom 20. November bis 20. Januar gelten sollte. Im selben Zeitraum waren ein Jahr vorher lt. Angaben der Guerilla 284 Personen der Sicherheitskräfte bei 292 militärischen Aktionen der FARC-EP getötet und noch einmal eine ähnliche Anzahl verletzt worden. In einem Kommuniqué vom 21. Januar, in dem das Ende der Waffenruhe bekanntgegeben wurde, heißt es: „Der einseitig verabschiedete Waffenstillstand, der von der Guerilla initiiert wurde, um den Prozess der Friedensgespräche in Havanna positiv zu gestalten, wurde durch Bombardierungen, Überfälle und Angriffe von Präsident Santos und seinem Verteidigungsminister Pinzon ausgenutzt, um die Guerilla weiter zu bekämpfen.“ Man kehre „schweren Herzens in den Kriegszustand zurück“, zitierte AFP Ivan Marquez, den Verhandlungsführer der FARC-EP. Nach Regie-

So haben wir es besprochen, die Generäle und alle wissen, dass sie die Zahl der Aktionen verdreifachen müssen, bis wir diesen Krieg im Guten oder im Bösen beendet haben.“ Es könnte aber auch sein, dass Santos durch markige Äußerungen der Regierungsdelegation größeren Spielraum geben will. Denn es gibt reichlich einflussreiche Kräfte um den ehemaligen Präsidenten Uribe, die nichts unversucht lassen, den Dialog zu sabotieren.

Am 8. Februar wies die Verhandlungsdelegation der FARC-EP auf eine gefährliche Strategie der kolumbianischen Medien hin, darin heißt es: „Hier wird eine permanente Anti-Stimmung zu den Verhandlungen geschürt und eine Meinung

suggeriert, dass diese im Sinne des Landes hoffentlich platzen werden. Die Massenmedien veröffentlichen Stellungnahmen der kolumbianischen Politik, von Militärgenerälen und großen Wirtschaftsunternehmen, die alle eine kritische bis pessimistische Haltung an den Tag legen. Dass dabei nicht nur die Interessen der Oligarchie und Wirtschaftsunternehmen vertreten

werden, sondern auch Pessimismus und Skepsis in die Bevölkerung transportiert wird, dürfte mit einkalkuliert sein. Großgrundbesitzer und Narcopolitiker wie der Ex-Präsident Uribe können unbehelligt ihre Propaganda und Feindbilder schüren. Währenddessen werden Stellungnahmen der FARC-EP gar nicht veröffentlicht oder verfälschend dargestellt. Außerdem wird in den Nachrichten ein permanentes Bedrohungsklima durch die Guerilla geschaffen, obwohl das Militär seine Aktionen immer weiter ausweitet.“ Typisch für die Presselandschaft des Landes ist, dass *El Tiempo*, die größte landesweit erscheinende Tageszeitung, der Familie des Präsidenten gehört und die anderen bedeutenden Zeitungen sich im Besitz großer Medienkonzerne befinden.

Am 18. Februar setzten die beiden Delegationen die Friedensgespräche mit der fünften Runde fort. Ivan Marques stellte kurz vorher den Medienvertretern „zehn Mini-

malvorschlüge“ vor, mit denen die Nahrungsmittelsouveränität und die Lebensgrundlagen (*buen vivir*) der Bevölkerung sichergestellt werden sollten. Ein konkreter Vorschlag war die Schaffung eines Spezialprogramms „Null-Hunger“. Die Reaktion von Regierungsvertreter de la Calle fiel insgesamt eher positiv aus, wobei natürlich die Schwierigkeiten in den Details liegen werden. Parallel zur fünften Runde gründeten über tausend soziale Organisationen aus ganz Kolumbien in Bogota die „Verfassungsversammlungen für den Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“. Diese Versammlungen haben sich zum Ziel gesetzt, Vorschläge für die in

teressen der Bevölkerungsmehrheit vertritt.

Die schwierigsten Verhandlungsrunden kommen erst

Noch ist es für eine Zwischenbilanz zu früh. Viele Stolpersteine können die Verhandlungen zum Scheitern bringen. Andererseits war keine der früheren Verhandlungen so umfassend vorbereitet und durch begleitende Staaten abgesichert. Die schwierigste Frage steht jedoch noch bevor: Durch welche flankierenden Maßnahmen kann

eine Integration der FARC-EP in eine insgesamt recht militarisierter „Zivilgesellschaft“ realisiert werden? Die Guerilleros haben das schreckliche Schicksal der UP (Union Patriótica) mit 3.000 bis 5.000 ermordeten Mitgliedern nicht vergessen. Ein zweites Mal werden sie sich von Versprechungen nicht blenden lassen. Auch wenn

Jacobo Arango es letztlich zu einer Friedenslösung politisch keine Alternative gibt – den VerhandlungsführerInnen der FARC-EP ist das bewusst – kann es bei den Punkten zwei und drei der Agenda noch einmal richtig zur Sache gehen. In einigen Monaten wissen wir mehr.

Stand: 1.3.13
hd



der Agenda der Friedensgespräche vereinbarten Themen auszuarbeiten. Damit wird gesellschaftlicher Druck auf die Regierung ausgeübt. Auch die FARC-EP fordern die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Es zeigt sich dabei wieder einmal deutlich, welche der beiden Verhandlungsdelegationen die In-

Anzeige

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.
190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Breaking the Silence – das Schweigen brechen

Eine Ausstellung über den Alltag in den besetzten Gebieten.

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, machte die Ausstellung der Organisation „*Breaking the Silence*“ Ende September letzten Jahres Station im Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Präsentiert wurde sie vom Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e. V., dem Evangelischen Entwicklungsdienst (eed), medico international, MISEREOR und die Schwelle.

Gezeigt wurden rund 60 Photos, die die Realität des alltäglichen Lebens in den besetzten Gebieten abbilden. Die meisten Bilder entstanden als private Schnappschüsse der Ex-Soldaten. Durch die Ausstellung führten Aktivisten der Organisation, junge Menschen, die ihren Militärdienst in den besetzten Gebieten ableisteten. Trivial wirkende Motive machten erst mit den sehr persönlich erzählten Geschichten deutlich, wie abgestumpft die Soldaten gegenüber den Palästinensern dort sind und wie sehr wiederum die Besatzung in deren Alltag eingreift.

So gibt es etwa in den Gebieten eine nächtliche Ausgangssperre. Jeder, der danach angetroffen wird, läuft Gefahr, verhaftet zu werden. Dabei werden den Gefangenen die Augen verbunden und sie werden oft stundenlang irgendwo „abgestellt“ – einfach nur, weil die Soldaten die Macht dazu haben. Zu sehen sind Familienväter, die zu spät vom Markt kamen und nun auf dem Gehsteig sitzen, während junge Soldaten neben ihnen Späße machen und sich wie mit einer Trophäe abbilden lassen, junge Palästinenser auf der Wache mit verbundenen Augen, während die Soldaten neben ihnen Karten spielen, die einfach vergessen wurden, während zuhause Familien auf sie warten. Sehr gerne praktiziert werden auch nächtliche Erstürmungen von Wohnhäusern, als Vorwand dient ein angeblicher



Tip, ein Familienmitglied hätte mit Terroristen zu tun, und ein Dutzend Schwerbewaffnete erstürmt das Haus einer zwölköpfigen Familie. Ohne Vorwarnung fallen sie in die Privatsphäre der Menschen ein, Kinder werden aus dem Schlaf gerissen und sehen, wie ihre Väter und Brüder gedemütigt werden; wer aufbegehrt, kommt womöglich erst nach langer Zeit zurück nach Hause. In der Zwischenzeit durchwühlen die Soldaten alles, lassen sich Tee kochen, machen Photos ... und ziehen nach Stunden wieder ab.

Aufgabe der Soldaten sei es, „Präsenz zu zeigen“, was bedeute, die Menschen jeden Tag daran zu erinnern, daß sie kontrolliert werden.

Aktivisten von „*Breaking the Silence*“ berichten, sowas passiere jeden Tag, von zuhause bekamen sie vermittelt, daß sie das Recht dazu haben; daß dies notwendig sei, um ihre Heimat zu verteidigen. Auf die Frage, was die Palästinenser denn für sie seien, Menschen zweiter Klasse oder sogar weniger, wurde geantwortet: „Nein, sie sind einfach nichts“.

Umso bemerkenswerter, daß in dieser Atmosphäre der alltäglichen Gewalt junge Soldaten anfangen, Zweifel zu bekommen. Und noch bemerkenswerter, daß sie beginnen, darüber zu sprechen und sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

Als sie anfangen, waren es noch wenige, berichtete ein Aktivist; aber immer mehr meldeten sich mit ihren Berichten, welche mittlerweile gesammelt werden; jeder Einzelne wurde verifiziert.

Als vorher Trophäenbilder der Soldaten z. B. über Facebook an die Öffentlichkeit gelangten, erklärte die Armee, daß es sich um Einzelfälle handle – dem widersprechen die Aktivisten, „das ist völlig normal, das machen alle“.

Vor drei Jahren wurden sie mit ihrer ersten Ausstellung noch in die Knesset eingeladen, die Initiatoren der zweiten werden von Avigdor Lieberman nun als „Terroristenvereinigung“ beschimpft und Benjamin Netanjahu meinte, es gebe kein Schweigen zu brechen. Offensichtlich wurde damit ein Nerv getroffen ...

Die Ausstellung in der Berliner SPD-Zentrale war gut besucht, während der ca. zweistündigen Führung herrschte eine sehr offene Atmosphäre, man konnte jederzeit etwas zu den Bildern fragen und zum Abschluß entstand eine kleine Diskussionsrunde. Interessant war, daß die dort anwesenden, überwiegend bürgerlichen Besucher sich sehr frei zu den Bildern und ihrem Eindruck, ihren Empfindungen äußerten, kein Problem damit hatten, die Situation in den besetzten Gebieten als Unrecht und Israel als Aggressor zu bezeichnen.

Im Econ Verlag erschien hierzu das Buch: *Breaking the Silence – Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten*.

Weitere Informationen unter: breakingthe-silence.org

30 Jahre Neoliberalismus in Großbritannien Gegen die Gewerkschaften

Margret Thatcher

kam 1979 an die Regierung und brach 1984/85 durch ihren Sieg über die Bergarbeiter den Gewerkschaften nahezu das Rückgrat. Unter Premierminister Tony Blair von der (New) Labour-Party wurden die Privatisierung und die sogenannte Deregulierung konsequent fortgesetzt. Mehr noch: Die gegen die Gewerkschaften gerichteten Gesetze und Maßnahmen wurden weiterentwickelt und führten zu deren weiterer Schwächung. Auch die gegenwärtige Regierung hat nichts von der neoliberalen Ideologie aufgegeben und führt sie fort.

Der Plan der herrschenden Klasse in Großbritannien, die Gewerkschaften zu kontrollieren, war in der Nachkriegszeit sehr problematisch, denn 1945 waren die Knappheit und entsprechend die Nachfrage nach Arbeitskräften sehr groß. Es gab nahezu Vollbeschäftigung und die Produktivität war intakt. Arbeitskämpfe konnten auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen der Industrie mit guter Aussicht auf Erfolg ausgefochten werden. Zudem stärkte diese Quasi-Vollbeschäftigung die Position der Vertrauensleute in den Betrieben enorm.

Erst 1966 gab es einen ersten Versuch, das aus Sicht der Politik bestehende „Problem“ mit den Gewerkschaften anzugehen – und zwar unter der Labour-Regierung von Premierminister Harold Wilson, die 1964 die konservative Regierung nach 13 Jahren Herrschaft abgelöst hatte. Unter Wilson wurden die Löhne eingefroren und Erhöhungen ausgeschlossen. Damit wollte die Regierung



dem Problem der sogenannten „Wage-Drift“ oder „Lohndrift“ entgegenzutreten: Es war häufig der Fall, dass kleinere Arbeitseinheiten streikten, um höhere Löhne zu erreichen, als sie allgemein im Rahmen von gewerkschaftlichen Verhandlungen durchgesetzt werden konnten. Die meisten Streiks in der Nachkriegszeit waren demnach keine genehmigten, offiziellen Streiks, weil sie eben nicht von den Gewerkschaften getragen wurden; vielmehr organisierten die Vertrauensleute die Streiks oder die Beschäftigten blieben einfach der Arbeit fern.

Auch Mitarbeiter bestimmter Gewerke organisierten Streiks in ihrem Bereich: So legten zum Beispiel in der Werftindustrie die Kesselschmiede die Arbeit nieder, ohne dass die Monteure oder die Zimmerleute eingebunden waren.

Die Regierung Wilson versuchte nun, die Möglichkeiten der Gewerkschaften in Form eines 1969 verabschiedeten Gesetzes zu beschneiden. Sein Ziel: legale Sanktionen gegen Arbeiter durchzusetzen, die gestreikt haben. Zudem sollte – nach US-Vorbild – eine sogenannte „Abkühlungsphase“

(Cooling-Off-Period) von 60 Tagen eingehalten werden, die es erlaubte, Verhandlungen zu führen, bevor der eigentliche Streik dann begonnen oder eben nicht begonnen wurde. Allerdings scheiterten die angestrebten Maßnahmen Wilsons am Widerstand der Gewerkschaften.

Im Juni 1970 kamen die Konservativen wieder an die Macht: Der neue Premierminister Edward Ted Heath führte mit dem „Industrial Relations Act“ ein Gesetz ein, das die Beziehungen in der Industrie regeln sollte. Unter anderem sah es vor,

dass, bevor es zu einem Streik kommen konnte, ein Wahlvorgang über den Postweg eingeleitet und zudem die von Labour eingeführte Abkühlungsphase eingehalten werden musste. Sämtliche Praktiken, die vorher in den Gewerkschaften üblich waren, wurden für illegal erklärt. So etwa die sogenannten „Close-Jobs“, was heißt, dass man in der Gewerkschaft sein musste, bevor man überhaupt eine Arbeit, einen Job bekam. Auch Sanktionen gegen Nicht-Gewerkschaftsmitglieder wurden verboten, ebenso Solidaritätsaktionen der Gewerkschaften außerhalb des Gesetzes gestellt. Heath bestellte sogar einen Gerichtshof ein, der über die Durchführung des Industrial-Relations-Gesetzes wachen sollte.

Auf Konfrontationskurs

Allerdings zeigten schon bald Auseinandersetzungen, etwa im Bereich der Docks, wie fragil das Industrial Relations-Gesetz war: Große Containerfirmen eröffneten damals Terminals weit außerhalb der Docks, wo sie den Mitarbeitern

deutlich geringere Löhne zahlten. In der Folge setzte ein nationales Komitee von Vertrauensleuten der Branche auf Aktionen. So wurden Streikposten rund um die Containerdepots platziert, damit die Lastwagen weder hinein- noch herausfahren konnten. Fünf Vertrauensleute der Dockarbeiter wurden in London verhaftet – die Arbeiter begannen daraufhin zu streiken,

Zahlung, woraufhin sie eine weitere Strafe erhielten: Die Gewerkschaft rief als Reaktion ihre gesamten Mitglieder zum Streik auf. Ein anonymen Geschäftsmann bezahlte schließlich die Strafe und der Streik wurde beendet. Kurz darauf wurde der Industrial Relations-Court (Gerichtshof) abgesetzt, obwohl er noch nicht einmal zu arbeiten angefangen hatte.

tion von Streikposten und Polizei vor den Toren eines Koks- und Kohlendepots außerhalb von Birmingham. Dort wurden üblicherweise große Mengen Kohle und Koks hinein- und hinausgefahren. Rund 1.000 Streikposten aus den Bergwerken in Yorkshire unter der Führung von Arthur Skargill riegelten das Depot ab und wurden von einer etwa gleichstarken



Bergarbeiterstreik 1984 – gegen Streikbrecher

ihnen schlossen sich die Werkstätigen aus der Druckindustrie an, sodass keine Zeitungen mehr gedruckt werden und erscheinen konnten. Dieser spontane Streik wurde von der TUC (Trade Union Congress – der Dachverband der Gewerkschaften im Vereinigten Königreich, eine Art britischer DGB Red.) unterstützt und in einen offiziellen Generalstreik überführt. Das war aber eigentlich gar nicht nötig, weil die inhaftierten Vertrauensleute sehr schnell wieder freigelassen wurden – wenn auch unter fadenscheinigen Begründungen. Auch eine Geldstrafe, wie es das Industrial Relations-Gesetz vorsah, mussten sie nicht zahlen. Nebenbei: Die Dockarbeiter haben niemals irgendwelche Geldstrafen gezahlt.

Allerdings wurde die Gewerkschaft der Metallarbeiter mit Geldstrafen belegt. Sie verweigerten die

Was die Arbeiter aus dieser Episode lernten: Dass man mit Solidarität erfolgreich gegen ein derartiges Gesetz vorgehen konnte. Die Solidarität war wichtig, da der Staat mit allen Mitteln kämpfte. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass während des dreimonatigen Streiks der Bauarbeiter im Jahr 1972 einige Streikposten inhaftiert wurden, die bis heute um die Wiederherstellung ihres guten Rufes kämpfen, weil die Vorwürfe gegen sie vollkommen konstruiert waren und jeglicher Grundlage entbehrten. Auch die Metallarbeiter streikten noch mehrfach, nicht nur, um höhere Löhne, sondern auch, um die 35-Stundenwoche zu erkämpfen.

Berühmt wurden die erfolgreichen Bergarbeiterstreiks in den Jahren 1972 und vor allem 1974. Gekennzeichnet war der Streik von 1974 durch eine schwere Konfronta-

Menge Polizisten angegriffen, die die Bergarbeiter permanent terrorisierten, schlugen und auch inhaftierten. Daraufhin bat Skargill die Bezirksgewerkschaftsleitung der Metallarbeiter in Birmingham um Unterstützung: Es ging ihm nicht um finanzielle Unterstützung, sondern darum, dass die Metallarbeiter die Streikposten der Bergarbeiter verstärken. Das Bezirkskomitee hat daraufhin für die West Midlands zum Generalstreik aufgerufen mit der Folge, dass am nächsten Tag rund 10.000 Metallarbeiter in Saltley auftraten und die Streikposten der Bergleute verstärkten: Der Polizei blieb nichts anderes übrig, als aufzugeben und sich zurückzuziehen. Das Kohledepot wurde geschlossen und der Streik war vorbei.

Für Margaret Thatcher war das ein wichtiger Tag: Sie profilierte sich dahingehend, dass sie den Tories unter

Heath vorwarf, nicht entschieden genug gegen die Bergarbeiter vorgegangen zu sein und die von ihr geforderte Gewalt – auch mit Hilfe des Militärs – nicht eingesetzt zu haben.

Edward Heath verlor die folgenden Wahlen, in denen er mit dem Slogan angetreten war: „*Wer regiert – wir oder die Bergleute?*“ („*Who governs – us or the miners?*“) Die Labour-Party übernahm wieder die Regierung und kassierte die Gesetze der Vorgängerregierung umgehend.

Neoliberale Tendenzen

Innerhalb der Torys konnte sich Thatcher gegen den angeschlagenen Heath durchsetzen und die Parteiführung übernehmen. Obschon sie noch keine ausschlaggebende politische Figur war, kam die von ihr präferierte neoliberale Wirtschafts-ideologie langsam in Mode. Aber die Parteintellectualen, die Thatchers Ansichten teilten, wussten, dass sie noch nicht stark genug waren, diese auch durchzusetzen – nur ein kleiner Teil der Torys war bis dahin neoliberal. Aber dieser Teil setzte auf Thatcher, wissend, dass diese dickhäutig und kaltschnäuzig genug war, ihre Weltanschauung schließlich durchzuboxen.

Hauptforderung der Neoliberalen war die Privatisierung; nach ihrer Ansicht sollte alles privatisiert werden – städtische Unternehmen und kommunaler Besitz nicht ausgenommen. Alles Kapital, das bis dato in diesen Unternehmen gebunden war, sollte herausgelöst werden, um das Investment zu stimulieren und die Wirtschaft so wieder in Gang zu bringen.

Ein weiteres wichtiges Ziel war die Ausschaltung der Gewerkschaften.

Um dies zu erreichen, verfolgte Thatcher eine andere Strategie als Heath: Sie wollte ihre Anti-Gewerkschaftsgesetze Stück für Stück, ganz allmählich, umsetzen.

Der erste Streik unter Thatcher war der der Stahlarbeiter. Deren Gewerkschaft war sehr moderat und war seit 1926 nicht mehr in den Ausstand getreten. Nach drei Monaten gab die Leitung den Streik schließlich auf: Ihr Chef betonte, dass er größere Furcht davor gehabt habe, den Streik zu gewinnen als zu verlieren, weil er

im ersten Fall nicht gewusst hat, wie er dann hätte fortfahren sollen.

Vor allem ging es Thatcher darum, die Macht der Bergarbeitergewerkschaft zu zerschlagen. 1981 kündigte sie an, dass einige Minen in Südwesten geschlossen werden sollten, was sofort mit einem Streik der betroffenen Kumpel beantwortet wurde. Diese schickten Vertrauensleute in andere Teile Englands, um Unterstützung zu erbitten. Der Schließungsplan wurde schließlich zurückgezogen. Thatcher versuchte Ähnliches noch einmal in 1984, als eine profitable Grube in Yorkshire geschlossen werden sollte.

Die Regierung ließ sich eine Menge einfallen, um die Bedeutung der Kohle und damit die Macht der Gewerkschaften zurückzufahren: Um Kohle als Energieträger weitgehend überflüssig zu machen, wurden etwa neue Kraftwerke für die Verbrennung von Gas und Öl ausgelegt.

Die Regierung ließ zudem große Kohlelager anlegen und die Kohle durch Lastwagenfahrer, die nicht in der Gewerkschaft waren, in kleinste Häfen an der Ostküste Englands bringen, deren Mitarbeiter ebenfalls nicht gewerkschaftlich organisiert waren. Auch wurden die Gewerkschaftsfunktionäre durch die britischen Behörden aller möglichen Verbrechen beschuldigt, die auf reinen Lügen basierten.

Der folgende Streik wurde niedergeschlagen. Aber die Schließungsorgie bei den Zechen nahm erst in den Jahren 1992 bzw. 1993 richtig Fahrt auf, als Thatcher bereits von Premierminister John Major abgelöst worden war. In dieser Zeit gerieten auch die Gewerkschaften der Druckindustrie ins Fadenkreuz der Regierung: Auch sie sollten zerschlagen werden. Und auch im öffentlichen Sektor und in den Kommunen begann die neoliberale Regierung ihre Privatisierungsoffensive. So wurden die Kommunen unter anderem aufgefordert, Immobilien, insbesondere Sozialwohnungen, zu veräußern.

Viele Niederlagen

Die Arbeiterklasse musste in dieser Periode viele Niederlagen einstecken. 1979/80 waren noch 59 Prozent der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Heute sind es noch etwa

30 Prozent. Unter Thatcher wurden ganze Industriezweige vernichtet – von den Werften über die Bergwerke und die Schwerindustrie bis hin zur Textilindustrie. Das neoliberale Dogma beschwor den Finanz- und den Dienstleistungssektor als Allheilmittel für die Wirtschaft: „*Dann können wir uns gegenseitig Bürger verkaufen*“, war das desillusionierende Statement einiger Gewerkschafter.

Was Thatcher nie angefasst hat, waren das staatliche Gesundheitswesen und der Bildungssektor. Hier die neoliberale „*Keule*“ zu schwingen, hatte sich schließlich die Labour-Regierung von Tony Blair nach ihrer Wahl 1997 aufs Panier geschrieben. Blair kam aus einer Tory-Familie und ist ein ausgesprochener Gewerkschafts-Hasser; auch von der Labour-Party, der er selbst angehört, war er nie besonders überzeugt. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, diese in eine Art britische *Demokratische Partei* nach US-Vorbild umzuwandeln und er behielt folgerichtig auch alle unter der Thatcher-Regierung verabschiedeten Anti-Gewerkschaftsgesetze bei, mit der Folge, dass die Gewerkschaften heute weniger Rechte haben als zur Zeit der Gründung der Labour-Party im Jahr 1906.

Einzig die Einführung von Mindestlöhnen kann man Blair positiv anrechnen.

Dennoch sind die meisten Gewerkschaften immer noch mit der Labour-Party verbunden. Lediglich die Gewerkschaft der Feuerwehr hat die Partei auf Druck ihrer Mitglieder verlassen; die Eisenbahner- und die Seeleute-Gewerkschaft wurden ausgeschlossen, weil sie Kandidaten unterstützten, die nicht zur Labour-Party gehörten.

Kein Ende in Sicht

Die neue Regierung setzt die Angriffe auf ganzer Linie fort – so zum Beispiel auf das Rentensystem. Es sollen höhere Beiträge gezahlt und es soll zwei oder drei Jahre länger gearbeitet werden. Im öffentlichen Sektor sind die Löhne für drei Jahre eingefroren und vor allem die schwächsten Glieder der Gesellschaft sind von der Kürzungsorgie bedroht: Die Unterstützungsleistungen für Behinderte werden rücksichtslos zurückgefahren

– davon betroffen auch blinde und taube Kinder, die natürlich besondere Bedürfnisse haben.

Jugendclubs fallen reihenweise der Schließung anheim und Fördermaßnahmen, in deren Rahmen Jugendliche Training und Ausbildung für die erfolgreiche Jobsuche erhalten, werden gestrichen oder privatisiert.

Wo ich wohne, müssen die Mitarbeiter der öffentlichen Bücherei jetzt auch samstags arbeiten, ohne dies vergütet zu bekommen. Das ist ohne vorherige Verhandlungen mit den Gewerkschaften durchgesetzt worden.

Im vergangenen Jahr gab es einige spontane, aber auch gewerkschaftlich organisierte Aktionen, Streiks und Demonstrationen gegen die Kürzungspolitik der Regierung. In einigen Fällen wurden Komitees gegründet, die ihrerseits in Kontakt mit den Menschen getreten sind, um das öffentliche Leistungsangebot zu verteidigen. Im ganzen Land gab es Protesttage, zu denen Millionen Menschen auf die Straßen gingen – aber nicht alle Gewerkschaften haben diese Aktionen unterstützt. Die Aktionen waren im Wesentlichen lokal begrenzt. Es traten sogar zwei Lehrergewerkschaften in Erscheinung, von denen noch niemand etwas gehört hatte und die noch nie gestreikt hatten. Insbesondere die kleineren Gewerkschaften wollen wirklich kämpfen, um die Verhältnisse zu verbessern. Aber gerade die großen Interessenvertretungen setzen lieber auf Reden als auf Konfrontation mit dem neoliberalen Establishment. So haben unglücklicherweise einige große Gewerkschaften, darunter auch der Dachverband TUC, Verhandlungen hinter dem Rücken der Demonstrierenden geführt und als im September vergangenen Jahres einige der kleineren Gewerkschaften eine Resolution an die TUC herantrugen, um die Möglichkeiten eines Generalstreiks auszuloten, wurde der Beschluss zwar angenommen; aber es kam lediglich zu drei Demonstrationen in London, Glasgow und Belfast – an einem Samstag! Der jetzt pensionierte TUC-Generalsekretär trat auf und sagte auf die Frage nach einem Generalstreik: „Ich glaube nicht, dass die Leute einen Generalstreik wollen. Wir werden eine andere Lösung finden.“

Das ist die Situation zur Zeit. Man sieht, dass es einige Gewerkschaften

gibt, die kämpfen wollen; andere wollen dies eben nicht. Vor allem die Mitgliedschaft aus dem öffentlichen Dienst zeigt sich bereit, gegen die Kürzungen ihrer Pensionen und Löhne zu kämpfen. Aber sie werden von ihrer Gewerkschaft nicht unterstützt. Ich habe einige Freunde gefragt, die dort Funktionäre und überdies Marxisten sind, warum sie ihre Mitglieder nicht unterstützen. Sie haben gesagt, dass die Gefahr besteht, dass die Gewerkschaften zu viel Geld verlieren – nicht nur aufgrund von astronomischen Geldstrafen, sondern vor allem dadurch, Wahlen für oder gegen Streik auf dem Postweg zu organisieren. Dass dies tatsächlich sehr teuer werden kann, hat ein geplanter Streik des Kabinenpersonals bei der Fluglinie British Airways (BA) gezeigt: Jedes Mal, wenn die Mitglieder zu drei Vierteln dafür gestimmt haben, dass sie einen Streik wollen, hat die BA teure Anwälte ins Spiel gebracht, die monierten, dass die Frage pro oder contra Streik nicht neutral genug formuliert, ergo eine Suggestivfrage sei und damit die Wahl hinfällig wäre. Oder man hat gesagt, dass die Gewerkschaft den Mitgliedern nicht die Anzahl derer mitgeteilt hätte, die in den Streik treten wollen oder dagegen sind und falls dies doch so war, dann nicht die Anzahl der Enthaltungen. Die Wahl wurde ebenfalls für ungültig erklärt. Die Gefahr, schlussendlich „ohne Hosen“ dazustehen, erklärt die Zurückhaltung der Gewerkschaftsführer bei der Unterstützung von Arbeitskämpfen.

So ist die Situation. Aber es ist erst der Anfang. Die Regierung will Hand in Hand mit der Wirtschaft den Staat verschlanken: das neoliberale Dogma! Und die Gewerkschaften schwächeln massiv. Und der Reichtum wird weiterhin umgeschichtet – von Arm zu Reich.

Aber Widerstand gibt es – auf lokaler Ebene, kräftig, aber vereinzelt. Man kämpft für die Schließung eines Büros hier, einer Sozialeinrichtung dort ... was jedoch fehlt, ist eine landesweite Führung und Koordination der Proteste, damit sie Wirkung zeigen und den neoliberalen Kurs stoppen können. Das ist die Situation zur Zeit und damit möchte ich schließen.

M. J.

Neuer Normalarbeitstag:

Manchmal durchdringt für einen Tag die Stimme der gesellschaftlichen Vernunft das mediale Dauerrauschen aus imperialer Verkündung, Unternehmerideologie und belanglosen Sportereignissen. Für einen FDP-Sprecher sogleich ein Rosenmontagscherz, appellierte ein offener Brief der Professoren Heinz-J. Bontrup und Mohssen Massarrat zu Mitte Februar an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände und Kirchenleitungen in Deutschlang um durch „eine faire Verteilung der Arbeit durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung“ in Form der 30-Stunden-Woche tatsächlicher Vollbeschäftigung wieder eine Chance zu geben. Denn in Deutschland sind derzeit, „wenn wir nur die nicht freiwilligen Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten mitrechnen, circa sechs Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Während viele Menschen unter psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit in Form von Depressionen, Minderwertigkeitsgefühlen etc. leiden, (...) nehmen Stress, Burnout, psychosomatische und chronische Erkrankungen“ bei den Beschäftigten in den Betrieben „dramatisch“ zu. Die Angst vor Erwerbslosigkeit befördere Unterwürfigkeit und die Bereitschaft zu Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitshetze. Entsprechend nimmt die Fähigkeit der Gewerkschaften ab, reelle Arbeitsbedingungen abzusichern oder durchzusetzen. Mit der Verknappung von Arbeit auf die 30-Stunden-Woche in allen denkbaren Arbeitszeitformen „bei vollem Lohn- und Personalausgleich“ erhoffen die Initiatoren der Initiative eine Abmilderung des gegebenen Zustands und die Vermeidung zunehmender Erwerbslosigkeit durch jährliche Produktivitätssteigerungen. Da eine Bewegung im o. g. Sinne „nicht von den Beschäftigten und ihren Betrieben“ ausgehen kann, ist eine konzertierte DGB-Kampagne mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen gefordert, um der „betriebswirtschaftlichen Rationalitätsfalle“ zu begegnen.

Kurze Vollzeit für Alle!

Nur der Sechs-Stunden Tag erbringt historischen Fortschritt

Wenn von Arbeitszeitformen die Rede ist, ergibt ein Blick in die Erwerbstätigenstatistik bemerkenswerte Veränderungen. Die Vollzeitbeschäftigung bei Männern wie Frauen wies seit 1960 in der BRD-West bei leichtem Zuwachs von zwanzig bis über einundzwanzig Millionen lohnabhängig Beschäftigte 1991 aus. Dazu setzte seit Anfang der sechziger Jahre¹ ein starker Trend zur Teilzeitbeschäftigung vornehmlich bei Frauen ein, deren Anzahl von circa einer Million innerhalb von dreißig Jahren fast auf das Vierfache anwuchs; weitaus schwächer aber dennoch verdoppelt bei Männern auf über 400.000 (1991 insgesamt 4,43 Millionen). nach dem vollzogenen Anschluss des Ex-DDR-Gebietes seit 1991 gewinnt der Trend der Beschäftigungsformen einen noch auffälligeren Verlauf: Die Zahl der lohnabhängigen Vollzeitbeschäftigten sackt seit jenem Jahr von über 29 Millionen um bald sechs Millionen auf 23,9 Millionen bei Zuwachs von fast 0,4 Millionen 2011 ab. Entsprechend fiel das verausgabte Arbeitsvolumen im genannten Zeitraum von 47,6 Milliarden Arbeitsstunden auf rund 39,7 Milliarden Arbeitsstunden. Von Jahr zu Jahr nahm dagegen die Zahl teilzeitbeschäftigter Lohnarbeiter zu: Innerhalb von zehn Jahren kam es zu einer Verdoppelung von 5,8 Millionen 1991 auf fast 10 Millionen 2001; bis 2011 beförderte die Hartz I – IV-Gesetzgebung einen Anstieg auf 12,6 Millionen Selbständige und Mithelfende legten nach 1991 von 3,5 Millionen auf 4,5 Millionen zu und weiteten ihr geleistetes Arbeitsvolumen seitdem von 8,3 auf 9,4 Milliarden Arbeitsstunden aus. Im Verhältnis zu den Vollzeitbeschäftigten stieg das Arbeitsvolumen der Teilzeitleiter ähnlich einer kommunizierenden Röhre von 3,8 Milliarden Arbeitsstunden 1991 auf mehr als acht Milliarden Arbeitsstunden 2011 an. Der als großer Erfolg gefeierte Anstieg der Erwerbstätigenzahl fußt bei näherem Hinsehen insbesondere auf der bewussten und gezielten Ausbreitung von Teilzeitbeschäftigung, teilweise gesponsert mit Steuergeldern

seitens der Job-Center, um wenigstens das Hartz-IV-Leistungsniveau zu erreichen. Öffentlich nicht verhandelt wird aber die entscheidende Zahl: Das von den Erwerbstätigen insgesamt erbrachte Arbeitsvolumen nimmt bei begrenzten konjunkturellen Schwankungen stetig ab. In den letzten zwanzig Jahren erfolgte eine Schrumpfung von circa 60 Milliarden auf rund 58 Milliarden Arbeitsstunden, wobei der neuerliche Anstieg 2011 der konjunkturellen Erholung nach 2010 zu verdanken sein dürfte. Die Zunahme der Produktivität pro Arbeitsstunde um circa 10 % innerhalb von fünf Jahren macht das erklärlich. Betriebsschließungen oder Verlagerungen ins Ausland senken das Arbeitsvolumen zusätzlich ab. Aber in der Gesamttendenz ist erkenntlich, dass der Produktivitätsfortschritt seit 1985 es ermöglicht, statt damals mit drei heute denselben Produktausstoß mit zwei Beschäftigten zu erzielen. Nach wie vor kommen entwickelte kapitalistische Gesellschaften zu ihrer Reproduktion mit immer weniger Arbeitsaufwand aus. Auch die auf Lohndrückerei gestützten Exportoffensiven des BRD-Kapitals können nicht mehr die Wachstumsraten hervorrufen, mit denen Vollbeschäftigung erreichbar schiene. Der numerische Anstieg der Erwerbstätigen auf über vierzig Millionen in 2011 resultiert vorwiegend aus dem gezielten Anstieg der Teilzeitbeschäftigung, mithin der Form verkürzter Arbeitstage mit dem Nachteil verkürzter (Brutto-) Einkommen und damit einhergehender Rentenminderung der jeweiligen Beschäftigten. Allgemeine Arbeitszeitverkürzung als Todsünde an der Prosperität verwerfen und sie gleichzeitig einem Drittel der Lohnabhängigen und hiervon dreiviertel Frauen aufzwingen – das ist die arbeitszeitpolitische Methode, mit der mehr als ein Siebtel des derzeitigen Arbeitsvolumens kleingestückelt wird, um das Trugbild einer Wohlstandsökonomie aufrechtzuerhalten, die der Vollbeschäftigung nahe kommt.²

Seitens der Unternehmerverbände und ihren Handlangern in den pro-kapitalistischen Bundestagsparteien war eine positive Reaktion auf das Ansinnen des „Offenen Briefes“, per kollektiver Arbeitszeitverkürzung eine „*rechnerische gesamtwirtschaftliche 30-Stunden-Woche*“ herbeizuführen, gewiss nicht zu erwarten. Mit Ausnahme der taz blieb der Beifall in ansonsten gewerkschaftlichen Anliegen gegenüber wohlwollend eingestellten Tageszeitungen wie FR/Berliner Zeitung, ja sogar der jungen Welt aus. Duckte sich die jw hinter dem Standpunkt eines verdi-Sprechers weg, der die Verteidigung erreichter Arbeitszeitregelungen für vorrangig erklärte, machte ein Schreiber bei FR und BLZ unter Berufung auf Stimmen aus der IG Metall („*Humbug aus der Mottenkiste*“) seine schroffe Ablehnung mit der abschließenden Bemerkung klar, die wieder belebte Idee der 30-Stunden-Woche für Alle „*entstammt erkennbar dem Elfenbeinturm an der Akademie zu Wolkenkuckucksheim*“.³ Auch der Einwand, Erwerbslose können „*das durch Arbeitszeitverkürzungen frei werdende Beschäftigungsvolumen nicht einfach übernehmen, weil geeignete Qualifikation fehlt*“ (ebenda), wirkt vorgeschoben, denn die ließe sich, wo nötig, durch entsprechendes Training herstellen.

Direkt von einer Journalistin derselben Zeitung auf die Initiative angesprochen „*Mehr als 60 Professoren und einige Gewerkschafter haben nun eine Gewerkschafts-Kampagne für die 30-Stunden-Woche gefordert. Sind sie dabei?*“⁴, wich der zweite Vorsitzende der IG-Metall, Detlef Wetzels, mit

(...) „*Was das Fabrikgesetz betrifft – als erste Bedingung, damit die Arbeiterklasse ellborowroom zur Entwicklung und Bewegung erhält – so fordere ich es von Staats wegen, als Zwangsgesetz, nicht nur gegen Fabrikanten, sondern auch gegen die Arbeiter selbst. (S. 578 [MEW, Band 23, die Red.], Note 52, deute ich den Widerstand der weiblichen Arbeiter gegen die Zeitbeschränkung an).*“

Marx an Kugelmann 17. März 1868

einem individualistischen Konzept aus. „Es ist echt gut, dass wir in einer Demokratie leben, in der jeder Vorschläge machen kann. Ich glaube aber nicht, dass das der beste Vorschlag ist. Was wir brauchen, ist mehr Zeit-Souveränität für die Beschäftigten. Die einzelnen Arbeitnehmer brauchen mehr individuelle Mitbestimmungsrechte. (...) Viele Eltern und Ältere wollen kürzer arbeiten, viele Teilzeitkräfte wollen länger arbeiten. Derzeit können Arbeitgeber diese Wünsche in vielen Fällen einfach ablehnen, ohne Begründung. Das sollten wir ändern, und hier ist der Gesetzgeber gefordert. Wir brauchen Regeln, damit die Arbeitgeber sich mit den Arbeitszeitwünschen der Beschäftigten befassen müssen und sie nicht einfach grundlos ablehnen können.“ (a.a.O.)

Dass ein Gewerkschaftsführer für die weiter individuelle Auflösung bereits stark fragmentierter Lebensführung innerhalb der Lohnarbeiterschaft eintritt, ist bemerkenswert.

Sollte Arbeit und Freizeit nicht in möglichst gemeinsamen Zeit-Bahnen gehalten werden, um der Atomisierung innerhalb der Klassenlage entgegenzuwirken? Zur Verweigerungshaltung der Gewerkschaftsvorstände, die keinen Drang in den Belegschaften nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung wahrnehmen und deswegen hierfür nicht mobilisieren wollen, äußert sich einer der Initiatoren, H.-J. Bontrup: „Wir erfahren nur indirekt, dass sie den Aufruf zurückhaltend ablehnen. Dafür habe ich kein Verständnis.“ Es werden Schutzbehauptungen aufgestellt, „um das Thema nicht anpacken zu müssen. Weil es bedeutet, massiv gegen Unternehmensverbände in den Konflikt gehen zu müssen. Wir hoffen, dass die Basis Druck macht“⁵

Dazu bedarf es klarer Zielvorgaben und keinen Bauchladen diverser Angebote, auf die sich Unternehmer wie Beschäftigte je nach Neigung „sozialpartnerschaftlich“ einlassen könnten. Überlegungen wie sie M. Massarrat hegt, laufen darauf hinaus: „Die 30-Stunde-Woche kann in der Realität ganz unterschiedlich aussehen, je nachdem was in einem Betrieb, machbar ist und was die einzelnen Menschen wollen. Möglich ist eine Vier-Tage-Woche, das hat Volkswagen jahrelang praktiziert und ist nicht zugrunde gegangen. Möglich sind Zeitkonten, auf denen Beschäftigte Arbeitszeit ansparen können, damit sie ein Sabbatical neh-

men, oder einmal die Woche kürzer arbeiten können – auch das gibt es bereits. Denkbar wäre auch eine Kombination, kürzerer Wochenarbeitszeiten mit längeren Lebensarbeitszeiten.“⁶ Nein – wer als Ziel irgendwie irgendwo kürzer arbeiten vorgibt, wird in diesem eng gefassten Horizont ins Stolpern geraten. Vor bald 150 Jahren griff die Internationale Arbeiter-Association die Forderung nordamerikanischer Gewerkschafter nach dem 8-Stunden-Tag auf. In Deutschland realisierte erst die Novemberrevolution von 1918 dieses jahrzehntelang angestrebte Leitbild der Arbeiterbewegung. Unter Beibehaltung des 8-Stunden-Tages hielt vor bald 50 Jahren die Fünftagewoche Einzug in die industrielle Fertigung und selbst die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei Metall und Druck in den 80er Jahren dachte als eigentliches Kampfziel den 7-Stunden-Tag mit. Gerade weil es um die physische Entlastung von Schichtarbeitern und die arbeitsrechtliche Aufwertung der Teilzeitbeschäftigten geht, ist ein neues Arbeitszeitregime von sechs Stunden in vier täglichen Zeitkorridoren für Alle so zwingend notwendig – wenngleich im Sommer bei Hoch- und Tiefbau das klimabedingt anders aussehen mag. Eine kleine Revolution im Alltagsleben? Ja, warum nicht längst, nur diese würde den neoliberalen gesellschaftlichen Zwangskäfig einstürzen lassen. Und der Sozialstaat wäre auf sichere Arbeitsverhältnisse im Ganzen gegründet. Um zielsicheren Druck zu entwickeln, sind ferner polit-ökonomische Ungenauigkeiten zu vermeiden. Wenig reflektiert betonen die gewerkschaftliche Linke und auch der „Offene Brief“ wiederum mit guter Absicht die Garantie des „vollen Lohnausgleichs“. Damit verstetigen sie ungewollt den Glauben an den „Lohnfetisch“; die Einbildung, alle geleistete Arbeit, ob stündlich oder monatlich, würde vom Unternehmer oder Betrieb bezahlt. Ob jemand unmittelbar produktiv Güter herstellt oder dafür nur mittelbare notwendige Arbeit leistet – im arbeitsteiligen betrieblichen Zusammenwirken muss ein mehr dessen erarbeitet werden, was Produktionsmittel und Arbeitskraft für Nutzung und Verarbeitung in gegebener Zeit gekostet haben. „Der Wert

der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozess sind zwei verschiedene Größen. Der Geldbesitzer hat den Tageswert der Arbeitskraft gezahlt, ihm gehört daher auch ihr Gebrauch während des Tages, die tagelange Arbeit. Dass der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist wie ihr eigener Tageswert ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber nach den Gesetzen des Warenaustausches durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer. Der Arbeiter kostet also dem Geldbesitzer nach unserer Annahme täglich das Wertprodukt von sechs Arbeitsstunden, aber er liefert ihm täglich das Wertprodukt von zwölf Arbeitsstunden.“ Anders gesagt: „Dass nur sechs Arbeitsstunden nötig sind, um den Arbeiter während 24 Stunden am Leben zu halten, hindert diesen keineswegs, zwölf Stunden aus den vierundzwanzig zu arbeiten.“⁷ Mit dem Lohn bezahlt ein Betrieb den Wert einer Arbeitskraft, der ihren Reproduktionskosten entspricht, nicht jedoch die Nutzung oder den Gebrauch ihrer Fähigkeiten über eine bestimmte Zeit. Richtiger ist es demnach zu sagen: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust, denn das Unternehmen verliert nur Arbeitsleistung, die es nichts kostete. Erbringen zusätzliche Arbeitskräfte die reduzierte Arbeitsleistung der vorher üblichen Arbeitszeit, steigt unbestritten der Lohnaufwand für den Betrieb und die Profitspanne wird kleiner. Die Vernachlässigung der analytischen Begriffsbildung in der politischen Linken führt eben zu den argumentativen Schwächen, die herrschender Ideologie nur moralisierende Hilfllosigkeit entgegenzusetzen vermag. Klarheit in den eigenen Reihen ist somit erste Voraussetzung, um nicht im Ansatz bei der Durchsetzung eines Neuen Normalarbeitstages zu scheitern. Das ist gesetzlich abzuschern, wofür keine parlamentarische Mehrheit da ist. Auch sie zu erlangen, ist Teil des Kampfes um den Sechs-Stunden-Tag.

H. Z.

1– Zahlen nach Statistisches Taschenbuch 2010 und DGB arbeitsmarkt aktuell Nr. 02/ Februar 2012 /

2– a. a. O. S. 4

3– FR 12. 2. 2013

4– FR 16. 2. 2013

5– taz 23. 2. 2013

6– FR 28. 2. 2013

7– Friedrich Engels, Anti-Dühring MEW 20, S. 190

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.



ROTE HILFE e.V., Bundesgeschäftsstelle

Postfach 3255, 37022 Göttingen

bundesvorstand@rote-hilfe.de, www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.

Konto-Nr: 19 11 00 – 462

BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund

IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62

BIC: PBNKDEFF

DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

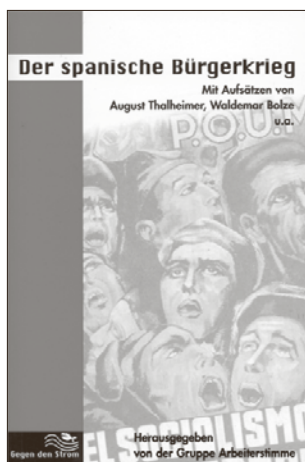


**Auch in gut sortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

DIE ROTE HILFE–Redaktion

Postfach 3255, 37022 Göttingen

rhz@rote-hilfe.de



240 Seiten, Paperback, € 12,–

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der Arbeiterstimme in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in

der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

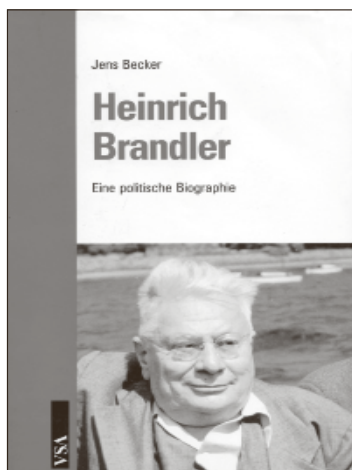
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

Bestelladresse: T. Gradl

Postfach 910307

90261 Nürnberg

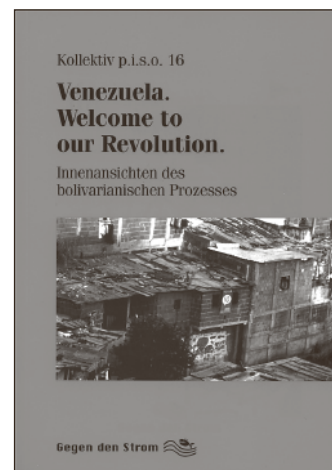
redaktion@arbeiterstimme.org



510 Seiten, Paperback, € 20,–



624 Seiten, Paperback, € 20,–



168 Seiten, Paperback, € 10,–